

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Bedingungen: Einzelne Nummern 5 Pf. Sonntags-Nummern mit Illustration 10 Pf. Post-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Einjahresabonnement: 11.00 Mark. In die Post-Abonnements sind die Steuern für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 19. Oktober 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.

Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Nach dem italienischen Parteitag.

Rom, den 14. Oktober.

Der Eindruck, den der Parteitag von Rom zunächst hervorrief in dem, der an ihm teilnahm oder ihn in der täglichen Berichterstattung verfolgte, kann der ruhigen, leidenschaftslosen Betrachtung nicht standhalten. Erst mußte es scheinen, als hätte ein Wanders, eine unredliche Schwankung einer Fraktion dem Kongreßergebnis jede Klarheit genommen, als hätte das Votum die Situation verwirrt, anstatt sie zu klären. In Wirklichkeit ist es nicht der Fall: der Parteitag zeigt mit aller wünschenswerten Unzweideutigkeit, daß die Mehrheit der Delegierten reformistisch gesinnt war und daß der in Bologna sanktionierten Methode das Vertrauen der Majorität abhanden gekommen ist. Der Parteitag bezeichnet nicht den Sieg des Zentrums über die beiden Extreme, sondern den Sieg der Rechten über die Linke. Und das nicht, weil die Reformisten der integralistischen Tagesordnung beigetreten sind, sondern weil diese Tagesordnung selbst in ihrem tiefsten Wesen reformistisch ist.

Daß sich der Parteitag, daß sich ein Teil der Parteisektionen darüber hinwegsetzen konnte, zeigt nur, daß den Persönlichkeiten noch immer eine suggestive Kraft innewohnt, der selbst ihre eigenen Taten und Worte nichts anhaben können. So glaubten viele, daß ein Reformismus, zu dem sich Enrico Ferri bekennet, nicht derselbe Reformismus sein könne, den Turati, Treves, Bonomi seit Jahren vertreten. Und Ferri selbst mag es auch geglaubt haben, weshalb ihm zunächst der Beitritt der Reformisten zur integralistischen Resolution als ein Verrat erscheinen mußte. Aber in Wirklichkeit waren es nicht die außerhalb des integralistischen Blocks stehenden Reformisten, sondern die Reformisten im Block, die über den Kongreß entschieden haben.

Alles, was an der langen gequälten Resolution klar und verständlich ist, ist echter Reformismus: das allmähliche Werden des Sozialismus im Innern der bürgerlichen Gesellschaft, die Zulassung von Bündnissen mit anderen Parteien und die Unterfütterung bürgerlicher Ministerien. Was anti-reformistisch sein will, wie der schöne Satz vom „Verwerfen des Aufgebens der Propaganda“ der Parteigrundsätze, trifft die Reformisten, die überhaupt arbeiten, so wenig wie die Revolutionäre, die etwas tun. Höchstens der Satz vom Sich-abfinden mit der Monarchie hätte den Reformisten a la Modigliani unannehmbar sein sollen. Was schließlich spezifisch revolutionär in der Resolution sein soll — der Satz, der der Partei den Gebrauch der Gewalt vorbehält — das ist nichts als die in eine den Revolutionären gefällige Form gegebene Betonung des Lebensrechtes der Partei. Jede Partei wie jedes Individuum, alles, was an seine eigene Existenzberechtigung und die Verwirklichung seines Willens glaubt, muß sich den Gebrauch der Gewalt vorbehalten, wenn ihm die gewöhnlichen Wege versperrt werden. Dieser ideelle Vorbehalt liegt schon im Bewußtsein der eigenen Daseinsberechtigung und hat nichts Revolutionäres.

Warum sollten also die Reformisten nicht für die integralistische Tagesordnung stimmen? Vielleicht, weil sie stillschweigend mitgehört hatten, daß der viele Rache, die an dem Drei herumgeköhlt hatten? Oder weil das, was reformistisch war, sich integralistisch nannte und Ferri's Unterschrift trug, statt Turati's? Weil das, was reformistisch war, nicht reformistisch sein wollte, nicht das Bewußtsein seiner selbst hatte? Die Situation wäre keineswegs klarer geworden, wenn die Reformisten ihre eigene Tagesordnung aufrechterhalten hätten und so als Minderheit erschienen wären, obwohl sie die Mehrheit sind.

Nicht die Reformisten, vielmehr die nicht reformistischen Elemente des integralistischen Blocks haben durch ihr Votum einen Teil ihrer Wesenheit verleugnet. Sie haben das eingestanden, was sie getan, um eine Parteispaltung zu verhindern, aber dieser ihr Grund hatte aufgehört, irgendwelche Berechtigung zu haben, sobald die Reformisten für die integralistische Tagesordnung stimmten. Von diesem Augenblicke an konnte das Opfer ihrer Ueberzeugung unterbleiben, mußte es unterbleiben. Alle Integralisten, die antiministeriell waren, mußten nunmehr sich um die Tagesordnung Verda oder um irgend eine andere antiministerielle Tagesordnung scharren. Keinerlei Rücksicht durfte sie von dieser offenen Vertretung ihrer Ansicht abhalten, sobald die Gefahr einer Spaltung beschworen war. Statt dessen haben sie mit der Mehrheit gestimmt, um am nächsten Tage eine lange Erklärung im „Avanti“ zu veröffentlichen, in der sie sagen, daß sie gegen Wahlbündnisse und gegen jede Form des Ministerialismus sind. Dabei handelt es sich um Genossen, die mehrere tausend Stimmen vertraten und teilweise Imperativvotum im antiministeriellen Sinne von ihrer Sektion hatten.

Wenn so die italienische Partei in zwei Hälften gespalten erscheint, in Reformisten und Syndikalisten, so ist daran nicht das Sich-vordrängen der Reformisten schuld, sondern das Zurückweichen der antiministeriellen Elemente im Block, der sogenannten „Intransigenten“. Diese gerade haben Verda verhindert, seine Tagesordnung zu vertreten, diese haben mit dem weitgehendsten inneren Vorbehalt für die Integralisten gestimmt. Sie allein haben die Unklarheit gefördert, die Syndikalisten mit und die Reformisten von Ferri

als Turati auch nicht. Diesen Intransigenten — mit Ausnahme der kleinen Minderheit, die für die Resolution Verda stimmte — ist es ergangen wie einem, der sich aus Furcht vor dem Tode das Leben nimmt. Um nicht zu riskieren, in der Minderheit zu bleiben, haben sie es vorgezogen, ihre politische Individualität zu vernichten.

Daß sich frühere Revolutionäre, wie Enrico Ferri, mit dem Reformismus ausgeföhnt haben, kann ihnen niemand zum Vorwurf machen. Daß aber solche Genossen, die fort-fahren, Gegner der Wahlbündnisse und des Ministerialismus zu sein, für beide stimmen, das ist eine Handlung, für die sie von ihren Sektionen zur Rechenschaft gezogen werden sollten.

Wir wissen wohl, daß Morgari, der Vater des Integralismus, sich den Sieg seiner Richtung anders gedacht hatte. Sein eminent revolutionäres Temperament, seine Grabsheit und Schlichtheit läßt ihn instinktiv den Reformismus ablehnen, so-wie er Kompromisse einschließt. Schlechwege geht und mit dem Augenblicke über die Rasse weg schaut. Aber diesen Reformismus konnte er nicht durch eine Tagesordnung treffen, denn er ist uneingestanden, teils unbewußt. Daß aber Bündnis-politik und gelegentlicher Ministerialismus, so einleuchtend sie theoretisch sein mögen, praktisch dahin führen, sich in die Schlechwege der bürgerlichen Politik zu begeben, eine Politik zu treiben, die das Proletariat nicht versteht, und die so die bürgerlichen Elemente in der Partei zu Führern, die prole-tarischen zur Gefolgschaft macht. Das scheint Morgari ver-gessen zu haben.

Morgari hat das Recht, sich über den Zustand der äußersten Rechten zu beklagen, weil er ernstlich verlor hat. Diese Rechte auszuschließen durch das, was zwischen den Zeilen seiner Tagesordnung zu lesen stand, durch eine unausgesprochene Ablehnung ihrer täglichen Praxis. Was Morgari als integralistischen Block geplant hatte, hat nicht in Rom gefügt, nicht die auf eine Gemütsstimmung gegründete Koalition derer, die die Liebe der Partei über ihre methodo-logischen und taktischen Abweichungen stellten. Vielmehr hat der Integralismus, sobald es klar war, daß die Mehrheit auf seiner Seite war, Bezug von denen erhalten, deren Spezialität es ist, stets dahin zu gehen, wo der Erfolg lächelt. Dem Integralismus im Sinne Morgari's sind seine eigenen Siegeswahrscheinlichkeiten gefährlich geworden, längst vor dem Kongreß.

Ob der Ausgang des Parteitages die wirklichen Macht-verhältnisse in der Partei widerspiegelt oder nicht, dies zu entscheiden haben wir keine hinreichenden Elemente. Besteht die italienische Partei wirklich aus einer großen reformistischen Mehrheit und einer syndikalistischen Minderheit, zwischen die sich als kleiner Keil die Revolutionäre oder Intransigenten (Resolution Verda) einschleichen? Wir haben bereits von dem Aufgehen vieler Intransigenten in der integralistischen Kon-zeption gesprochen. Wie weit haben diese Genossen im Einfluge mit ihren Sektionen gehandelt?

In der Parteiabteilung Rom und in vielen anderen Abteilungen hat man vor dem Parteitag revolutionäre, integralistische Resolutionen (z. B. die Resolution Romualdi) angenommen. Alle Vertreter dieser Abteilungen — die drei Vertreter Roms mitabgerechnet — haben auf dem Parteitag integralistisch gestimmt, und sich an den refor-mistischen Inhalt der erst am Abend des zweiten Tages vorgelegten integralistischen Resolution nicht gestoßen. Man dürfte also in der Annahme nicht fehl gehen, daß die Reformisten auf dem Parteitag stärker erschienen sind, als dies ihrer Stärke im Lande entspricht. Die Syndikalistenfurcht hat gerade darin ausgezeichnete Dienste geleistet.

Aber stark sind die Reformisten in der Tat. So wenig schmeichelhaft es für die italienische Bewegung sein mag, das persönliche Prestige eines Mannes wie Ferri hat es vermocht, viele mit dem Ministerialismus — der in Italien das beste Kennzeichen der genauesten Ausdruck des Reformismus ist — auszuföhnen. Die Verantwortung für die nächsten Jahre italienischer Parteigeschichte fällt somit von Rechts wegen den Reformisten zu, als der offiziellen und vielleicht auch tatsäch-lichen Majorität in der Partei.

Die Syndikalisten haben seit Bologna — wo sie noch als Fraktion Vanguardia austraten — 2200 Stimmen eingebracht, dürften aber entsprechend an Einheitlichkeit ge-wonnen haben. In ihnen und in dem kleinen Rest der Intransigenten liegt das einzige Gegengewicht gegen den Reformismus.

Was die Folgen einer zweiten reformistischen Wende der Partei betrifft, so hängen sie im wesentlichen vom Gange der inneren Politik Italiens ab. Ohne eine liberale bürgerliche Politik kann der Reformismus seine Eigenheit nicht entfalten. Im ganzen sind aber Perioden des Aufschwungs, wie die, die Italien heute durchmacht, dem bürgerlichen Radikalismus und Liberalismus günstig und es könnte wohl sein, daß noch ein-mal die italienische Bourgeoisie ein Stückchen ihrer geschicht-lichen Aufgabe auf die Partei abwälzt.

Gerade der tiefgehende demokratische Geist des öffent-lichen und privaten Lebens in Italien, die wenig aus-geprägten Klassengegensätze legen die Versuchung einer Bündnis-politik nahe, näher als sie irgend einer sozialistischen Partei, außer der französischen, in Europa liegt. Andererseits macht aber gerade die ausgebreitete Unwissenheit der Massen und die Korruption der herrschenden Klassen diese Politik gefährlicher als anderswo. Dem zweiten reformistischen Experiment der italienischen Partei kann man nur das wünschen, was Labriola

für den Kapitalismus fordert: Gelegenheit, sich ungehindert auszubreiten, um reiche Früchte der Erfahrung zu geben. Die Erfahrungsernte unter Zanardelli und Giolitti hat augen-scheinlich dem italienischen Proletariat noch nicht genügt. So mag es weiter experimentieren. Je vollständiger die Be-dingungen des Experiments, um so beweiskräftiger wird das Ergebnis sein.

Die russische Revolution.

Jüdische Hilfe dem Pogrom-Zaren?

„Nietzsch“ schreibt: In gut informierten Sphären wird mit großer Hart-näckigkeit behauptet, daß Graf Witte mit einer Gruppe deutscher Bankiers über eine neue finanzielle Kombination energig verhandelt. Es wird sogar eine Vereinbarung erwähnt, die zwischen Witte und dem Frankfurter Rothschild bereits abgeschlossen sein soll! Die Versprechung von Re-formen soll wieder als Grundlage der Verhandlungen dienen. Mitte Oktober sollte Witte nach Petersburg zurückkehren; nach seiner Rückkehr soll unter seiner Beteiligung in der An-gelegenheit der beabsichtigten Kombination und der Reformen eine Beratung stattfinden.

Genossen! Das deutsche Kapital, scheint es, ist im Be-griff, dem Zarismus wiederum große Opfer zu bringen. Wenn es so handelt, so geschieht dies in der Absicht, späterhin den kleinen Leuten, der Masse der Käufer von Wertpapieren, diese Last aufzubürden.

Die Verjüngung der Zarenregierung mit neuen Geld-mitteln bedeutet eine Verlängerung ihrer Herrschaft. Dies würde nicht nur für Rußland allein ein großes Unglück sein, sondern für ganz Europa, überhaupt für die Sache der Frei-heit und des Fortschritts.

Wenn den Vertretern des großen Kapitals klar gemacht wird, daß die Masse der Kleinrentner und Wertekäufer nie und nimmermehr die Last der neuen zaristischen Schulden zu übernehmen gewillt ist, vielleicht könnte das sie noch davon abhalten, die Vereinbarung mit der russischen Regierung end-gültig abzuschließen.

Wenn Rothschild in der Tat als Geburtshelfer bei einer neuen Russen-Anleihe in Betracht kommen sollte, so wäre das möglicherweise ein Anzeichen dafür, daß der sonst stets pump-berete Russenfreund Mendelssohn nicht mehr mitmachen will. Und wenn schon Mendelssohn, der Rußlands Geldverhältnisse so gut kennt wie kein zweiter und der — stets zum Verdienen bereit — aus menschlichen Bedenken gewiß seine Hand nicht von Rußlands Abzüge, wenn schon Mendelssohn das russische Staatsbankrott verlassen haben sollte, dann müßte es in der Tat dem Sinken noch näher sein als man bisher angenommen hatte. Zu dieser Ansicht muß man übrigens auch kommen, wenn man hört und liest, nach wie vielen Richtungen der gierige russische Polyp seine Arme ausstreckt, um Geld, Geld und abermals Geld zu erhalten.

Mögen ihm seine Pläne bereitet werden durch die Ein-sicht der kleinen und mittleren Papierrentner, die — von allen Regungen des Aufstrebens ganz abgesehen — hoffentlich klug genug sein werden, zu begreifen, daß sie wenig von dem Gelde wiedererhalten dürften, das sie dem russischen Wloch jetzt noch in den Rücken werfen.

Schub den Pogromanrufen!

Der Kanzleibeamte der Nikolai-Eisenbahn, Sch., wurde seines Dienstes enthoben, weil er sich weigerte, die Proklamationen der Schwarzen Bande, die Aufrufe zur Ermordung der Intelligenz und der Juden enthielten, durch Vermittlung der Eisenbahn zu be-fördern.

Gegenwärtig werden solche Proklamationen in Hundert-tausenden von Exemplaren durch Vermittlung und auf Kosten der Eisenbahn verandt. („Swoboda i Schin“, 15. Oktober.)

Die Konterrevolution arbeitet.

Da viele Beamte trotz der Zirkularverfügung Stolypins noch immer verschiedenen nicht ausgeprochenen regierungsfremdlichen Parteien angehören, so müssen sie bis zum 1. November einen Revers unterschreiben, daß sie keiner politischen Partei angehören, beziehungsweise wann sie aus derselben ausgeschieden sind.

Auf ein Gesuch des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ ge-nehmigte Stolypin, daß dieser Verband von Mitte November ab in der Michajlowster Manege öffentliche Versammlungen abhalten darf.

Die Studenten.

Petersburg, 17. Oktober. (B. I. B.) Die Verhandlungen zwischen dem Rektor der Moskauer Universität und dem Ministerpräsidenten Stolypin haben zu einem günstigen Ergebnis geführt. Der Minister-präsident versprach, die Polizeipatrouillen, von denen das Universitäts-gebäude umgeben ist, zurückzuziehen, und gab seine Einwilligung dazu, daß innerhalb der Universität die Studenten Versammlungen nach den vom Universitätsrat erlassenen Vorschriften abhalten dürfen. Infolgedessen wird die Universität am 19. Oktober wieder eröffnet werden.

Im Zusammenhang mit dieser Meldung dürfte folgende Fest-stellung über die Parteiverhältnisse in der Petersburger Universität von Interesse sein:

Am 7. bezw. 10. und 11. Oktober wählten die Studenten der juristischen Fakultät ihre Vertreter. Die 1017 abgegebenen Stimmen verhielten sich folgendermaßen: 648 Sozialdemokraten (Wund, Lett, und Poln. S.-D. mitabgerechnet); 275 Koalition der Soz.-Rev.,

Volks-Soz. P. Arbeitsgruppe, Litauische Sozialdemokratie, P. P. S. (Poln. Sozialist. Partei); 194 Konstit. Demokraten („Radetten“).

Es wurden nach dem Proporzsystem 9 Kestse der ersten Liste, 5 der zweiten und 3 der dritten gewählt.

Philologische Fakultät: Von den drei gewählten Kestsesten sind zwei von der Sozialdemokratie, einer von den konstitutionellen Demokraten.

Mathematische Fakultät: Gewählt zu Kestsesten nach dem Proporzsystem: drei Sozialdemokraten (vereinigte Partei); zwei von der Koalition der Soz.-Rev., der litauischen Sozialdemokratie, der P. P. S. und Arbeitsgruppe, ein konstitutioneller Demokrat.

Naturwissenschaftliche Fakultät: 237 Stimmen für die Liste der Sozialdemokraten, gewählt 6; 133 für die Soz.-Rev. und ihre Koalitionen, gewählt 2; 87 für die der konstitutionellen Demokraten; kein Kestsester gewählt.

Es wäre töricht, etwa zu glauben, daß die Regierung unendlich ihr gutes Herz gegenüber den Studenten entbedt oder ihnen die vielen Schwierigkeiten vergessen hätte, die sie dem Studium in der letzten Zeit bereiten halfen. — In Moskau liegen die Dinge ähnlich wie in Petersburg, und ein Telegramm, das gestern (Donnerstag) der „Russ. Korresp.“ zugeht, schildert die Situation in kurzen Worten folgendermaßen:

Einstweilen ist es der hiesigen Universitätsdeputation gelungen, in Petersburg über die hiesige Administration den Sieg davonzutragen. Morgen wird die Universität eröffnet. Die Stimmung ist hier jedoch sehr gedrückt, da man nicht zweifelt, daß die hiesige Administration, besonders der Stadthauptmann, um ihr Verhalten zu rechtfertigen, neue Unruhen provozieren werden.

Zerstörte Hoffnungen.

Der Aufruf, den die baltischen Junter unlängst „an die deutsche Jugend“ erließen und in dem die Organisation eines modernen Kreuzzuges gegen die revolutionären „Mäuserbanden“, die „von der internationalen Sozialdemokratie dirigiert“ würden, vorgeschlagen war, scheint seinen Erfolg gehabt zu haben. Die deutschen Blätter hatten seit Monaten Geld zur Anschaffung von Panzern gesammelt, und jetzt sollen diese blühenden Panzerherden an irgendwelche Steppensöhne abgetreten werden; denn die baltischen Junterfamilien, die seit Dezember 1903 im Auslande weilen, halten es nicht für möglich, augenblicklich zurückzukehren! — Die baltischen Gouverneure haben sich an das Ministerium des Inneren mit der Bitte gewandt, nach Kur- und Livland Personen zu entsenden, die geneigt wären, Landwästerdienste zu erfüllen, weil die örtliche Bevölkerung nicht mehr dazu zu haben sei.

Also weder „Strafexpeditionen“, weder Kriegs- noch Feldgerichte haben die Bevölkerung zur Jürendreue erziehen können. Nur die blühende Industrie und der relative Wohlstand der Bevölkerung ist vernichtet worden. Und das haben der Adel und die deutschen Vorkosten nur gewollt. Das war ihre Rache für die zerstörten Schlösser.

Die Gemeinden zahlen noch jetzt achzend die ihnen auferlegten Straffsummen. Wie hoch diese sind, dafür nur ein Beispiel: Im Kreise Riga allein hatten die Bauerngemeinden (sechs an der Zahl) im Laufe der verfloffenen acht Monate eine Geldbuße von 21 000 Rubeln an die Militärverwaltung zu entrichten! Einige Gemeindeverwaltungen sind schon mehrere Male bestraft worden!

Glücklich wieder angelangt.

Petersburg, 17. Oktober. Gestern trafen der Kaiser und die Kaiserin auf dem Wasserwege hier ein und besuchten die an der Nikolaibridge liegende kaiserliche Jagt „Standard“.

Nach Sibirien.

Petersburg, 18. Oktober. (V. H.) Das ehemalige Dumamitglied Ramdowski, der in der sozialistischen Fraktion der beste Redner war, ist zu drei Jahren Verbannung nach Sibirien verurteilt worden.

Wieder einer!

Petersburg, 18. Oktober. Wie dem „Olo“ aus Saratow gemeldet wird, ergab die Untersuchung, daß der Haupturheber des Kasernenraubes, der kürzlich in einer Fabrik begangen worden ist, der Chef der Geheimpolizei ist, welcher seinen Gehäusen zu der Tat angegeistert hatte!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Oktober.

Von Jena nach Köpenick.

Wenn ich so unter den preussischen Erzellenzen sitze, so wird mir der Gegensatz zwischen Norddeutschland und Süddeutschland recht klar. Der süddeutsche Liberalismus kommt gegen die Junter nicht auf. Sie sind zu zahlreich, zu mächtig und haben das Königtum und die Armee auf ihrer Seite. Auch das Zentrum geht mit ihnen. Alles, was ich in diesen vier Jahren erlebt habe, erklärt sich aus diesem Gegensatz.

Gegenstandslos Denkbarkeiten.

Die Welt lacht. Ueber die deutschen Grenzen hinaus, über den englischen Kanal und den atlantischen Ozean hinweg dringt ein schrilles Hohngelächter. Die Welt lacht auf Kosten des preussischen Junterstaats. Die Achtung, die deutsche Wissenschaft, deutsche Industrie sich im Auslande erworben haben, erstirbt in einem spöttischen Gelächter. Die gebildeten Kreise des Auslandes sehen ohnehin bei allem Respekt vor den Leistungen deutscher Wissenschaft und deutschen Gewerbefleißes auf die Verfassungsinstitution Preußens und seine Mandarinen mit spöttischem Achseln herab; Minister von der geistigen Universalität eines Boddielesi und dem philosophischen Wissen eines Studt dünken ihnen nur existenzmäßig in Preußen; aber die Komit der Köpenicker Rathausbesetzung hat dieses halbverstoßene ironische Lachen zu ohrenbetäubenden Lachsalven gesteigert. Würde für den Kulturstaat Preußen auch der Satz gelten, daß Lächerlichkeit tödtet, die ostelbische Junterherrschaft müßte wie einst in Jena unter Gelächter zusammenbrechen. Doch die ostelbischen Mandschus haben schon so manchen Schimpf und Spott erduldet, daß auch dieses Hohngelächter an ihrer Dickschäuligkeit abprallt. Mit jener Unerschämtheit, die sie erst kürzlich wieder in ihren Ausführungen über die Katastrophe von Jena bewiesen hat, sucht auch jetzt wieder die agrar-konservative Presse die Schuld an dem Erfolg des Köpenicker Geniestreiches von den Schultern ihrer Gönner abzuwälzen auf die an der Affäre beteiligten Soldaten und den Köpenicker Bürgermeister. Ein widerlicher Kniff, denn dieselbe Presse, die heute gegen die Soldaten die Anschuldigung erhebt, daß sie blindlings dem Befehl ihres vermeintlichen Vorgesetzten gefolgt sind, ist bisher stets dafür eingetreten, durch geistlosen Drill jeden eigenen Willen, jedes Denken in der Mannschaft abzutöten und sie zu einer bloßen Gefechtsmaschine in der Hand ihrer Vorgesetzten zu degradieren.

Gegenüber dieser bisher von der konservativen Presse eingenommenen Haltung erscheint es geradezu lächerlich, wenn jetzt die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

„Ein Mann in der Hauptmannsuniform mit Mähe ohne die zweite Kolarbe und mit einer wie ein Strid zusammengebrochenen Feldbinde mußte doch unter allen Umständen den Soldaten, zum mindesten dem Wachunteroffizier verdächtig erscheinen. Jeder Unteroffizier muß wissen, daß zum Anzuge eines Offiziers mit

solchem Auftrage der Helm gehört. Doch mag man darüber hinwegsehen und das bestimmte Auftreten des Schwindlers wie den unbedingten Gehorsam des Soldaten, auch den ganz ungewöhnlichen Auftrag des „Herrn Hauptmann“ in Rechnung stellen. Wie aber in Köpenick! Wie konnte es angehen, daß der Bürgermeister, selber Offizier der Reserve, sich von einem derartig kostümierten Gauner, der „gerade aus dem Zuchthaus zu kommen schien“, täuschen und sich wie ein Verbrecher behandeln ließ?“

Und an anderer Stelle:

„Der wachhabende Unteroffizier hat nach unserer Auffassung nicht ganz instruktionsmäßig gehandelt. Er hätte sich bei einiger Ueberlegung unbedingt fragen müssen, daß ein Offizier, der wirklich einen derartigen Auftrag erhält, sich die erforderlichen Mannschaften nicht auf der Wache zusammenzufinden braucht, sondern von den zuständigen Instanzen gestellt erhält. Den Mannschaften wiederum mußte ein Verdacht aufsteigen, als der so seltsam gekleidete und gebaute Offizier ihnen je eine Karte zum Mittagessen spendete. Aber, wie gesagt, den Mannschaften mag man ihre Unbefangenheit und ihre Kritiklosigkeit noch nachsehen.“

Die Anforderung, welche die „Deutsche Tageszeitung“ hier an die Einsicht der Soldaten stellt, ist geradezu absurd. Mit allen Mitteln zum Kadavergehorfam gedrillt, ordneten sich, sobald der „Herr Hauptmann“ an sie mit einer gefälschten kaiserlichen Kabinettsorder herantrat, die Soldaten naturgemäß dem Befehl ihres vermeintlichen Vorgesetzten blindlings unter. Möchten sie selbst in der Tatsache, daß der Offizier nicht, wie vorgeschrieben ist, einen Helm aufhatte, etwas Befremdendes erblicken, so wagten sie doch in der ihnen eingepaukten gedankenlosen Unterwürfigkeit, die so oft Soldaten schwere Mißhandlungen schweigend erdulden läßt, nichts zu äußern; bestraft doch das Militärstrafgesetzbuch (§§ 94 und 95) den Soldaten, der durch Worte, Gebärden oder andere Handlungen seinen Ungehorsam zu erkennen gibt oder seinen Vorgesetzten über einen von ihm erhaltenen Dienstbefehl zur Rede stellt, mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu drei Jahren, wenn die Gehorsamsverweigerung vor versammelter Mannschaft geschieht, sogar bis zu fünf Jahren. Ob der Befehl berechtigt, ob er unsinnig ist, oder ob er gegen das Strafgesetzbuch verstößt, geht den Soldaten nichts an. Nach § 47 ist der Vorgesetzte allein verantwortlich. Allerdings kann der Soldat, wenn der Vorgesetzte Befehle erteilt, die offenkundig gegen das Strafgesetzbuch verstößen, zur Strafe herangezogen werden, jedoch nur, wenn ihm bei der Ausführung bekannt gewesen ist, daß der Befehl des Vorgesetzten eine Handlung betraf, die ein bürgerliches oder militärisches Verbrechen oder Vergehen bezweckte. Der Soldat darf also nur dann dem Befehl nicht befolgen, wenn er direkt weiß, daß der Offizier ihn zur Verübung eines Verbrechens gebrauchen will. Irgendwelche sonstigen Bedenken, mögen sie auch noch so begründet sein, geben dem Soldaten kein Recht zum Ungehorsam. § 48 bestimmt ausdrücklich, daß, wenn auch sein Gewissen oder die Vorschriften seiner Religion dem Soldaten verbieten, den Befehl seines Vorgesetzten zu befolgen, er ihm doch unbedingt Folge leisten muß.

Doch alle diese Bestimmungen sind den Soldaten unbekannt, nur sehr wenige dürften die sämtlichen Paragraphen des Militärstrafgesetzes kennen und noch weniger die sonderbaren Interpretationen, die diese Paragraphen schon vor den Kriegsgerichten gefunden haben. Der Soldat weiß nur, daß er gehorchen muß, gehorchen in jedem Fall, auch wenn Ehre, Selbstachtung, Gewissen und Religion es ihm verbieten. Und selbst wenn er weiß, daß er, wenn sein Vorgesetzter ein Verbrechen beabsichtigt, den Gehorsam verweigern kann, so kommt er doch nach seiner ganzen Lage und seiner Erziehung zu blinder Unterwürfigkeit gar nicht dazu, anzunehmen, sein Vorgesetzter hege eine derartige Absicht; bedeutet doch nach militärischen Begriffen schon eine solche Annahme eine schwere Achtungsverletzung. Sicherlich aber konnte keiner der Soldaten, der an der Köpenicker Affäre beteiligt gewesen ist, als der vermeintliche Hauptmann ihn zur Vornahme einer Verhaftung kommandierte, ohne weiteres annehmen, der Herr Hauptmann plane ein Verbrechen.

Es ist eine unerschämte Vertuschung, die Soldaten dafür verantwortlich zu machen, daß sie blindlings dem Befehl eines vermeintlichen Vorgesetzten folgten. Ueberall in Preußen wäre unter gleichen Verhältnissen die gleiche blinde Unterordnung erfolgt. Die Schuld an dem Vorkommnis trifft nicht die beteiligten Soldaten; sie trifft den Militarismus, das militärische Erziehungssystem, die Militärstrafgesetzbuch.

Eher als die Soldaten trifft den Köpenicker Bürgermeister ein Vorwurf. Er mußte wissen, daß der Kaiser eine derartige Verhaftung nicht vornehmen lassen darf. Aber auch er, und das ist äußerst charakteristisch für das Gefühl der Rechtssicherheit in Preußen, scheint einen derartigen kaiserlichen Befehl nicht für unmöglich gehalten zu haben; und zudem fühlte er sich als Reserveoffizier, der als solcher der Militärbehörde untersteht. Vielleicht mag er sich auch mehr oder weniger deutlich an so manches Kriegsgerichtsurteil oder an gewisse Kabinettsordres erinnert haben, in denen den Beamten Respekt vor den Offiziersuniformen gepredigt wird. Zum Beispiel an folgende Order:

„Der Offizier weist sich durch die Uniform aus und darf demgemäß besondere Rücksichten erwarten. Sein Stand legt ihm aber die Verpflichtung auf, polizeilichen Anordnungen nachzukommen. Sollte dies nicht geschehen, so geht die Befugnis der Beamten nur dahin, den Offizier ruhig und in angemessener Art darauf aufmerksam zu machen, daß er gegen eine polizeiliche Anordnung gesetzt habe. Sollte der Offizier einer solchen Aufforderung nicht sofort Folge geben, so haben die Beamten Meldung zu machen. Weiter gehen ihre Befugnisse nicht, da es vorzuziehen ist, daß eine Uebertretung augenblicklich ungerügt bleibt und erst später eine strenge Rüge zur Folge hat, als daß ein Zusammenstoß zwischen Offizieren und Beamten herbeigeführt wird.“

Das Beispiel bestätigt aufs neue, daß Reserveoffiziere zur Leitung wichtiger städtischer Ämter nicht geeignet sind, da sie infolge ihres Militärverhältnisses und der aus diesem entspringenden Rücksichten und Beziehungen nicht die genügende Selbstständigkeit und Freiheit zu energischer Wahrung der Selbstverwaltungsinteressen ihres Gemeinwesens besitzen.

Mag die konservative Presse sich noch so sehr bemühen, die symptomatische Bedeutung des Köpenicker Geniestreiches für den Geist des Militarismus und die öffentlich-rechtlichen Zustände in Preußen abzuschwächen, sie schafft die Tatsache nicht aus der Welt, daß der Junterstaat Preußen sich wieder

mal mit dem Fluch der Lächerlichkeit belastet hat. Von Jena nach Sedan, von Sedan nach Köpenick, das sind die schönen Erfolge des Regiments der ostelbischen Mandschus! —

Leutwein über den südwestafrikanischen Aufstand.

Der frühere Gouverneur von Südwestafrika, Oberst Leutwein, hat ein Werk über Südwestafrika erscheinen lassen, das höchst interessante Aufschlüsse über die Ursachen des Krieges gibt. Leutwein, dieser beste Kenner der südwestafrikanischen Verhältnisse, konstatiert zunächst, daß der Anstoß zu dem ganzen südwestafrikanischen Kriegeabenteuer durch eine ungeschickte Willkürhandlung eines Schutztruppenoffiziers heraufbeschworen worden ist.

Der Kapitän der Bondelzwärds, Abraham Christian, hatte Ende Oktober 1903 einem seiner Unterthanen einen Hammel widerrechtlich weggenommen. Der Geschädigte beklagte sich bei dem deutschen Distriktschef in Warmbad, Leutnant Jöbst. Dieser forderte den Kapitän vor sein Gericht. Christian erschien nicht, doch gewährte er dem von ihm geschädigten Bondelzwärds für den widerrechtlich angeeigneten Hammel eine Entschädigung von 20 Mark. Damit hätte die Angelegenheit für Leutnant Jöbst erledigt sein müssen, und zwar umfomehr, als durch den Artikel 4 des mit dem Bondelzwärds abgeschlossenen Schutzvertrages dem Kapitän Abraham Christian ausdrücklich die Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten unter Eingeborenen vorbehalten worden war. Leutnant Jöbst hatte also keinerlei Recht, aus dem vorliegenden Anlaß den Kapitän überhaupt vor sein Gericht zu zitieren; er hatte aber, nachdem die Angelegenheit nunmehr gütlich beigelegt war, erst recht alle Verantwortung gehabt, mit dem erreichten moralischen Erfolge zufrieden zu sein. Trotzdem forderte Leutnant Jöbst den Kapitän nochmals vor sein Gericht, und als Abraham Christian unter dem Vorgeben, er sei krank, wiederum nicht selbst erschien, dafür aber seine sämtlichen Grohleute schickte, ließ Leutnant Jöbst diese Grohleute als Geiseln einperren und rückte selbst mit fünf Polizeisoldaten gegen die Person des Kapitans vor. Als dann zwei der Polizeisoldaten den sich heftig sträubenden Kapitän gewaltsam fortzuschleppen suchten, eröffneten die in der Werk verammelten Hottentotten das Feuer, dem Leutnant Jöbst, die zwei Polizeisoldaten und der Kapitän selbst zum Opfer fielen. Das war das Signal zum Kampfe mit den Bondelzwärds, der nur das Vorpiel der Erhebung sämtlicher Eingeborenen bedeutete.

Der Krieg mit den Bondelzwärds ist also von deutscher Seite durch einen schreienden Gewalttat heraufbeschworen worden! Und es ist nicht minder bezeichnend, daß das deutsche Volk erst jetzt durch das Werk des früheren Gouverneurs von Südwestafrika erfährt, wodurch denn eigentlich das ungeheure Blutvergießen in Südwestafrika entstanden ist. Wäre Oberst Leutwein zufälligerweise nicht seines Postens enthoben worden, so würde man wohl überhaupt nichts über diese Ursache des Krieges erfahren haben!

Oberst Leutwein macht aber noch andere interessante Angaben über die Zustände vor dem Kriege. Er teilt mit, mit welcher beispiellosen Strenge die Justiz gegenüber den Eingeborenen ausgeübt wurde. Während der elfjährigen Amtszeit Leutweins wurden sieben Weiße durch Eingeborene getötet. Zur Sühne für diese Taten wurden an fünfzehn Eingeborenen die Todesstrafe vollstreckt. Demgegenüber wurden fünf Eingeborene, darunter die Tochter eines Häuptlings durch Weiße ermordet. Von diesen weißen Mördern wurde kein einziger mit dem Tode bestraft. Die Sühne bestand vielmehr insgesamt aus 6 Jahren 3 Monaten Gefängnis! Charakteristisch für diese Art der Rechtsprechung ist die Mitteilung, daß in einem Falle in der ersten Instanz 5 1/2 Jahre Zuchthaus verhängt wurden, dagegen in der zweiten Instanz nur drei Monate Gefängnis. In einem anderen Falle erfolgte in erster Instanz Freisprechung, in zweiter Instanz die Verurteilung zu drei Jahren Gefängnis. Die Strafe, die für die Ermordung von fünf Eingeborenen verhängt wurde, war also zusammen bei weitem nicht einmal so stark, wie die Strafe, die für die Tötung auch nur eines einzigen Weißen ausgesprochen und vollstreckt wurde. Hinzu kommt, daß unter diesen Mordtaten die viehische Tat des Prinzen Trenberg nicht mit eingerechnet ist! Ebenso charakteristisch für das zweierlei Maß, das für Weiße und Eingeborene in der Rechtspflege galt, ist die Tatsache, daß nach den Angaben Leutweins allein nach Ausweis der Akten des Lazarettspindels in dem Jahre 1902/1903 noch 8 Eingeborene wegen körperlicher Verletzungen, die durch Mißhandlungen Weißer, meist der Dienstherrschaft, herbeigeführt waren, in Lazarettbehandlung gewesen waren. Die gerichtliche Sühne für diese brutalen Körperverletzungen der Eingeborenen bestand stets nur in Geldstrafen, während umgekehrt Fälle tätlichen Angriffs Eingeborener auf Weiße stets mit Kettenhaft und Hängen bestraft wurden! Dabei erklärt Leutwein die Klagen über die angeblich besondere Faulheit und Unzuverlässigkeit der eingeborenen Bediensteten ausdrücklich für unbegründet!

Diese von Leutwein mitgeteilten Tatsachen betreffen, in welcher Weise die Eingeborenen den Brutalitäten der weißen Herrenmenschen nahezu schonungslos ausgeliefert waren, während jeder Vergeltungstakt der Eingeborenen mit schonungsloser Härte bestraft wurde. Daß solche Zustände schließlich zur Erhebung der Eingeborenen führen mußten, ist nur zu begreiflich!

Und diese Vorbarbarei deutscher Kolonialherren muß das deutsche Volk mit rund 600 Millionen Mark bezahlen! —

Deutsches Reich.

Ein Zeichen der Zeit!

Bei dem vorjährigen Vergarbeitsstreik spielte eine hervorragende Rolle als Führer des Schmarbakteriums ein Herr Engel, Vergarbeitsmeister a. D., Sekretär des Vereins für die bergbaulichen Interessen. Herr Engel war der schärfste Vertreter des unbedingten „Herrn im Hause“-Standpunktes —, der bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter forderte. Er war der Strategie des schmarbakterischen Feldzugsplanes, der sich nicht nur gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Regierung richtete. Im Interesse des Friedens suchte diese zu vermitteln, sie wurde aber von Herrn Engel brüsk zurückgewiesen; den Vertretern der Regierung setzte man den Stuhl vor die Türe mit der kategorischen Erklärung, sie habe sich in die Angelegenheiten der Kohlenmagnaten nicht einzumischen. Und bitterböse Dinge wurden der Regierung in dem von Herrn Engel redigierten Organ „Glückauf“ gesagt. Minister Müller avancierte zum Förderer der Sozialdemokratie.

Und mit Eifer wurde der Feldzug gegen die Regierung fortgesetzt, bis das vom Grafen Bülow angekündigte Reformgesetz sich zu einem richtigen Arbeitertruggelei ausgewachsen hatte, das den Vergarbeitsern statt des versprochenen Brotes Steine bot.

Auch das Mißte die Rache des Schmarbakteriums nicht. Minister Müller mußte erst fallen, und er fiel. Vergarbeitsmeister Engel als Anführer der oppositionellen Grubenkönige hat ihn gestürzt. Daß die Macht des Kapitals so weit reicht,

nimmt ja nicht wunder; trotzdem ist nach diesen Vorgängen charakteristisch, daß die Regierung den Ministerpräsidenten und schärfer rücksichtslosen Opponenten gegen die Regierung, die es vorübergehend wagte, gegen den Stachel der Grubengewaltigen zu lösen — in das Handelsministerium beruft! Offiziell wird nämlich folgendes mitgeteilt:

Als Hilfsarbeiter in das Handelsministerium berufen worden ist Bergmeister Engel, der bekannte frühere Geschäftsführer des Bergbauvereins.

Der Engel des Scharmacherns Vertrauensmann der Regierung, das wirkt ein Schlaglicht auf den Geist, der jetzt in Regierungskreisen herrscht! Ein ausgesprochener Stämmling ist der Ratgeber der Regierung. Die nächsten Reform-Gesetzesvorschläge werden vom Engelsen Geiste getränkt sein.

Und dieser Mann wurde würdig befunden, in das Handelsministerium einzuziehen! Das ist eine Kampfesankündigung, die sich gegen die Gewerkschaftsbewegung richtet! —

Der Wert der Verschönerungsarbeiten der Polizeibeamten, der erst jüngst im Majestätsbeleidigungsprozeß des Genossen Eisner als unter Null festgestellt worden ist, erfährt in einer Gerichtsverhandlung zu Königsberg eine nicht minder scharfe Charakterisierung. Ein Bäckermeister hatte an einer Versammlung teilgenommen und dabei die Polizei gegen den Vorwurf, daß sich die Polizeibeamten von den Bäckermeistern besetzen ließen und daß die Beamten oft keine Anzeige erstatteten, trotzdem sie bei der Revision Uebelschancen vorfinden, in Schutz genommen. Trotzdem wurde er gerade wegen Beleidigung der Polizei auf Grund der Notizen des überwachenden Beamten angeklagt und auch vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Gegen das Urteil legte der Bäckermeister Berufung ein und die Strafkammer sprach ihn frei, weil sie den Notizen des Beamten fast gar keinen Wert beilegte. Der Polizeibeamte erklärte als Zeuge, daß er den Bäckermeister in der Versammlung als Gesellen angesehen und geglaubt habe, er vertrete die Interessen der Gesellen. Stenographische Notizen habe er nicht gemacht. Der Polizeibeamte hat also noch nicht einmal herausgehört, ob der Bäckermeister für die Gesellen oder für die Meister eingetreten ist. Und auf Grund solcher Berichte schleppt man Leute auf die Anklagebank. —

„Unentwegt kulturkämpferisch“ nennt die „Kölnische Volkszeitung“ die „Magdeburgerische Zeitung“, die einen antilutnanten „Deutschen Bedarf“ veröffentlicht. Das Zentrumblatt bemerkt dazu:

„Wir haben ähnliche „Bedarfe“ teilweise in der — Kulturkämpferzeit gelesen. Heute, in der Zeit der Wodopolitik und beim Herannahen der Reichstagswahlen sind sie wieder recht in die Mode gekommen. Man arbeitet zunächst zu Wohlwerden, um in dem mit dem Evangelischen Bund, auf einen neuen Kulturkampf hin und sucht katholische Gimpel, die ihn mitmachen.“

Diese Anklage des liberalen Blattes gegen das national-liberale Organ schließt aber nicht aus, daß Herr Robert Vahem, Verleger der „Kölnischen Volkszeitung“ zusammen mit Herrn Robert Haber, Verleger der „Magdeburgerischen Zeitung“ im Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger sitzt und beide dort einmütig an der Wahrung ihrer Unternehmenseinteressen tätig sind. Kommen aber die Arbeiter in Betracht, dann heißt es: das Seelenheil ist in Gefahr, wenn ein christlicher Arbeiter sich mit seinem sozialdemokratischen Klassenkämpfer zusammenschließt.

Die liberalen Volksführer wissen, weshalb sie christliche Unternehmenseorganisationen für Unförm, aber christliche Arbeiterorganisationen für eine Notwendigkeit erklären. Leider sehen die katholischen Arbeiter den Schwindel, der hier zu ihrem Schaden mit ihnen getrieben wird, noch nicht ein. —

Zur Psychologie des Antisemitismus.

Der Dreischraf-Bücker hatte sich am Donnerstag wieder einmal wegen Aufreißung zu Gewalttätigkeiten vor der Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu verantworten. Zur Anklage standen 17 Reden, die der Dreischraf zum Teil in antisemitischen Versammlungen gehalten, zum Teil in Form von Flugblättern auf der Straße hatte verteilen lassen. Sie enthielten wiederum in Fülle die ammutigen Nebelblüten des meschuggenen Dreischrafs: die „Krummbenigen und dreieigen Juden zu verdreschen“, „bei der dreieigen Räuberbande einzubringen“, „die Scharleben zum Fenster hinauszuwerfen“, „den fremden Gallanten mit Knütteln das Leder zu verdreschen“, die Orientalen mit Steinen zu beschmeißen“, „die Judenbengel aus der Straße zu badtschneien“, „zum Wuchsenmacher zu geben, Doppelbüchsen zu kaufen und auf die krummbenigen Gesellschaft loszutun“ usw. Statt sich nun mit dem Gutachten eines Psychiaters auszusöhnen, verlegte sich der Dreischraf auf die Taktik, seine blödsinnigen Phrasen damit zu rechtfertigen, daß es bei der antisemitischen Agitation ohne solche starken Ausdrücke nun einmal nicht gehe. Die Massen verlangten einen solchen Ton, sonst dürfte man in Volksversammlungen überhaupt nicht auftreten. Wenn er nicht so rede, dann würde die Bewegung zurückgehen. Diesen wilden Ton habe er nicht eingeführt. Stiller und insbesondere stiller hätten in ganz ähnlichem Tone gesprochen. Man müsse eben Radau machen. Das ganze Milieu erfordere das; solche antisemitische Bewegung sei nicht mit Glacéhandschuhen zu fördern. Als der Vorsitzende meinte, es müsse doch extreme Parteien möglich sein, Volksversammlungen abzuhalten, ohne in solcher Weise zu Gewalttätigkeiten aufzufordern, meinte der Dreischraf, die Sozialdemokraten machten es doch auch so, sie sagten einfach, „wir wollen die Revolution“. Auf den Einwand des Vorsitzenden, daß die Sozialdemokratie doch nur theoretisch ihre Ziele aufstelle, aber doch nicht praktisch unmittelbar zu revolutionären Gewalttaten aufzufordern, behauptete der gräßliche „Agitator“, daß auch die Sozialdemokraten von der Revolution redeten, „bei der alles kurz und klein geschlagen würde“. Wenn man ihn nicht in seiner Weise agitieren lasse, dann komme in zehn bis zwanzig Jahren ein entscheidender Zusammenstoß. Auf die Einwendung des Vorsitzenden, daß die Gesetze, die bestünden, doch von jedermann, also auch von ihm, dem Dreischrafen, gehalten werden müßten, antwortete nach dem Gerichtsbericht der Dreischraf gnädig: Ich gebe zu, daß für die Behörden die Sache schwierig ist, aber man muß doch der ganzen Sache Rechnung tragen, und vielleicht würde eine kleine Geldstrafe genügen. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt.

Wir hätten gar nichts dagegen einzuwenden, wenn Graf Bücker freigesprochen würde, ja wir hätten es für das Ansehen der deutschen Justiz entschieden für das Beste, wenn man diesen harmlosen Karren künftig überhaupt von Anklagen verschonte. Man dokumentierte damit, daß man ihn für unzurechnungsfähig hält und seine Verurteilung nicht die Gerichte bemüht. Hält man ihn freilich für verantwortlich für seine blödsinnige Rede, so bedeutet seine Verurteilung zu ein paar Wochen oder Monaten Gefängnis oder auch Gefängnis nichts als eine Framierung der elchastesten Geschehnisse unserer Zeit, des Raban-antisemitismus.

Auf die Äußerungen des Dreischrafs über die sozialdemokratische Agitationsweise reagierten wir aus begrifflichen Gründen nicht. Daß die Äußerungen Bückers über die in antisemitischen Versammlungen gewünschte und notwendige Konzentration aber den Tatsachen entspricht, beweisen die Kassen-erfolge der Bücker-Versammlungen! —

Ein liberaler Federheld. In Halle a. S. erscheint eine sogenannte liberale allgemeine Zeitung, die vorgeföhrt unter der Spitzmarke: „Von hochgeschätzter militärischer Seite wird uns geschrieben“ einen Artikel gegen die Verjudung

im Offizierskorps veröffentlichte. In dem Artikel wird mit „semitischen Schlingeln“, „israelitischem Volkstum“ und dergleichen Worten umhergeworfen. Dann heißt es schließlich: Wollen Zentrum- und Anhänger die Epauletten tragen, so mögen sie sich die Ansichten von Ehre und Wahrung derselben aneignen, die Gott sei dank noch in den Offizierskorps des Heerlaubtenstandes zu Hause ist. — Western befand sich nun am Kopfe des Blattes folgendes liberales Gemischel, das so recht charakteristisch ist für den unentwegten und mannhaften Geist, der in den liberalen Schreibstuben herrscht.

In unserer vorigen Nummer ist unter der Überschrift: Die Wahl der Reserveoffiziere ein Artikel enthalten, dessen Aufnahme wir nur tief bedauern können. Der Artikel vertritt Anschauungen, welche die „Halleische Allgemeine Zeitung“ als ein liberales Blatt niemals geteilt hat und niemals vertreten wird, die wir vielmehr als in jeder Hinsicht verwerflich erachten. Nur durch einen bedauerlichen Unfall ist dieser Artikel in unsere Spalten gelangt. Indem wir dies hiermit offen erklären und wiederholt unser aufrichtiges Bedauern darüber aussprechen, bitten wir unsere Leser um Entschuldigung des uns passierten heillosen Wertes Versehens.

Redaktion der „Halleischen Allgemeinen Zeitung“.

Paulus, Chefredakteur.

Dieser gute Paulus war früher Chefredakteur der ebenfalls liberalen „Saale-Zeitung“. Auf der liberalen Mannesheld gestern einen guten Tag gehabt haben. Seine beiden Verleger sind nämlich — auch Juden! — Es muß aber auch solche „Journalisten“ geben. —

Zentrumsmann und „Arbeitervertreter“.

In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Dortmund gab es eine Fleischdebatte. Es lag ein Antrag vor, der den Magistrat ersucht, Schritte bei der Regierung zu unternehmen, die eine teilweise Grenzöffnung unter Wahrung aller notwendigen gesundheitlichen Vorkehrungen fordert. Der Antrag wurde angenommen. In der Diskussion empfahl der Stadtverordnete Gronowski die Annahme mit folgender Begründung: „Die Arbeiterfrage ist heute nicht mehr in der Lage, bei den enormen Fleischpreisen Fleisch zu genießen. Wenn ein Arbeiter, der einen Durchschnittsverdienst von 4 M. bezieht und dabei noch eine Familie zu ernähren hat, täglich soviel Fleisch genießen wollte, wie es zu einer ausreichenden Ernährung notwendig wäre, so würde er mindestens 20 bis 25 Proz. seines täglichen Verdienstes allein für Fleisch aufwenden haben. Dabei betragen dann die Ausgaben für Miete noch durchschnittlich 20 bis 25 Prozent des Arbeitsverdienstes, so daß er für Fleisch und Miete allein nicht weniger wie 40 bis 45 Prozent des Gesamtverdienstes aufwenden müßte. Daher bekränkt er sich heute auf den zweier- oder dreimaligen Genuß von Fleisch in der Woche. Demgegenüber muß aber berücksichtigt werden, daß für den Arbeiter eine ausreichende Ernährung mit Fleisch unbedingt nötig ist, weil er sonst den Anforderungen, die die tägliche harte Arbeit an ihn stellt, nicht gewachsen ist. Daher muß die Öffnung der Grenze unbedingt von der Regierung gefordert werden.“

Stadtverordneter Gronowski ist Zentrumsmann und katholischer Arbeitersekretär. Als solcher wird er bei den letzten Wahlen mit Eifer für seine Partei agitiert und den Arbeitern eingeredet haben, daß nur beim Zentrum ihr Wohl und ihre Rechte gut aufgehoben seien. Und in demselben Sinne wird er bei den nächsten Reichstagswahlen verfahren. Diese „Arbeitervertreter“ von Zentrums- und Sozialdemokraten fallen dabei dem Fluche, durch ihr Eintreten für die liberalen Brotkriegerpartei selber jene Zustände herbeizuführen, über die sie nachher so bewegliche Klagen anzuhören wissen. Niemand kann zweien Herren, am allerwenigsten aber dem Zentrum und den Arbeitern dienen. —

Opfer des Bergbaues. Der deutsche Bergbau fordert von Jahr zu Jahr größere Menschenopfer. Das Vordringen zu größeren Tiefen, die rücksichtslosere Ausbeutung der Arbeitskraft kommen in rasch steigenden Unglücksfällen zum Ausdruck. Nach einem Vortrage von der Knappschaftsberufsgenossenschaft erstatteten Bericht passierten im deutschen Bergbau 1905 nicht weniger als 1235 tödliche Unglücksfälle. Seit dem Jahre 1885, dem Bestehen des Unfallversicherungsgesetzes, hat der deutsche Bergbau 20 731 Tote gefordert. Die Zahl steigt von Jahr zu Jahr: 1885/86 waren es 873 Tote, 1905 1235 Tote. Im Jahre 1886 waren 343 700 Personen gegen Unfall versichert, im Jahre 1905 dagegen 617 458 Personen, das bedeutet eine Steigerung von 88,87 Proz. Die Zahl der Unfälle stieg dagegen im gleichen Zeitraum um 93,20 Proz. Auch darüber gibt der Bericht Auskunft. Die Unfälle wurden verursacht durch: die Gefährlichkeit des Betriebes an sich 1895 in 57,78 Proz., 1905 68,51 Proz., besondere Mängel des Betriebes 1895 in 0,96 Proz., 1905 0,90 Proz., Schuld der Mitarbeiter 1895 in 4,02 Proz., 1905 8,73 Proz., Schuld der Verletzten 1895 in 37,24 Proz., 1905 20,86 Proz.

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Plenarsitzung die Vorlage betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Vornahme einer Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 dem zuständigen Ausschusse überwiesen. —

Landtagswahlwahl in Neuf. Bei der heute stattgehabten Landtagswahlwahl im Wahlkreis 12, Düsseldorf (Neuf, Grevenbroich, Krefeld-Land), erhielt der Kandidat des Zentrums, Oberlandesgerichtsrat Wilhelm Marx-Köln, 430 Stimmen und Landrat Brünning-Grevenbroich (natl.) 18 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt. —

Ausland.

Frankreich.

Ministerium Clemenceau?

Schon seit längerer Zeit gingen Gerüchte, daß der Ministerpräsident Sarrien aus Gesundheits- und anderen Rücksichten sein Amt niederzulegen beabsichtige. In den letzten Tagen haben sich diese Gerüchte verdichtet, und es scheint in der Tat, als ob Sarrien jetzt Ernst machen und sein Portefeuille in andere Hände legen will. Am Mittwoch erklärte er Fallières, dem Präsidenten der Republik, „er glaube nicht mehr die zur Fortführung seines Amtes genügende physische Kraft zu haben.“ Heute (Freitag) findet eine Sitzung des Ministerrats statt, und in dieser wird es sich entscheiden, ob Sarrien wirklich geht, oder ob er seinen Freunden den Gefallen tut, noch ein wenig im Amte zu bleiben.

Kaum wurden Sarriens Rücktrittspläne bekannt, da verbreiteten sich in Paris sofort Gerüchte, dem ganzen Kabinett drohe Sturz. Davon aber kann — wie es im Augenblick wenigstens noch scheint — wohl doch nicht die Rede sein. — Natürlich tauchte sofort auch die Frage auf, wer die besten Chancen habe, Sarriens Nachfolger zu werden. Und da sind die Politiker nahezu einmütig der Ansicht, daß in erster Linie Clemenceau, der jetzige Minister des Innern, in Betracht komme.

Wer sich erinnert, mit welchen Gedankengängen Clemenceau unserem Genossen entgegentrat, als dieser vor einigen Wochen im französischen Parlament die Grundideen des Sozialismus entwarf, der weiß, daß Frankreich unter Fallières-Clemenceau genau so kapitalistisch weiterregiert werden wird, als es unter Fallières-Sarrien der Fall war. —

Australien.

Für den Sozialismus trat Ramsay MacDonald, der als Vertreter englischer Gewerkschaften nach Australien kam, in einer großen Versammlung in Sydney ein, wie der Londoner „Tribune“ gemeldet wird. MacDonald sprach besonders über die große Zahl der Arbeitslosen, die unter dem kapitalistischen Regime immer mehr answächst. Watson, der Führer der Arbeiterpartei, antwortete ihm und trug ihm die Grüße und Glückwünsche der australischen Arbeiter an die englischen Kameraden auf. —

Soziales.

Zum Kapitel Bauarbeiterfrage.

Schon des öfteren mußten die mangelhaften Schutz- und Arbeitsbedingungen auf staatlichen oder städtischen Bauten öffentlich in der Arbeiterpresse besprochen und gerügt werden. So können wir auch gegenwärtig wieder mehrere Fälle anführen, wo auf solchen Bauten in der Umgebung Berlins die Schutzvorrichtungen außerordentlich viel zu wünschen übrig lassen und dadurch möglicherweise Menschenleben in Gefahr gebracht werden können. An dem Gymnasialgebäude zu Pankow, Rixdammstraße, sind z. B. die Dachdecker- und Klempnerarbeiten bis zum Tage der Besichtigung durch einen Organisationsvertreter ohne Schutzrüstung ausgeführt worden. Die zuständige Behörde wurde hiervon zwar in Kenntnis gesetzt, bisher haben die Beschäftigten jedoch noch keinen Bescheid erhalten. Ähnlich steht es auf den Anstaltsbauten in Buch. Dort arbeiten die Klempner auf einem sehr primitiven Arbeitsgerüst, ein Schutzgerüst aber haben weder die Klempner noch die Dachdecker. Die auf dem Dach arbeitenden Personen sind deshalb ständig der Gefahr des Absturzes ausgesetzt, und die vorübergehenden Passanten können leicht durch herabfallendes Material verletzt werden. Merkwürdigerweise wurde auf eine Beschwerde hin diese „Rüstung“ von einem Vertreter der Berufsgenossenschaft für gut befunden. Sachmännisch betrachtet, kann hier aber von ausreichendem Schutz der betreffenden Bauarbeiter gar keine Rede sein. So liegt auf den Auslegern nur ein Brett von circa 35 Zentimeter Breite. Die Ausleger sind jedoch 1 Meter von der Grundmauer breit. Es bleibt auf derselben also ein über 60 Zentimeter breiter Raum übrig, der unbedeckt ist, mithin seine mannigfachen Gefahren bietet. Bei einer solchen Sachlage haben die Arbeiter nun immer zwei gleich unangenehme Ausichten vor Augen: einmal sehen sie ständig ihr eigenes Leben und Gesundheit aufs Spiel, dann aber haben sie auch noch obenhin Strafe zu gewärtigen, falls ein Vorübergehender durch herabfallendes Material oder Werkzeug verletzt wird. Trotzdem aber erhielt die Rüstung von dem Beamten der Berufs-genossenschaft das Prädikat „gut“! — Ein weiterer Fall betrifft die Bauten der Landesversicherungsanstalt in Veelitz. Dort sind die Rüstungen für diejenigen Arbeiten, die von dem Hofklempnermeister Puppel ausgeführt werden, derartig mangelhaft, daß es als ein förmliches Wunder zu betrachten ist, wenn bisher noch niemand abgestürzt ist. Die Rüstung ist folgendermaßen hergestellt: Man hat die Kiegel 1,20 bis 1,50 Meter durchgesteckt. Das Dach springt 60 Zentimeter vor. In der Mitte der Kiegel liegen zwei Bretter von zusammen etwa 60 Zentimeter Breite. Vorn und hinten sind die Kiegel aber unbedeckt. Natürlich können hier nur zu leicht dieselben Gefahren eintreten wie in den vorher geschilderten Fällen. Gerade bei dem letztgenannten Bau aber müssen dem sachmännischen Beurteiler sonderbare Gedanken überkommen. Rechts vom Bauzaun gibt man sich Mühe, die Folgen der sozialen Schäden an den dort untergebrachten Patienten zu kurieren, und links davon läßt man alles fünf gerade gehen und schafft dadurch womöglich neue Patienten. Allerdings läßt sich auch nicht leugnen, daß die Arbeiter selbst nicht immer die genügende Sorgfalt auf den Schutz ihrer Gesundheit legen. Bei der doch verhältnismäßig guten Organisation der Arbeiter aller Bauernisse hätten sie es meistens sehr wohl in der Hand, ihre Arbeitgeber zur Herstellung genügender Schutz- und Arbeitsbedingungen zu zwingen.

Erlaubnis zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter erforderlich?

Für rechtsungültig erklärte das Kammergericht den § 2 der vom Regierungspräsidenten zu Lüneburg im Jahre 1899 erlassenen Polizeiverordnung, welche in § 1 die Beschäftigung ausländischer polnischer Arbeiter von einer landrätlichen Erlaubnis abhängig macht und deren § 2 die Arbeitgeber solcher ausländischen Arbeiter verpflichtet, sie binnen drei Tagen polizeilich zu melden. Der Angestellte Krömer, der den § 2 übertreten haben sollte, wurde mit folgender Begründung am 15. Oktober freigesprochen: Nach dem Gesetz von 1842 über die Aufnahme Ausländer und dem § 6 des Polizeiverwaltungs-Gesetzes sei anzunehmen, daß eine solche Meldepflicht nur aufgelegt werden dürfte den Angehörigen oder Fremden selbst oder denjenigen, die ihnen Wohnung oder Unterkommen (Quartier) gewähren, nicht aber den Arbeitgebern als solchen.

Den § 1 der Verordnung hat das Kammergericht schon früher für ungültig erklärt, weil die Annahme ausländischer Arbeiter nicht von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig gemacht werden könne.

Gründung einer eigenen Molkerei.

Eine Generalversammlung des Konsumvereins Sendling-München hat den Beschluß gefaßt, eine eigene Molkerei zu errichten. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden genehmigt und soll mit den Arbeiten sofort begonnen werden. Der Gesamtumsatz im Konsumverein Sendling-München betrug vom 1. Januar bis 30. Juni 1250 416,77 M. Die im vorigen Jahre aus dem eigenen Grundstüd auf dem Sendlinger Oberfeld gegründete Dampfmolkerei, in der ein Vordmeister und 18 Väder beschäftigt sind, erreichte einen Umsatz in Milchprodukten von 185 576,44 M. In den sechs Monaten erzielte die Väder einen Reingewinn von 32 145,99 M.

Ausnahmegesetz gegen die ländlichen Arbeiter.

Der sächsische Landwirtschaftliche Kreisverein der Oberlausitz hat, wie die „Leipziger Volksztg.“ berichtet, dem sächsischen Landeskulturrat einen Antrag zur Frage des Kontraktbruchs der ausländischen Saisonarbeiter unterbreitet. Ein Sonderausschuß hat nun dem Landeskulturrat folgende Anträge unterbreitet:

„Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung die baldigste Ausarbeitung gesetzlicher Bestimmungen anregen zu wollen, welche die Möglichkeit des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter, insbesondere auch ausländischer landwirtschaftlicher Saisonarbeiter, beseitigen resp. verhindern. Ferner: beim Deutschen Landwirtschaftsrat die weitere und schleunigste Verfolgung der Angelegenheit zu beantragen.“

Professor Dr. Stieda glaubte es nicht empfehlen zu können, die Regierung zu einer Verletzung des Kontraktbruchs aufzufordern. Vor allem könne er nicht zugeben, daß der Kontraktbruch als strafbar behandelt werden solle. Er beantragte, die Resolution folgendermaßen zu fassen:

Die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin vorstellig zu werden, möglichst bald Maßregeln gegen den Kontraktbruch ausländischer Saisonarbeiter zu ergreifen.

Dagegen wendeten sich Rittergutsbesitzer Schade und Dekonomierat Andra. Der Oberagrarier Rehnert meinte, es könnten durch den Kontraktbruch in der Industrie große Verluste entstehen, durch den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter, bei anstehender Ernte entstünden aber ganz unvergleichlich höhere Verluste, die nicht allein den Landwirten schädigten, sondern auch die gesamte Volksernährung. (1.) Da es sich bei einem solchen Ausfalle nicht allein um die Verhinderung der Weigerung handelte, könne sich ja auch der Landwirt durch keine Streiklausel schützen. Die vorliegende Frage sei die wichtigste der Zeit, er stelle den Antrag, die Regierung zu ersuchen, aus der Renning-Stiftung einen Betrag von 3000 M. für eine Preisarbeit zur Verfügung zu stellen über das Thema: „Defund des Arbeiterbedarfs, speziell von Saisonarbeitern, in ländlichen Betrieben.“ Der Stiedasche Antrag wurde schließlich abgelehnt, der Ausfuchantrag dagegen und der Antrag Rehnerts wurden angenommen.

Das Ziel der Verminderung oder Beseitigung des angeblichen Kontraktbruchs ländlicher Arbeiter läßt sich nicht durch Schaffung neuer Ausnahmegesetze, wohl aber durch Annahme der von sozialdemokratischer Seite im Reichstage gestellten Anträge auf Beseitigung der bestehenden Ausnahmegesetze und auf Schaffung reichsgesetzlicher

Schulvorschriften zugunsten der ländlichen Arbeiter erreichen. Die politische Rechtslosigkeit und die auf Hörigkeitsverhältnisse zurückzuführende Gesetzgebung auf dem Gebiete des ländlichen Arbeitsvertrages ist mit dem heute für landwirtschaftliche Betriebe bestehenden Wirtschaftsverhältnis unvereinbar. Die Saisonarbeit auf dem Lande ist eine Folge der veränderten Produktionsweise. Dieser Produktionsweise entsprechende Rechtsverhältnisse der Arbeiter sind im Interesse der ländlichen Arbeiter und der Allgemeinheit notwendig. Die von Herrn Rehnert gestellte Preisfrage ist demnach unauflöslich zu lösen: stellt den ländlichen Arbeiter rechtlich dem gewerblichen Arbeiter gleich, so wird die Landflucht sich vermindern. Hebt also die gegen die ländlichen Arbeiter bestehenden Ausnahmeregeln der deutschen Einzelstaaten auf, schafft für die Landarbeiter ein freies, gesichertes Koalitionsrecht, Gewerkschaften nach Art der Gewerkschaften für gewerbliche Arbeiter, Schulvorschriften gegen übermäßige Ausbeutung, fahrt den Achtstundentag ein — vor 30 Jahren verlangten landwirtschaftliche Arbeitgeber bereits eine Normalarbeitszeit — verleiht den ländlichen Arbeiter für die Fälle der Krankheit und Unfälle in ausreichendem Maße, behandelt die ländlichen Arbeiter als gleichberechtigte Menschen, das etwa sind die Mindestforderungen, die eine richtige Lösung der „Preisfrage“ enthalten würde. So lange der ländliche Arbeiter nicht volle politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung erhält, wird über Landflucht geklagt werden. Herr Rehnert würde zur Einsicht von der Wichtigkeit unserer Lösung seiner Preisfrage gelangen, wenn er Veranlassung nähme, den Gründen nachzusehen, weshalb bekanntlich auf den Mittelglüdern der Sozialdemokraten Moser und Eßhard kein Arbeitermangel besteht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Formex

(Metallarbeiterverband) hielten am Montag im „Kollberger Salon“ eine stark besetzte Brandversammlung ab, in welcher das Ergebnis der letzten Organisationsstatistik für die Berliner Eisen- und Stahlindustrie mitgeteilt und besprochen wurde. Demnach sind in diesen Betrieben beschäftigt: Formex 1136, Maschinenformex 577, angelernte Sandformer 109, Kernmacher 493, Kernmacherinnen 31, Rührer und Schleifer 502, Schlosser und Dreher 91, Schmiede 25, Schmelzer und Gießarbeiter 541, Tischler und Zimmerer 52 und sonstige Arbeiter 49; zusammen 3506 Beschäftigte, organisiert sind davon im Metallarbeiterverband 1915, in der Metallarbeitervereinigung 213, im Transportarbeiterverband 93, im Fabrikarbeiterverband 148, bei den Hirsch-Dunderschen 102 und in anderen Organisationen 88 (davon „Christliche“ 27 und „Wiesenthaler“ 11), zusammen 2559. Am besten organisiert sind die Formex. Von den 1136 beschäftigten Formern gehören 1009 dem Metallarbeiterverband, 11 der Metallarbeitervereinigung und 88 den Hirsch-Dunderschen und 4 anderen Organisationen an, so daß nur 85 als Unorganisierte umherlaufen. — Die Versammlung befaßte sich darauf mit den gegenwärtigen Streiks, bei denen Formex beteiligt sind, wie bei Siemens, Kiehlung u. Thomas und einigen kleineren. Besonders scharf wurden hierbei die Zersplitterungsbestrebungen Wiesenthals kritisiert und darauf eine Resolution angenommen, in welcher es rückhaltlos gebilligt wird, daß Wiesenthal bei Streiks das Halten von Agitationsreden in den vom Metallarbeiterverband einberufenen und geleiteten Versammlungen auch bei Streiks und Lohnbewegungen fernerhin unmöglich gemacht wird.

Die Tarifforderungen der Holzarbeiter.

Nachdem in der letzten Zeit in kleineren Versammlungen sowie in den Körperschaften des Holzarbeiterverbandes Vorbesprechungen über die Neubearbeitung des Tarifs abgehalten worden waren, fand am Mittwoch eine Vertrauensmännerversammlung statt, welche zu den aufzustellenden Forderungen endgültig Stellung nahm. Folgende, der das einleitende Referat hielt, kennzeichnete die allgemeine Situation dahin, daß es scheint, als ob auch die Meister eine Fortsetzung des Vertragsverhältnisses wollen, denn in ihrer Hochzeitung hätten sie den Grundfals proklamiert: Ohne Vertrag keine Arbeit. Natürlich wollen auch die Arbeiter einen Vertrag, aber nur unter der Voraussetzung, daß er die berechtigten Forderungen der Arbeiter berücksichtigt. Für den Fall, daß dies nicht geschehe, seien sie auf den Kampf gefaßt. Um aber, wenn irgend möglich, ohne Kampf zu einem verbesserten Vertrage zu kommen, seien nach reichlicher Beratung einer kombinierten Sitzung der Ortsverwaltung die Forderungen so aufgestellt worden, daß sie von den Unternehmern ganz bewilligt werden können. Man habe sich an das Erreichbare gehalten, und das denke man auch durchzusetzen. Die Forderungen, über die sich die kombinierte Sitzung einig geworden ist, sind in der folgenden Resolution niedergelegt:

„Im Anschluß an den Beschluß der Vertrauensmännerversammlung vom 22. August beauftragt die heutige Vertrauensmännerversammlung die Ortsverwaltung, mit den Vertretern der Unternehmervereinigungen der Holzindustrie beabsichtigt eines neuen Vertrages dahin zu wirken, daß in diesem Vertrage festgelegt wird:

1. Eine den zur Zeit bestehenden Verhältnissen und der fortschreitenden Technik in unserem Gewerbe entsprechende Verrückung der Arbeitszeit.
2. Regelung der Abschlagszahlung und eine mit derselben verbundene Lohnverhöhung dahin gehend, daß die Mindestabschlagszahlung 27 M. beträgt. Höhere Lohnabschlagszahlungen sind nach dem Akkordverdienst und dem Arbeitslohn der einzelnen Branchen festzusetzen.
3. Daß präzisere Bestimmungen in bezug auf die Lohnversicherung bei Arbeiten nach neuen Mustern und nach Zeichnung getroffen werden.
4. Daß für die Spezialbranchen feste Lohnsätze aufgestellt werden.
5. Eine einheitliche Regelung der Entschädigung bei Montagearbeiten.
6. Eine schnellere Erledigung aller vorkommenden Differenzen durch die Schlichtungskommission.
7. Strikte Durchführung der Arbeitsvermittlung durch den paritätischen Arbeitsnachweis in der Form, daß die Unternehmer wie Arbeiter verpflichtet werden, daß die Besetzung der Stellen resp. das Annehmen nur durch den paritätischen Nachweis bewirkt wird.
8. Einsetzung von Arbeiterausschüssen in allen Werkstätten.

Die Versammlung erwartet von dem organisierten Unternehmertum so viel Einsicht und Würdigung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, daß es den in obigen Punkten enthaltenen Anträgen zustimmt.

Es entspann sich eine rege Diskussion. Mehrere Redner traten für weitergehende Forderungen ein, im allgemeinen herrschte jedoch Übereinstimmung mit den Vorschlägen des Referenten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die Mitglieder von dem Gang der jedenfalls längere Zeit dauernden Verhandlungen unterrichtet werden und ihnen Gelegenheiten gegeben werde, zu denselben Stellung zu nehmen. Meinesfalls dürfe es die Verbandsleitung so machen, wie die Leitung der Buchdrucker, die einen Tarif mit den Unternehmern abschloß, ohne die Mitglieder vorher zu fragen.

Was die Erfüllung dieses Wunsches selbst betrifft, ist verständlich. Die Vertrauensmänner bezog die Generalversammlung habe über die zu treffenden Vereinbarungen in letzter Linie zu entscheiden. Was bei den Buchdruckern geschehen sei, das würden sich die Holzarbeiter auch nicht gefallen lassen. Die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes würden in ihrem Selbstbestimmungsrecht in keiner Weise beeinträchtigt werden.

Die Versammlung nahm die Resolution einstimmig an.

Die Aussperrung in der Schuhindustrie.

Die schon mitgeteilt ist, haben die Fabrikanten am Dienstagabend in 30 Betrieben 1100 Arbeiter ausgesperrt, nicht etwa, daß diese irgend etwas gegen die Fabrikanten unternommen hätten, sondern es ist der Streik der Schuhmacher, den die Unternehmer dadurch gewaltsam zu beendigen hoffen, daß sie 1100 Arbeiter, die an dem Schuhmachereisitz vollständig unbeteiligt sind und gar keinen Einfluß auf denselben ausüben können, rücksichtslos auf die Straße setzen. Man wollte jedoch den Aussperrten gnädig gestatten, sich am Donnerstagmorgen wieder am Fabriktor einzufinden. Einloß und Arbeit sollte ihnen jedoch nur unter der Bedingung gewährt werden, daß sie einen Revers unterzeichnen, welcher lautet:

„Ich Entesunterzeichneter verpflichte mich hiermit durch Ehrenwort, an die ausschlagenden Arbeiter weder direkt noch indirekt Zahlungen noch irgend eine andere Unterstützung zu leisten so lange meine Arbeitgeber durch Ausständige boykottiert und Arbeitswillige an der Arbeit gehindert oder belästigt werden.“

Natürlich kann kein ehrenhafter Arbeiter die schamlose Zumutung, welche ihm dieser Revers auferlegt, erfüllen. Nachdem der Revers bekannt geworden, ist denn auch kein organisierter Arbeiter am Donnerstag zum Fabrik gegangen. Sie haben sich vielmehr dollig in die Versammlung begeben, welche am Donnerstagvormittag im Saale „Königsbau“ stattfand.

Die Stimmung der Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß die Arbeiter gewillt sind, den Kampf aufzunehmen, in den sie durch die Fabrikanten hineingedrängt worden sind. Der Gauvorsteher S a m a s e r, der Verbandsvorsitzende S i m o n und eine Reihe anderer Redner gaben übereinstimmend der Ansicht Ausdruck, daß sich die Fabrikanten furchtbar verrechnen, wenn sie glauben, durch die Aussperrung die Schuhmacher zum Aufgeben ihrer ebenso berechtigten wie beschiedenen Forderungen zwingen oder die Organisation der Schuhmacher auch nur schwächen zu können. Einstimmig wurde beschlossen, daß die Aussperrten die Arbeit nicht eher aufnehmen, als bis jeglicher Revers zurückgezogen wird. Die Arbeiterausschüsse wurden beauftragt, diesen Beschluß den Fabrikanten mitzuteilen.

Die Verilmitt- und Knopfarbeiter, die im Holzarbeiterverbande organisiert sind, haben am Montag den Streik erklärt. Sie fordern eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8½, Sonnabends 8 Stunden, einen Mindestwöchenslohn von 27 M., Erhöhung der Stundenlöhne um 6 Pf. und der Akkordpreise um 10—15 Prozent. Außerdem ist eine Reihe von Nebenforderungen aufgestellt. Bis jetzt haben bereits 10 Unternehmer mit 107 Arbeitern die Forderungen bewilligt. 93 Arbeiter aus 8 Werkstätten befinden sich im Streik.

Der Drechlerstreik geht seinem Ende entgegen. Es haben fast alle Arbeitgeber bewilligt. Nur 28 Arbeiter sind noch im Streik. Jedenfalls kann der Streik mit dem Schluß dieser Woche als erfolgreich beendet erklärt werden.

Für die Arbeiter der Firma Tengelmann, Kaffee-Engros-Geschäft in der Reinoldendorferstraße, hat der Transportarbeiterverband einen Tarifvertrag mit der Firma abgeschlossen, durch den eine recht erhebliche Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt worden ist. So beginnt die Arbeitszeit jetzt um 7 Uhr morgens und endet bei 1½stündigen Pausen um 5½ Uhr abends, während sie bisher zehnstündig war. Für Überstunden werden 25 resp. 50 Proz. Aufschlag an die Arbeiter und je 25 Pf. an die Arbeitgeber vergütet. Der Wochenlohn beträgt für Brenner anfangs 25,50 M., steigend nach zweijähriger Beschäftigung in Zwischenstufen auf 30 M., für jugendliche Lagerarbeiter je nach Jahresalter 15 bis 22 M., Lagerarbeiter über 22 Jahre erhalten 22,50 M., steigend in Zwischenstufen nach zweijähriger Beschäftigung auf 27,50 M. Für jugendliche Arbeiterinnen unter 16 Jahren beträgt der Stundenlohn 15 und 16 Pf. Arbeiterinnen über 16 Jahren erhalten 16½ bis 21½ Pf., und Lagerarbeiterinnen 22 bis 27 Pf. Diese Vereinbarungen gelten vom 1. November b. J. ab auf zwei Jahre. Bei Neueinstellungen von Personal soll möglichst der Arbeitsnachweis des Transportarbeiterverbandes benutzt werden.

Deutsches Reich.

Nachklänge von der Hafenarbeiteraussperrung in Kachen. In der Nr. 18 des „Hafenarbeiter“ wurde in einem „Die Aussperrung der Hafenarbeiter in Kachen“ betitelten Artikel in scharfen Worten das Verhalten von 18 Bootleuten kritisiert, die bei der Hafen- und Lagerhausgesellschaft in Kachen in Arbeit getreten waren und somit ihren ausgesperrten Kollegen in den Rücken gefallen sind. Für die sich beleidigt fühlenden Arbeitswilligen haben gegen den Rebellentum vom „Hafenarbeiter“, Genossen Görlitz, Strafantrag gestellt, weshalb G. sich wegen Beleidigung und Vergehens gegen die Gewerbeordnung vor der Strafkammer II des Landgerichts Hamburg zu verantworten hatte. Der Angeklagte erklärte, den Artikel aus Solidaritätsgefühl für die Aussperrten geschrieben zu haben; von einem Vergehen gegen § 168 der Gewerbeordnung könne keine Rede sein, da es sich nicht um einen Streik zwecks Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern um eine Aussperrung gehandelt habe. Der Staatsanwalt hält beide Vergehen für vorliegend und beantragt 2 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilt den Dr. D e r z -Altona verteidigten Angeklagten nur wegen öffentlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe von 400 M. oder 40 Tagen Gefängnis und spricht den fünf Arbeitswilligen die Publikationsbefugnis zu.

Der Streik auf „Rote Erde“ beendet.

Wolffs Telegraphenbureau meldet: Kachen, 18. Oktober. In einer heute nachmittag in Haaren abgehaltenen Versammlung von 2000 Ausständigen des Hüttenwerks „Rote Erde“ wurde beschlossen, den Ausstand für beendet zu erklären. Der Tag der Arbeitsaufnahme wird noch bekannt gegeben werden.

Versammlungen.

Berichtungen und Erklärungen.

Wir erhalten folgende Zuschriften:

„Da die von mir bei der Berichterstattung über den Mannheimer Parteitag im dritten Berliner Reichstagswahlkreis abgegebene Erklärung für die Stellung der Partei zum Anarchismus grundlegend sein dürfte, bitte ich die Redaktion des „Vorwärts“ um wortgetreue Aufnahme dieser Erklärung. Dieselbe lautet: „Genossen! Ich habe nicht das Wort verlangt, um in die Diskussion des heutigen Abends einzugreifen oder gegen irgend welche Beschlüsse des Mannheimer Parteitages zu polemisieren. Ich habe lediglich eine Erklärung abgegeben, die durch den von Parteivorstand und Kontrollkommission eingebrachten Antrag 162 bedingt ist. Dieser Antrag lautet in seinem wesentlichen Teil — auf die im ersten Absatz enthaltenen durchaus ertümlichen Unterstellungen gehe ich nicht ein — „die Parteipresse hat daher die Pflicht, die anarcho-sozialistische Bewegung auf das entscheidende zu beschränken, und die Parteigenossen haben die Aufgabe, Personen, die für diese anarcho-sozialistischen Verfassungen eintreten und für sie agitieren, soweit diese Personen Parteigenossen sind, aus ihren Reihen auszuschließen“. Dazu habe ich zu erklären, daß ich nach wie vor auf dem Boden des von mir bisher vertretenen Anarchosozialismus stehe, daß ich demzufolge verwerfe den Parlamentarismus und den politischen Massenstreik, der ja innerhalb des heutigen Klassenstaats und innerhalb des bürgerlichen Parlamentarismus dem Völkertum parlamentarische Rechte sichern soll. Daß ich dagegen nach wie vor eintrete für die Propaganda der Gefeklosigkeit, der Religionslosigkeit, der Vaterlandslosigkeit und des Antimilitarismus, daß ich nach wie vor eintrete für die direkte Aktion und den anarcho-sozialistischen Generalstreik, der unter Verweigerung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse die Zerstörung der

kapitalistischen Ordnung und die Beseitigung des Klassenstaats zum Endzweck hat.

Genossen! Da ich seit einer langen Reihe von Jahren im Wahlverein des dritten Berliner Reichstagswahlkreises organisiert bin und auf der Mitgliedschaft in diesem Wahlverein meine Parteizugehörigkeit basiert, halte ich es für meine Pflicht, hier in ihrer Mitte diese Erklärung abzugeben.“

H. Friedberg.

„Zu dem Versammlungsbericht des vierten Kreises erlaube ich mir folgendes zu bemerken:

Ich verurteile die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftsvorstände durch die „Einigkeit“ und erkläre, daß als weitere Folge die Veröffentlichung desjenigen Teils des Protokolls, der die Verhandlungen über die Taktik bei Lohnbewegungen enthält, in einem heiligen Anarchistenblatt erfolge. Auf einen Zwischenruf Katers erklärte ich ausdrücklich, daß ich nicht gesagt habe, daß die Sozialisten den Anarchisten das Protokoll übergeben haben.

Von einem Kettisgieren meiner ersten Ausführungen kann also gar keine Rede sein.

Es heiße dann weiter: „Brüder verliert unter großer Unruhe der Versammlung einen Teil eines Artikels der „Einigkeit“, der sich mit dem Mannheimer Parteitag beschäftigt usw.“

Die „Einigkeit der Versammlung“ kam nicht wegen dem Verlesen des Artikels, sondern wegen des Inhalts des Artikels zum Ausdruck und äußerte sich in lebhaften Zwischenrufen.

Der Berichterstatter läßt mich ferner sagen:

„Offenlich werde dies aber um so mehr dazu beitragen, die noch fernstehenden Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie zu treiben.“

Richtig ist:

daß ich am Schluß der Verlesung einiger Stellen aus dem Artikel der „Einigkeit“: „Das Stüd ist aus“, die Aufforderung an die Lokalkisten, die da Parteigenossen sind, richtete, sich auf sich selbst zu besinnen und der Zersplitterung ein Ende zu machen, indem sie sich den Zentralverbänden anschließen.

Diese meine Aufforderung fand den lebhaftesten und langanhaltenden Beifall der Versammlung.

Auch diese Tatsache wird im Bericht nicht erwähnt.

Eugen Brückner.

Nach dem Bericht soll ich von „Vertuschen“ der Gegenseite auf dem Mannheimer Parteitag gesprochen haben. Ich habe jedoch mit Bezug auf die Stampfersche Affäre ausgeführt, daß der Parteitag — in dem an sich gerechtfertigten Bestreben nach Einigkeit — allem Störenden und Streitverursachenden abhold und daß daher die Stimmung gegen Stampfer gewesen sei.

Dr. James Broth.

Eingegangene Druckschriften.

Richtungs große Karte der Provinz Brandenburg. Siebenfarbig. Mit Maßstab und Kilometerreineilung der Straßen und Wasserwege und Ortsverzeichnis. Preis 2,25 M. Verlag H. Kiehlung, Berlin S.W., Kleinbeerenstr. 26.

Krippen, Kinderbewahranstalten und Kinderhorte. Ihre Bedeutung und Leitung von Arnold Hirt, Rektor. Im Anhang: Spielplan mit Noten. Groß Oktav. 79 Seiten. Preis 1 M. Verlag von Breer u. Hiemann, Hamm i. B.

Theodor Ehrenstein. Waren die großen Denker des Abendlandes abhänkt? 43 Seiten. Verlag von Palm u. Goldmann. Wien und Leipzig.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

„Beinahe“ haben sie ihn!

Hamburg, 18. Oktober. (W. T. B.) Das „Hamburger Fremdenblatt“ meldet: Die Hamburger Polizeibehörde stellte heute früh bei Verhören, den Köpenicker Schwinder zu identifizieren, fest, daß dieser mit einem gewissen Adolf Milner identisch ist, über welchen die Hamburger Polizeibehörde umfangreiche Strafakten besitzt. Weiter ist festgestellt, daß Milners Vater deutscher Geschäftsmann und Milner junior in Amerika geboren ist, daß kürzlich in Hannover ein Unbekannter eine Offiziersuniform für Garde-Infanterie machen ließ, dessen Signalement mit Milner bis auf kleine Abweichungen übereinstimmt.

Ausdehnung des Bergarbeiterkreises in Schlesien.

Breslau, 18. Oktober. (W. T. B.) Aus Weuthen wird gemeldet, daß der im Ausstand befindlichen Bergarbeiter der Grube Reuhof sich beim heutigen Schichtwechsel um 2 Uhr auch die Bergarbeiter der benachbarten Viktoriagrube angeschlossen haben. Heute mittag führten in der Grube Reuhof von 341 Mann der Belegschaft 14, in der Viktoriagrube von 119 Mann 14 ein.

Nun braucht man nur noch zuzugreifen.

Frankfurt a. M., 18. Oktober. (W. T. B.) Auf der hiesigen Polizei ist eine Anzeige eingegangen, wonach die Annahme begründet erscheine, daß der Weuthen-Daupmann, der die Köpenicker Stadtkasse veranlaßt, identisch ist mit einem Frankfurter Friseur, dessen Signalement genau mit dem Gesuchten übereinstimmt. Der Verdächtige hat vor einigen Jahren in großen Städten Bayerns ähnliche Pländer gemacht, sich als Revisor ausgegeben, der angeblich von der Regierung geschickt wurde, und es ist ihm damals gelungen, sich mit Hilfe gefälschter Dokumente in den Besitz einer staatlichen Kasse zu setzen. Er wurde jedoch kurze Zeit darauf verhaftet und erhielt eine schwere Freiheitsstrafe, die er jetzt verbüßt haben dürfte. Der Friseur hat sich zuletzt in Frankfurt aufgehalten, von wo er vor einigen Tagen verschwand. Eine Bestätigung dieser Nachricht war bisher nicht zu erlangen.

Sur französischen Ministerkrise.

Paris, 18. Oktober. (W. T. B.) Minister Clemenceau suchte den Ministerpräsidenten Sarrien zu überreden, im Amte zu bleiben. Sarrien erklärte aber, sein Entschluß sei unwiderruflich.

Gumpverfuche.

Paris, 18. Oktober. (W. T. B.) Die Blätter melden, daß der russische Minister des Reichens, Dsowisch, heute vom Minister Bourgeois empfangen worden sei und demnächst mit Vertretern der an den russischen Anleihen interessierten Banken eine Besprechung haben werde. Sollte Bourgeois zurücktreten, so würde Dsowisch seinen Aufenthalt verlängern, um mit dem Nachfolger Bourgeois in persönlichen Beziehungen treten zu können.

Großfeuer.

Bordeaux, 18. Oktober. (W. T. B.) Eine Feuerbrunst zerstörte heute den Güterkuppen des Orleans-Bahnhofs in Bordeaux. Zahlreiche Güter sowie 50 Eisenbahnwagen wurden zerstört. Der Schaden wird auf 2 Millionen Franken veranschlagt. Die Ursache der Feuerbrunst wird auf die Unvorsichtigkeit eines Beamten zurückgeführt.

Beschlagnahmte Munition.

Lomcha, 18. Oktober. Die Zollbehörde in Grajewo hat 19 von Berlin nach Tiflis expedierte Kisten beschlagnahmt, die 74 000 Patronen enthielten.

Dynamitexplosion.

Port-Vendres, 18. Oktober. (W. T. B.) In der Dynamitfabrik von Paulilles fand heute eine Explosion statt. Zwei Personen wurden getötet, zwei tödlich verletzt.

Achtung, Gewerbe- gerichtswahl!

Arbeiter Berlins! Verfehlt Euch bis zum Sonntag mit Wahl-Legitimationen!

Die Arbeitgebertwahlen zum Gewerbe- gericht

finden heute Freitag von 3 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt. Von den bürgerlichen Arbeitgebern wird seit Wochen mit Hochdruck gearbeitet, um zu verhindern, daß diesmal in irgend welchen Bezirken sozialdemokratische Arbeitgeber gewählt werden. Das hat aber unsere Genossen, die als Arbeitgeber zum Gewerbegericht wahlberechtigt sind, keineswegs eingeschüchtern, sondern erst recht veranlaßt, in allen zur Wahl stehenden Bezirken mit Ausnahme des 19. Bezirks Kandidaten aufzustellen und für deren Wahl Propaganda zu machen. Der

1. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 1—10. Wahllokal: Turnhalle der 21./24. Gemeindefschule, hinter der Garnisonkirche 2. Kandidaten: Gustav Seiler, Gastwirt, Albrechtstr. 98; August Gahn, Gastwirt, Stralauerstr. 48; Gustav Gaser, Ristenthändler, Heilige-Geiststr. 52; Gottlieb Kühle, Maurermeister, Petrisstr. 8/9; Josef Urbanowicz, Barbier, Fischerbrücke 9.

4. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 31—39 und 45—46. Wahllokal: Turnhalle der 107. Gemeindefschule, Genthinerstr. 4. Kandidaten: Adolf Rieder, Schankwirt, Steinmetzstr. 36a; Karl Ehmer, Installateur, Bülowstr. 55; Hermann Graupner, Uhrmacher, Stieglitzerstr. 84; Herrn. Vogt, Barbier, Steinmetzstr. 28.

7. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 54, 55 und 57—63. Wahllokal: Turnhalle der 108./110. Gemeindefschule, Hagelsbergerstr. 84. Kandidaten: Otto Hänsel, Schankwirt, Velle-Allianzstr. 71; Herrn. Schröder, Zigarrenfabrikant, Kreuzbergstr. 15; Alb. Vogt, Schankwirt, Hagelsbergerstr. 8; Theodor Franz, Schankwirt, Hagelsbergerstr. 82.

10. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 76—78. Wahllokal: Turnhalle der 93./93. Gemeindefschule, Diefenbachstr. 60/61. Kandidaten: Emil Lindemann, Schankwirt, Roritzerstr. 9; Gustav Federhart, Schankwirt, Vopystr. 4; Georg Pau, Restaurateur, Voedstr. 7; Emil Donath, Schankwirt, Schönleinstr. 6; Ferd. Kathan, Barbier, Gräferstr. 9.

13. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 95—104. Wahllokal: Turnhalle der 90. Gemeindefschule, Waldemarstr. 77. Kandidaten: Oskar Jensch, Fabrikant, Waldemarstr. 15; Richard Kahl, Plättanfabrikant, Schleifstr. 6; Johann Fabian, Friseur, Mantuffelstr. 9; Friedrich Fröhlich, Gastwirt, Rudowstr. 1.

16. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 114—121. Wahllokal: Turnhalle der 112./120. Gemeindefschule, Wassertr. 31. Kandidaten: Adolf Danziger, Buchdruckereibesitzer, Reuenburgerstr. 30; Christian Schulze, Restaurateur, Alte Jakobstr. 18/19; Wilh. Schitte, Kaufmann, Schützenstr. 56; Wilh. Burg, Restaurateur, Lindenstr. 3.

Im 19. Wahlbezirk

sind keine Kandidaten aufgestellt.

22. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 152—156 und 158—159. Wahllokal: Turnhalle der 23. Gemeindefschule, Strausbergerstr. 9. Kandidaten: Jakob Wiebe, Gastwirt, Große Frankfurterstr. 38; Paul Böhm, Zeitungsbediener, Laufgraben 14/15; Karl Glänter, Gastwirt, Große Frankfurterstr. 33; Karl Vogt, Gastwirt, Roppenstr. 84; Karl Reilmann, Tischlermeister, Thierstr. 45.

25. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 161, 170—181. Wahllokal: Turnhalle der 3./203. Gemeindefschule, Petersburgerstr. 4. Kandidaten: Paul Datzmann, Konfektionsmeister, Thierstr. 15; Paul Grub, Gastwirt, Liebigstr. 14; Johann Geiden, Zigarrenfabrikant, Weidenweg 26; Robert Steffen, Bäckermeister, Schreinerstr. 60.

28. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 182—188 und 196—200. Wahllokal: Turnhalle der 6. Gemeindefschule, Georgenkirchstr. 11. Kandidaten: Hermann Linke, Drechslermeister, Wahnmannstr. 11; Jakob Reul, Zigarrenfabrikant, Barnimstr. 42; August Schubert, Barbier, Strausbergerstr. 85; Hermann Späet, Gastwirt, Georgenkirchstr. 65; Leo Zucht, Zeitungsbediener, Reibstr. 42.

31. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 218—225. Wahllokal: Turnhalle der Filiale der 171. Gemeindefschule, Ebnestr. 74. Kandidaten: Roman Koska, Zigarrenfabrikant, Chorinerstr. 5; Hermann Pawlowitz, Kürschner, Hochmeisterstr. 28; Oskar Lorenz, Schneidermeister, Franzstr. 4; Hermann Friedemann, Zigarrenfabrikant, Stargarderstr. 74.

34. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 242, 247—248. Wahllokal: Turnhalle der 209./215. Gemeindefschule, Dunderstr. 65/66. Kandidaten: Johann Götsch, Gastwirt, Wichterstr. 8; Karl Mars, Zeitungsbediener, Lychnersstr. 128; Gustav Pinner, Zigarrenfabrikant, Trescowstr. 36; Karl Knappert, Kürschner, Dunderstr. 6.

37. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 227—228, 257—259 und 265—267. Wahllokal: Turnhalle der 18./67. Gemeindefschule, Elisabethstr. 19/20. Kandidaten: Gustav Sabot, Kaufmann, Invalidenstr. 159; Karl Kuppe, Barbier, Gartenstr. 54; Gustav Wigel, Buchdruckereibesitzer, Brunnensstr. 164; Fritz Wille, Restaurateur, Brunnensstr. 188.

40. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 273, 275—276, 278 und 305—306. Wahllokal: Turnhalle der 70./202. Gemeindefschule, Rabenstr. 12. Kandidaten: Philipp Bernstein, Kürschnermeister, Reinholdsdorferstr. 113; Karl Jachow, Gastwirt, Rabenstr. 6; Herrn. Deyse, Gastwirt, Boyenstr. 19; Paul Wysocki, Barbier und Friseur, Dallborferstr. 2.

43. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 290—292. Wahllokal: Turnhalle der 206./212. Gemeindefschule, Siemensstr. 20. Kandidaten: Max Bahr, Konfektionsmeister, Spenerstr. 4; Gustav Bräufte, Schankwirt, Gogelowskystr. (Berliner-Haus); Richard Riepert, Zigarrenfabrikant, Jwinglstr. 16; Ernst Starl, Plättanfabrikant, Reussstr. 22.

46. Wahlbezirk

umfaßt die Stadtbezirke 307—308 und 315—318. Wahllokal: Turnhalle der 19./106. Gemeindefschule, Ruheplatzstr. 5/7. Kandidaten: Louis Dehond, Zigarrenfabrikant, Ruheplatzstr. 24; August Hinge, Kaufmann, Panstr. 31b; Fritz Wachsowitz, Möbelermeister, Antonstr. 34; Theodor Wiese, Großschlächter, Wiesenstr. 39.

Wahlberechtigt

sind diejenigen Arbeitgeber, die 25 Jahre alt sind, in Berlin ihre gewerbliche Niederlassung haben und in der Wählerliste stehen, die nur für Arbeitgeber angefertigt ist.

Nicht wahlberechtigt sind solche Personen,

a) die nicht Angehörige des Deutschen Reiches sind,

b) welche die bürgerlichen Ehrenrechte infolge strafrechtlicher Verurteilung verloren haben, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Abberaumung der bürgerlichen Ehrenrechte oder der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter zur Folge haben kann,

c) welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind, und

d) die Mitglieder der Innungen, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81b Nr. 4 und der §§ 91—91b der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie die von diesen beschäftigten Arbeiter.

Als Arbeitgeber sind nach dem Gesetze bzw. Statut diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden zu betrachten, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen.

Die Hausgewerbetreibenden gelten unter der gleichen Berechnung als Arbeitgeber, sofern sie gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbetreibenden angemeldet haben. Den Arbeitgebern stehen im Sinne der bezeichneten Bestimmungen die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 M. übersteigt.

Veräume heute kein parteigenössiger Arbeitgeber sein Wahlrecht auszuüben und verfehlt sich deshalb jeder Wähler für alle Fälle mit der nötigen Legitimation!

Die Bewegung der Buchdrucker.

In der Bewegung ist durch die gestern von uns schon in dem größten Teil der Auflage telegraphisch gemeldete Annahme des Tarifs durch die Mitgliedschaft in Leipzig eine Wendung eingetreten, da mit der Annahme des Tarifs durch eine so große Mitgliedschaft die Position derer, die mit dem Tarif und besonders dem Organisationsstatut nicht einverstanden sind, unabweisbar geworden ist. Ein Kampf gegen die nach unserer Überzeugung unheilvollen Bestimmungen des Tarifs und des Organisationsstatuts war nur denkbar, wenn die große Mehrheit der Buchdrucker gewillt war, ihn aufzunehmen, und wenn namentlich die großen Druckstädte ihn führten.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die vorgestern von uns veröffentlichte Erklärung des Hauptvorstandes die Haltung der Leipziger Verbandsbuchdrucker beeinflusste.

Die Versammlung war von mehr als 3000 Personen besucht. Der Gauvorsitzende Engelbrecht empfahl die Annahme des Tarifs, von anderen Rednern wurde die Annahme der Berliner Resolution empfohlen. Der Standpunkt der Maschinenfeger wurde von Sad vertreten, der an den einzelnen Positionen zeigte, wie schwer die Maschinenfeger gerade geschädigt worden seien.

Nach der Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte wurde die Berliner Resolution mit großer Mehrheit abgelehnt, die des Gauvorsitzenden mit großer Mehrheit angenommen; diese lautet:

„Die heute Mittwochs, den 17. Oktober, in der Albertshalle von 3000 Personen besuchte Versammlung des Verbandes deutscher Buchdrucker erklärte sich mit den Ergebnissen der stattgefundenen Tarifverhandlungen nicht zufrieden, weil die von den Prinzipalen gemachten materiellen Zugeständnisse keineswegs im Verhältnis stehen zu der fortgesetzten Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel sowie der Wohnungsmiete usw.“

Die Versammelten setzen in der beschlossenen Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich einer halben Stunde kein Mittel, das dazu ansetzt, der Arbeitslosigkeit der Buchdrucker zu steuern und den Gesundheitszustand der im Buchdruckgewerbe beschäftigten Arbeiter zu heben.

Insbesondere verurteilen sie die Einführung des Berechnens an den Segmalchinen für Zeitungsbetrieb, zumal von einer entsprechenden Erhöhung nach dem neuen Tarif nicht die Rede sein kann.

In Anbetracht der Tatsache, daß die Vertreter der Gehilfenschaft zu den getroffenen Abmachungen bereits ihre Zustimmung gegeben und in Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse, erklärt die Versammlung ihr Einverständnis zu diesen Vereinbarungen.

Dies geschieht jedoch nur unter der Voraussetzung, daß die hiesige Prinzipalität die Einführung des neuen Tarifs in loyaler Weise handhabt, als dies im Jahre 1902 geschah, und ferner den Gehilfen, die infolge ihrer technischen Qualifikation bei der Tarifeinführung mehr denn 3 M. über das jetzige Minimum beziehen, auch eine entsprechende Zulage gewährt wird.“

Der Ortsverein Spandau des Verbandes der deutschen Buchdrucker sah in seiner am 18. Oktober stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche stark besucht war, einstimmig folgende Resolution:

„Die am heutigen Abend tagende außerordentliche Versammlung des Ortsvereins Spandau erklärt nach ausführlichem Referat des Kollegen Janitz, daß sie es für ihrer unwürdig hält, sich noch weiter mit einem derartigen, den heutigen Lebensverhältnissen nicht entsprechenden Tarif sowie mit dem die Bewegungsfreiheit des Verbandes unterbindenden Organisationsvertrag zu befassen. Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit der Resolution Berlins (nachmalige Verhandlung eventuell Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung) einverstanden und verpflichtet sich, ihr Alles daran zu setzen, um ihren berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen.“

Die Trebbiner Mitgliedschaft des Verbandes der deutschen Buchdrucker nahm in einer am 18. Oktober abgehaltenen Versammlung Stellung zu dem neuen Tarifvertrag. In der Diskussion wurde von allen Rednern die Schreibweise des „Korrespondent“ verurteilt. Vorher das energische Verfechten von fünfzehnprozentiger Lohnsteigerung und 1/2-tägiger Arbeitszeitverkürzung als dem Minimum dessen, was bewilligt werden müßte. Bei der Ablehnung dieser Forderung die Drohung mit dem, der da kommt „mit todesähnlichen und eheernen Sandalen“. Und jetzt? Nicht als klägliche Versuche, der Kollegenschaft unter Hinweis auf die angeblich miserable Lage des Gewerbes die Zugeständnisse auf der einen und die Verschlechterungen auf der anderen Seite mündgerecht zu machen. Dagegen die Redaktion vor der Tarifberatung denn keine Ähnung von der „schlechten Lage“ des Gewerbes? Der Satz im „Korrespondent“: Der Auspruch „Mordarbeit ist Mordarbeit“ sei für das Buchdruckgewerbe eine Ohrfeige, entlockte der Versammlung nur ein Lächeln. Im Gegenteil! Dadurch, daß der Tarif Berechnen und Gehaltgeld zuläßt, werde der Buchdruck-Unternehmer ja geradezu aufgefordert, vorteilhafte Arbeiten im gewissen Maße herzustellen zu lassen, während am glatten Satz „schlechtem Manuskript usw.“ die

Berechnen sich „ergötzen“ können. — Der Vertrag von Organisation zu Organisation wurde ebenfalls entschieden beurteilt. Wie übrigens in der Versammlung der Berliner Prinzipale ausgeführt habe, solle durch denselben die willkürliche Arbeitsniederlegung an einem Orte oder in einer Druckerei unmöglich gemacht werden, und das ist es eben, was die Kollegen so mißtraulich gegen diesen Vertrag mache. Es solle den Mitgliedern unmöglich gemacht werden, aus irgend einem Grunde, der mit dem Arbeitsvertrag nicht das geringste zu tun habe, gemeinsam die Arbeit niederzulegen; das sei nicht mehr und nicht weniger als die Unterbindung jeder aggregierten gewerkschaftlichen Betätigung. Wir, die die Gewerkschaftsbewegung als ein Stück Klassenkampf betrachten, dürften uns nicht durch Tarifverträge, mögen sie auch noch so vorteilhaft sein, nach dieser Richtung hin festlegen lassen. Wir betrachteten die Tarifgemeinschaften nur als eine Art Waffenstillstand im Organisationskampf, während die „Korrespondent“-Redaktion in Konsequenz seiner sonstigen Ansichten das bei der kapitalistischen Produktionsform bestehende Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit in alle Ewigkeit durch dieselben festlegen möchte. Schon sei uns der Strid um den Hals geworfen, aber noch in letzter Sekunde könnten wir verhindern, daß er zugezogen werde. Es müßte deshalb auch die kleinste Mitgliedschaft prinzipiell zu dieser Frage Stellung nehmen, um dadurch zu dokumentieren, daß der von unseren Gehilfenvertretern, dem Verbandsvorstand und der Redaktion des „Korr.“ eingeschlagene Weg nicht der richtige sei. Zum Schluß der Versammlung wurde eine von Kollegen Denker eingebrachte Resolution einstimmig angenommen, die sich in ihrem wesentlichen Inhalte mit der Berliner Resolution deckt.

Aus der Partei.

Die Existenz der „Humanité“ gesichert!

Aus Paris wird vom 18. Oktober gedruckt: Jaurès erhielt von Rebel ein Schreiben, in dem dieser mitteilt, daß der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie, der das Eingehen der „Humanité“ als ein großes Unglück nicht nur für die französische sozialistische Partei, sondern für die gesamte internationale Partei betrachte, bereit sei, für die „Humanité“ 25 000 Fr. zur Unterpflanzung zu stiften. Der Verwaltungsausschuß der französischen geeinigten Sozialisten nahm das Anerbieten mit Dank an. Der Betrag von 25 000 Fr. wird in Aktien der „Humanité“ umgewandelt werden, die sodann in das Eigentum der französischen sozialistischen Partei übergehen. Die zugunsten der „Humanité“ von den sozialistischen Vereinigungen Frankreichs veranfaßten Geldsammlungen haben bis jetzt ungefähr 10 000 Fr. ergeben.

Parteiliteratur.

Der Arbeiter-Rotiz-Kalender 1907 ist soeben im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Dieser in Arbeiterkreisen allgemein beliebte Kalender bringt auch in diesem Jahre wieder eine reiche Fülle für Partei- und Gewerkschaftsmitglieder äußerst nützlichen, ja unentbehrlichen Materials. Der Kalender sollte daher als ein zweckentsprechendes Nachschlagewerk auch im Besitze jedes Arbeiters sein. Der vorliegende neue Jahrgang enthält u. a.: Die Parteien des Reichstags, eine Abhandlung, in der die einzelnen Programme der Parteien und ihre Stellung zur Sozialpolitik und zu allgemeinen Arbeiterfragen kritisch beleuchtet wird. Der Kalender bringt ferner einen Auszug: Winke für Militärintvaliden, und einen kurzen Abriss über die „Gewerkschaften im Jahre 1906“. Daneben enthält der Kalender die Ergebnisse der Reichstagswahlen einschließlich der letzten Nachwahlen und zahlreichen, für die Arbeiter notwendigen Adressenmaterial, Statistiken usw. Ein künstlerisch ausgeführtes Bild des verstorbenen Genossen Meister ist dem Kalender beigegeben. Der Preis ist wie alljährlich 60 Pf. Der Kalender ist in allen Parteibuchhandlungen, von jedem Kolporteur und Zeitungsbändler zu haben; in Berlin und Vororten kann der Kalender durch alle Parteipeditionen bezogen werden.

Der Oesterreichische Arbeiter-Rotizkalender für 1907 ist im Verlage der Wiener Volksbuchhandlung erschienen. Er enthält an Artikeln: Das Arbeitsrecht, Aus unserem Gewerkschaftsleben, Die Wehrpflicht, außerdem den Post- und Telegraphentarif, Tabellen für Berechnung des Arbeitslohnes in Kronen, Formulare zur Eintragung der Einnahmen und Ausgaben mit Rubriken für Arbeitslosigkeit infolge Krankheit und Arbeitsmangel, Steuerabelle und Tagebuch. Ein Gedicht, Arbeitergruß von Karl Hanischke, eröffnet den Kalender. Das Titelbild zeigt die Porträts der sieben sozialdemokratischen Wiener Gemeinderäte.

Im selben Verlage ist der im Auftrage der Parteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie herausgegebene

Oesterreichische Arbeiter-Kalender

erschienen. Das gut ausgestattete, fest kartonierte Buch kostet 80 Heller und hat folgenden Inhalt:

Neujahr. Gedicht von Eibin Kristan. Kalenderium. Allgemeines Kalenderium. Jahresrückblick. Von Leopold Winarsky. Ursachen und Wesen der russischen Revolution. Von Karl Reutner. Der Dörschlump. Von Ferdinand Danusky. Ursprung und Grundlagen unserer Verfassung. Von Josef Karner. Freiheit. Gedicht von Leopold Jacoby. Herrit Jfen. Von Stephan Grohmann. Die Sennerin vom Schwarzensee. Von Hans Reisel. Das Wahlrecht der Frauen. Von Therese Schlesinger. Entwicklungsfehler des Kindes. Von Dr. Alfred Adler. Ein Morgenlied. Gedicht. Ein Herz — ein Geist. Gedicht von Erno Holz. Der Arbeiter und das Theater. Von Stephan Grohmann. Amerika. Ein geo- und ethnographisch-sozialer Charakterbild. Von Stegmund Raff. Postkarte. Telephonkarte. Stempelkarte. Oesterreichische Arbeiterpresse. Oesterreichische Gewerkschaftspresse. Arbeitervereine Oesterreichs. Lustige Ede. Die wichtigsten Jahrmärkte. Inkerate. Geschmückt ist der Kalender mit drei ganzseitigen Kunstbeilagen und zahlreichen Illustrationen.

Die Organisationen zum Parteitag.

Die Essener Parteigenossen nahmen am Sonntag nach dem Bericht der Delegierten folgende Resolution einstimmig an: Die Quartalsversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Essen bedauert, daß unsere Fraktion bei der ersten Beratung der „Borussia“-Interpellation nicht in genügender Stärke vertreten war; sie kann jedoch die auf dem Parteitag vom Genossen Schöppin und anderen aus diesem Grunde gemachten Ausführungen über die Tätigkeit der Fraktion nicht als die Stimmung der Parteigenossen in Kreise Essen anerkennen. Nach der von Genossen Schöppin und anderen gegebenen Darstellung des Sachverhalts sieht sich die Versammlung

Veranlaßt, zu erklären, daß sie vor wie nach der Tätigkeit unserer Fraktion das volle Vertrauen entgegenbringt.

Im übrigen erklärt sich die Versammlung mit den Beschlüssen des Parteitagcs einverstanden.

Von den Organisationen. Für Werbau und Umgegend im 18. jährl. Wahlkreis (Widau-Grünmühl) ist die Anstellung eines Parteibeamten beschlossen worden, der am 1. November sein Amt antreten soll. Der Kreisvorsitz hat dazu den Genossen Otto Seyfarth-Grünmühl erwählt.

An die alten Nürnberger, an Genossen, die vor Jahren in Nürnberg oder den übrigen nordbayerischen Kreisen gelebt haben oder tätig waren und die noch im Besitze von Dokumenten, Broschüren, Flugblättern, Briefen, Aufzeichnungen usw. sind, richtet die Redaktion der „Frankischen Tagespost“ in Nürnberg die Bitte, ihr diese Dokumente zur Abschrift oder zur Auszügen auf einige Zeit zu überlassen, da sie vor dem Jubiläum des Nürnberger Arbeitertages einen Abriß der Nürnberger Geschichte in Verbindung mit der der übrigen Kreise der letzten 40 Jahre geben will. Parteigenossen, die mit der Feder umgehen können, werden gebeten, ihre Erinnerungen an wichtige Vorwahlen, besonders auch aus der Zeit des Sozialistengesetzes, Nachrichten über hervorragende tätig gewesene Vorwähler oder in das gegenwärtige Lager übergetretene Genossen, ernste und heitere Erlebnisse mit der Polizei usw., niederzuschreiben und der Redaktion zu übermitteln. Für Retournierung des eingesandten Materials übernimmt die Redaktion Garantie, wenn es die Genossen nicht vorziehen, dasselbe zur Bildung eines Parteiarchivs schenkungsweise zu überlassen.

Aus Baden. In Pforzheim referierte am Donnerstag der Landtagsabgeordnete Genosse Gied vor einer öffentlichen Versammlung über sein Verhalten im Landtag; als zweiter Redner sprach der Abgeordnete Genosse Eichhorn. Die Versammlung sprach das Vertrauen aus und betonte in einer einstimmig gefaßten Resolution, daß sie wegen der Beteiligung des Genossen Gied als Mitglied des landständischen Ausschusses an dem parlamentarischen Freischuß nichts einzuwenden habe.

Der Fall des Priesters Hr. v. Jucco und Cuccagna. Die „Mainzer Volkszeitung“ wendet sich gegen die Behauptung, der Herr v. Jucco hätte sich in Erwartung einer Erbschaft so schnell bekehrt. Nachstehende Notiz der „Mainzer Nachrichten“ entspreche dagegen ungenügend der mehr den Tatsachen und verleihe die anfangs vertretene Ansicht, daß die Bekehrung der „Bekehrung“ auf pathologischem Gebiete liegen müßte:

„Bunderlicher Heiliger! Auf dem Geisteszustand des ehemaligen freireligiösen Predigers v. Jucco und Cuccagna wirkt es ein eigentümliches Licht, daß er kurz vor seinem Verschwinden von hier noch einem jungen hiesigen Mädchen, Fräulein D., in aller Form einen Heiratsantrag gemacht hat. Er wußte demnach gar nicht mehr, daß er bereits verheiratet ist. Auch der schwallstige Wortlaut der von ihm ganz überflüssigerweise veröffentlichten Erklärung läßt auf eine Störung der Gehirnfunktionen schließen.“

Die Potsdamer Zimmerer und die Haltung des „Zimmerers“. Die „Brandenburger Zeitung“ berichtet: „Der Potsdamer Zimmerer beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung noch einmal mit dem „Vorwärts“-Konflikt resp. dem Verhalten des Genossen Bringmann dazu. Wie noch allgemein erinnert sein wird, gehörte „Der Zimmerer“ auch zu denjenigen Gewerkschaftsorganen, die zu dem unglückseligen Vorwahlen in der Redaktion unseres Zentralorgans scharf Stellung gegen den „Vorwärts“ resp. die Parteileitung nahmen. Dieses Verhalten Bringmanns, des Redakteurs des Verbandsorgans „Der Zimmerer“, zeitigte hier die Annahme einer gegen diesen gerichteten Protestresolution, die durch die Parteipresse veröffentlicht, vom „Zimmerer“ aber abgelehnt wurde. Infolgedessen entspann sich zwischen der Redaktion des Verbandsorgans und dem hiesigen Zweigverein resp. dessen Vorstand ein recht energischer Schriftwechsel. Auf seine letzten Aufforderungen zur Aufnahme eines dementsprechenden Beschlusses über die Protestverurteilungen der Potsdamer Zimmerer hat der Vorsitzende, Genosse Stöck, bis heute weder Antwort vom „Zimmerer“ erhalten, noch ist der Bericht durch das Verbandsorgan veröffentlicht worden. ... Zur Beilegung dieses Konflikts war der Gauleiter, Genosse Knipper-Berlin, erschienen. Unter Hinweis auf die jetzt in Mannheim erfolgte Einigung resp. Marzierung des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaften bemühte sich der Referent, auch hier eine mildere Beurteilung der Bringmannschen Stellungnahme herbeizuführen, da die Urachen derselben nunmehr beseitigt sind. Im Interesse der Organisation liege es deshalb, auch den hiesigen Konflikt mit Bringmann aus der Welt zu schaffen. — Dazu war ja allgemein Reizung vorhanden, bedauert und beurteilt wurde aber das rücksichtslose Verhalten Br. gegen die hiesige Ortsverwaltung, deren Vorsitzender, Genosse Stöck, infolgedessen seiner Amt niederlegte. In der Begründung zu diesem bedauerlichen Schritt führte St. aus, daß er sich die ihm von Br. zuteil gewordene Bezeichnung als Vorsitzender nicht gefallen lassen könnte. ... Wir glauben, daß der Konflikt ein solches Opfer nicht wert ist. ... Nach dem erfreulichen Ergebnis der Mannheimer Tagung muß und wird es auch hier im Kampfe gegen den gemeinsamen Feind heißen: „Getrennt marschieren, aber vereint schlagen!“ Denn „Partei und Gewerkschaften“ sind eins!“ Und nicht bloß dem Namen nach. ...

Veränderungen in der Redaktion des „Avanti“. Rom, den 18. Oktober. Nach dem Wotum des Parteitages, das zeigt, daß die Parteimehrheit auf Seiten der Reformisten steht, hat Ferri zwei sozialistische Genossen, Dr. D'Amico und P. C. C. aus der Redaktion entlassen; befremdenderweise bleibt der dritte sozialistische, P. C. C. im „Avanti“. Erster politischer Redakteur wird Romualdi, dessen revolutionär-integralistische Tagesordnung von der hiesigen Parteiführung angenommen wurde, der aber dessemungeachtet auf dem Parteitag mit der Mehrheit stimmte. Schließlich traten neu in die Redaktion der Reformist Bonomi für den volkswirtschaftlichen Teil und Arturo Labriola, der im Auftrage des „Avanti“ sofort nach Berlin reist, um Berichte über die deutsche Bewegung zu schicken.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strasburger Presse. Genosse Crispian von der „Königsberger Volkszeitung“ wurde durch das Königsberger Landgericht mit 400 Mark Geldstrafe belegt, weil er den kommandierenden General des 1. Armeekorps beleidigt haben soll in einem Artikel, der die Schmutzkonfurrenz geißelt, die durch die Beurlaubung von Soldaten zu Entlasten den Landarbeitern gemacht wird. Aus der Urteilsbegründung ist folgender Passus interessant: Die verlangten Beweise seien als wahr unterstellt worden. Es sei angenommen worden, daß die Gutsbesitzer Ebbard und Hofer nie über Leutenot zu Klagen gehabt haben. Es sei auch als wahr angenommen worden, daß von einzelnen Gütern die Leute weggegangen seien, weil ihnen nicht eine Behandlung geboten worden sei, wie sie sie haben wollten. Es sei auch weiter als wahr angenommen worden, daß selbst Soldaten sich aus den gleichen Gründen von den einzelnen Gütern entfernt haben. Doch all das habe mit dem Artikel nichts zu tun. Der kommandierende General sei durch denselben beleidigt worden.

Unter gestriges Telegramm aus Mannheim in der Rubrik „Rechte Nachrichten und Depeschen über die Verteilung des Genossen Maier von der Mannheimer „Volksstimme“ bedarf einer Berichtigung. Die Verteilung erfolgte nicht auf Grund des § 130 des Strafgesetzbuchs (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten), sondern fügt sich auf den § 131 (Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen). Der infamisierte Artikel der „Volksstimme“ war überschrieben: „Auf dem Hagener Sand“ und schilderte die Erlebnisse der im Frühjahr dieses Jahres eingezogenen Reservisten und Landwehrlente auf dem Übungsplatz zu Hagenau. Es wurden vornehmlich die Preise und Qualitäten der in der Kantine des Hagenauer Übungsplatzes gebotenen Waren, die Verpflegung und Unterbringung der Eingezogenen bemängelt.

Der Staatsanwalt behauptete, daß diese Bemängelungen nicht gerechtfertigt seien, erhob aber deswegen keine Anklage, weil er dem Redakteur guten Glauben zugestand. Gingen glaubte er in der Einleitung des Artikels ein Vergehen gegen § 131 des Strafgesetzbuchs, nämlich eine Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu erblicken. Die Einleitung, in der von einer „Vorübung zur Verteilung der heiligsten Güter der Kapitalisten“ u. a. mehr gesprochen wurde, schloß mit dem Hinweis, daß der umschriebene Zweck der Uebung nur zum geringsten Teile erreicht werde, weil „ihre Härten“ das „bisher“ etwa in den lebenden, vorhandene Patriotismus zu ertöten geeignet seien.

In der Verhandlung vor dem Schwurgericht bestritt Genosse Maier, der von unserem Genossen Dr. Frank verteidigt wurde, den von der Anklage den angeführten Sätzen unterstellten Sinn. Die Weisaufnahme erstreckte sich u. a. auch auf ein bekanntes, in dem Artikel angedeutetes Wort des Kaisers. Nach fast zweistündiger Verhandlung und einer 20 Minuten dauernden Beratung der Geschworenen verkündete deren Obmann das Schuldis, worauf der Staatsanwalt eine „angemessene“ Verurteilung beantragte. Nach kurzer Beratung sprach der Gerichtshof 14 Tage Gefängnis und die üblichen Nebenstrafen aus. Dem dichtgedrängten Auditorium war aufgefallen, daß weit scharfer wie das Plaidoyer des Staatsanwalts die (im Geleise vorgelesene) Rechtsbelehrung war, die der Präsident, der Landgerichtsrat Wolf, den Geschworenen vor ihrer Beratung erteilte.

Ein gut unterrichteter Gerichtsvorstand. Wegen Verleumdung eines Zigarettenfabrikanten wurde der Vorsitzende der Filiale des Tabakarbeitersverbandes in Hannover, Genosse Lippelt, von dortigen Straßengericht zu drei Wochen Gefängnis verurteilt. Von einer Geldstrafe wurde abgesehen, weil, wie der Vorsitzende ausführte, sie doch entweder vom Verband oder von der Partei (er meinte natürlich die sozialdemokratische) bezahlt würde.

Vom jährl. Versammlung, recht! In Altenbach (Sachsen) hat am Sonntag ein eifriger Beamter der Amtshauptmannschaft Grömmen eine unter freiem Himmel auf eine Wiese einberufene und vorchriftsmäßig angemeldete Versammlung nicht zugehen lassen, weil der Wächter der Wiese, mit dem Einrufer den Wiedervertrag für die Zeit der Versammlung abgeschlossen hatte, nicht der Eigentümer der Wiese sei. Dieser sei der Graf v. Hohenthal und solange der nicht seine Einwilligung gebe, dürfe die Wiese nicht als Versammlungsort benutzt werden, da im Wiedervertrag nichts darüber vorgesehen sei. — Unsere Genossen hatten sich indes für alle Fälle vorgesehen. Sie hatten nicht weit von der gräflichen Wiese nach einem anderen Wiese eine halbe Stunde später eine zweite Versammlung angemeldet, in der Genosse Reichsgrafabgeordneter Lipinski nun unter großem Beifall über die Tätigkeit des Reichstags ungehindert sprechen konnte.

Aus Industrie und Handel.

Internationale Marktverteilung und Preisvereinbarung.

Die dem Zwecke der Preistreiberei dienenden Unternehmerorganisationen halten sich nicht an nationale Grenzen. Schon sind in einer Reihe Industrien internationale Vereinbarungen getroffen worden. Zu diesen Industrien ist nun auch die Emailwaren getreten. Vertreter von 20 bedeutenden Werken aus Deutschland, Österreich und Ungarn haben sich dieser Tage über einen gemeinsamen Preisatlas geeinigt. Die neue Liste soll vom 1. Januar 1907 ab Gültigkeit haben und tritt mit diesem Termin eine Preiserhöhung in Kraft. Man erwartet den Anschluß belgischer, französischer und schweizer Werke an die Vereinbarung.

Sie klagen und ernten. Die Aktionäre der Norddeutschen Trikotweberei A.-G. Berlin, die im vorigen Jahre mit der bescheidenen Dividende von 8 Prozent zufrieden sein mußten, erhalten diesmal 9 Prozent. — Von 6 auf 8 Prozent stieg die Dividende der Victoria-Werke A.-G. Nürnberg. — Die Lustener Gewerkschaft A.-G. schüttet 7 Prozent aus gegen 6 Prozent im Vorjahre. — Um 3 Prozent, auf 8 Prozent, steigt für das letzte Jahr die Dividende der A.-G. Görliger Maschinenfabriken.

Nachate Aktionäre. Die letzte Generalversammlung der Maschinenfabrik Kappel in Chemnitz gestaltete sich durch das Eingreifen einiger Berliner Aktionäre ziemlich stürmisch. Die Opponenten setzten es durch, daß die Genehmigung der Bilanz ausgesetzt wurde, so daß eine weitere Generalversammlung sich nochmals mit der Abrechnung zu befassen hat und vorläufig eine Dividende nicht zur Auszahlung gelangen kann. Die Verwaltung hat 16 Proz. vorgeschlagen, die Berliner Herren hatten aber auf 25—30 Proz. gehoben und in der Generalversammlung vorgeschlagen, die im Besitze der Gesellschaft befindlichen Aktien zu verkaufen, was aber abgelehnt wurde. Die Herren arbeiten zurzeit mit Vollkraft. Durch ein Inserat suchen sie Stimmung gegen die Verwaltung der Maschinenfabrik Kappel zu machen. Sie schreiben: „Als Vertreter der Minorität haben wir gegen die aus fast allen Bilanzposten hervortretende Politik der verdeckten Reservestellungen protestiert und auf Grund des § 284 Abs. 1 H.-G.-B. vom 10. Mai 1897 die Genehmigung der Bilanz aussetzen lassen. Aktionäre, die ihr Interesse in der neuen Generalversammlung durch uns vertreten zu sehen wünschen, wollen sich mit uns in Verbindung setzen. — Auf den Ausgang der Sache kann man gespannt sein.“

Nachmal Preiserhöhung. Der Kupferblechverband erhöhte nach einer Zeitungsmeldung nunmehr den Grundpreis für Kupferblech auf 240 M. pro 100 Kilo. — Das Düsseldorf'sche Hüttenindustrieunternehmen wird nach der „Köln. Volksztg.“ demnächst den seit Mitte September ruhenden Verlauf bei einer Preiserhöhung des Gießeisens Nr. 3 um 2 bis 3 M. freigeben. —

Außenhandel der Vereinigten Staaten. Sowohl hinsichtlich der Einfuhr als der Ausfuhr ermittelte das Statistische Bureau des Handelsdepartements der Vereinigten Staaten von Amerika für August und für Januar bis August 1906 wesentlich höhere Wertziffern als für die entsprechenden Vorjahresabschnitte. Die Importziffer für den letzten Monat betrug 105 588 604 Dollar gegenüber solchen von 102 592 449 Dollar für Juli, 100 780 071 Dollar für Juni und 104 909 197 Dollar für Mai d. J. Auch die Ausfuhrziffer für den letzten Monat (129 454 760 Dollar) übersteigt die der beiden vorhergehenden Monate: 111 697 174 Dollar und 125 033 983 Dollar.

Für die acht Monate bis August übertraf die diesjährige Gesamtziffer die entsprechende vorjährige in der Einfuhr um 75 255 185 Dollar und in der Ausfuhr um 132 427 103 Dollar, während der Exportüberschuß den für die entsprechenden Monate des Vorjahres um 57 171 918 Dollar übertrifft.

Bemerkenswerterweise lassen die Ziffern für die Gesamtausfuhr von Fleischprodukten trotz der hitzigen Enthaltungen keine Abnahme, sondern sogar gegen voriges Jahr eine ansehnliche Zunahme erkennen. Im einzelnen zeigt sich allerdings ein starker Abfall in der Ausfuhr von Fleischkonferenzen. Die Augustziffer liegt noch nicht vor, doch dürfte sie ebenso wenig der vorjährigen gleichkommen wie die für die beiden vorhergehenden Monate. Denn es sind im Juli d. J. nur 4 830 975 und im Juni 11 715 000 Pfund Schinkenfleisch in das Ausland gelangt, gegen 8 732 550 und 15 265 875 Pfund in den beiden entsprechenden Monaten des vorigen Jahres. Insgesamt sind jedoch im Juli d. J. 203 252 090 und im Juni 279 335 738 Pfund Schlachthausprodukte exportiert worden, gegen 192 490 724 und 234 260 890 Pfund in den entsprechenden vorjährigen Monaten.

Hervorzuheben ist ferner der bedeutende Rückgang in der Ausfuhr von Baumwolle im August 1906 gegen 1905 um fast 8 Mill. Dollar, für Januar bis August um 7 Millionen Dollar; im August gleich die Steigerungen im Export von Brotstoffen, Provisionsen und Mineralöl fast völlig aus, während für die acht Monate von Januar bis August trotzdem in den Hauptkapitelarischen der Ausfuhr ein beträchtliches Mehr gegenüber dem Vorjahre verblieb. Ueberschritten wurde letzteres aber noch erheblich durch die Zunahme in der

Ausfuhr der „anderen Waren“, also in der Hauptsache der Industrielerzeugnisse, die im August 1906 allein den Ausfuhr für die Steigerung des Gesamtausfuhrwertes gab und für Januar bis August 75 Millionen Dollar ausmachte.

Der Export nach Deutschland belief sich in den ersten acht Monaten des laufenden Jahres auf 136 649 353 Dollar, gegen 113 935 403 Dollar in der Vergleichszeit 1905. Der Wert des Importes aus Deutschland stieg von 78 296 404 Dollar in der entsprechenden Zeit 1905 auf 92 625 805 in 1906. Demnach stieg der Export aus Deutschland um 14 329 401 Dollar, dagegen die Ausfuhr dorthin um 22 713 930 Dollar.

Rohisenerzeugung. Nach der Statistik der American Iron and Steel Association wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika in der ersten Hälfte 1906: 12 002 901 Tonnen Rohisenerzeugnisse. Diese Menge bleibt hinter den Erwartungen, die in den ersten Monaten des Jahres gehegt wurden, zurück, trotzdem war sie jedoch um 1 439 726 Tonnen oder 12,9 Prozent größer als die vom ersten und um 773 606 Tonnen oder 6,5 Prozent größer als die vom letzten Halbjahr 1905. Daß die Zunahme nicht bedeutender ausfiel, lag daran, daß die Vergrößerung der Leistungsfähigkeit der Hochöfen zum Teil durch die Notwendigkeit ausgeglichen wurde, eine größere Anzahl nach der langen Zeit angelegter Tätigkeit zum Zwecke von Reparaturen usw. auszublasen. Inmierhin wurde im ersten Halbjahr 1906 mehr Rohisenerzeugnisse hergestellt, als in einem der vollen Jahre vor 1890.

Nach der Statistik der American Iron and Steel Association war die Rohisenerzeugung Kanadas im ersten Halbjahr 1906 bedeutend größer als in jedem der Halbjahre von 1905. Es wurden von Januar bis Juni 1906 nämlich 252 010 Tonnen Rohisenerzeugnisse hergestellt gegenüber 257 797 Tonnen in der letzten und 210 206 Tonnen in der ersten Hälfte 1905. Die bisher größte Halbjahrsproduktion, von der zweiten Hälfte 1905, wurde im ersten Halbjahr 1906 noch um 24 213 Tonnen übertroffen.

Kapitalistische Praktiken. Die Regierung der Vereinigten Staaten sieht sich in ihrem Kampfe gegen die Krisis vor ein neues Hindernis gestellt. Aus New York wird gemeldet: Die Magnaten der Standard Oil Company tragen der Öffentlichkeit gegenüber eine ruhige Fassade zur Schau, und man erinnert sich an die Bemerkung des verstorbenen Commodore Vanderbilt, daß kein Einzelmann und die ganze Union nicht an die Standard Oil-Deute mit geschlichen Maßnahmen herankommen werde.

Die Magnaten fühlen sich sicher, das Profitinteresse mache sie unerschütterlich. Sie gründen ausländische Gesellschaften, auf welche die Aktien der verstaatlichten Unternehmen übergehen und man läßt die Regierung aus.

Einen internationalen Seisentrust kündigt der „Daily Graphic“ an. Das Blatt meldet: Es wird eine Kombination britischer und amerikanischer Seifenfabrikanten geplant, die die deutschen, französischen und belgischen Fabrikanten zum Anschluß einladen wird. Der Abschluß eines Betriebsabkommens zur Kontrolle des Weltmarktes ist bereits erfolgreich in die Wege geleitet. Die Vereinigung der amerikanischen Fabrikanten wird von Pierpont Morgan organisiert.

Gerichts-Zeitung.

Kantinenwirt wegen Totschlags unter Anklage.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann gestern die Verhandlung wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang gegen den Kantinenwirt Max Wilde. Zur Verhandlung, die voraussichtlich drei Tage dauern wird, sind 35 Zeugen und vier Sachverständige geladen. Der Sachverhalt, welcher dieser Anklage zugrunde liegt, ist folgender. Der am 3. Dezember 1897 zu Demmin, Kreis Greifswald geborene Angeklagte ist seit dem 1. Juni 1899 Wächter der Kantine des 1. Gardiefeldartillerie-Regiments in der Kruppstraße. Sein Vater hat 37 Jahre bei dem Gardieulanen-Regiment gedient. Der Angeklagte besuchte die Bürger Schule, auf welcher er es nur bis zur Untertertia brachte. Er trat dann als Freiwilliger bei dem 1. Gardiefeldartillerie-Regiment ein und brachte es nach 13jähriger Dienstzeit bis zum Witzwachmeister. Im Jahre 1899 schied W. aus dem Soldatenstande aus und packete die Kantine des Regiments. Am 5. Januar d. J. erhielt W. in seiner Kantine den Besuch von mehreren Bekannten. Nachdem man hier kurze Zeit gekneipelt hatte, unternahm man auf Vorschlag des Wächters W. eine kleine Bierreise; auf der Bierreise schloß sich der Gesellschaft der Russer Timm an. Timm stellte sich als „Kriminalkommissar“ vor und erzählte viel von seiner Bekanntschaft mit dem Kriminalkommissar v. Montau, der Mitglied des Vereins ehemaliger Gardieulanen ist, dem der Angeklagte auch angehört. Durch das Benehmen des Timm tauchte in den übrigen Beteiligten der Verdacht auf, daß Timm gar nicht Kriminalkommissar sei. Es stellte sich durch Nachschlagen im Adreßbuch in einem der anderen Lokale, die die Gesellschaft besuchten, heraus, daß Timm die Leute geizt hatte. Angeklagter war darüber sehr erbost, drohte den Timm in einem Lokal in der Jägerstraße, er werde ihm die Rippen brechen und vergleichen. Auf der Straße soll es dann nach den Wahrnehmungen mehrerer Augenzeugen zu folgender Szene gekommen sein: Der Angeklagte packte den Timm sofort an den Schultern und preßte ihn gegen einen Laternenpfahl. In dieser Situation verlegte er dem Timm ein paar kräftige Ohrfeigen, so daß der dem Geschlagenen der Hut vom Kopfe fiel. Als Timm sich nun seinerseits wehrte, entriß ihm Wilde seinen ziemlich dicken Knotenstock und drohte, er würde dem Timm den Schädel auseinander schlagen, wenn er sich nicht mehr bedachte. Dieser Drohung folgte dann ohne Bedenken sofort die Tat. In dem Handgemenge hob der Angeklagte plötzlich den schweren Stod hoch und ließ ihn mit furchtbarer Gewalt auf den Kopf des T. niedersausen. Der Stob traf mitten auf die Stirn und hatte eine furchtbare Wirkung. Timm stürzte, ohne einen Laut von sich zu geben, zu Boden und blieb regungslos liegen. Der Schlag hatte den Schädel des T. zertrümmert, so daß der Tod augenblicklich eingetreten war. Als der Angeklagte sah, was er angerichtet hatte, packte ihn die Angst. Er versuchte schamlos zu fliehen, wurde jedoch von einigen Drohkentuschern und Straßenreinigern, die den Vorgang mit angesehen hatten, festgehalten. In der Empörung über die Rohheit des Wilde wurde er einer sofortigen Lynchjustiz unterzogen. Durch einen herbeieilenden Nachtwächter wurde W. aus den Händen der empörten Volksmenge befreit und der Polizeiwache zugeführt. Das unglückliche Opfer dieses nächtlichen Exzesses wurde sofort mit einer Drohsche zur Unfallstation geschafft. Hier konnte jedoch nur noch der Tod des T. infolge eines schweren Schädelbruchs konstatiert werden. Der mit großer Gewalt geführte Schlag hatte ein Stück aus der Schädeldecke herausgeschlagen und in das Gehirn hineingedrückt.

Vor Gericht bestritt der Angeklagte, sich strafbar gemacht zu haben. Er selbst könne sich auf die Einzelheiten nicht mehr bestimmen, da er total betrunken gewesen sei. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

„Gebräuchtes Motorrad billig abzugeben.“

So inserierte die Progreß-Motoren-Gesellschaft in den Tageszeitungen, gab aber in den Inseraten nicht ihre Adresse, sondern die ihres Reisenden Hermann J. Augsburgersstraße wohnhaft an. Auch dessen Name war nicht genannt, es hieß vielmehr im Inserat: „Näheres Portier“. Der Portier war instruiert, die Kauflustigen zu empfangen und ihnen unter Vorzeigung des Adesses, das noch „fast wie neu“ war, den Verkaufspreis anzugeben. Vom frühen Morgen bis abends um 10 Uhr hielten sich Interessenten ein, so daß angesichts des verhältnismäßig billigen Preises von 450 M. das Rad als „günstiger Gelegenheitskauf“ in wenigen Stunden an den Mann gebracht wurde. Die Tatsache, daß das Motorrad im Hausflur eines Wohnhauses stand und vom Portier angeboten wurde, bekräftigte die Leute in dem Glauben, es mit einem besonderen Gelegenheitskauf zu tun zu haben. In Wirklichkeit war es aber ein neues Rad von sehr zweifelhafter Qualität, das ohne jede

Garantie abgegeben wurde. War ein Rad verkauft, so wurde sofort ein anderes Rad in den Hausflur der Wohnung des Reisenden gebracht und der Fick konnte von neuem in Szene gesetzt werden. Dieser lukrative Hausflurbetrieb fand nur dadurch eine unliebsame Unterbrechung, daß eines Tages ein Motorrad im Hausflur gestohlen wurde. Die Firma wollte den Reisenden für den Schaden in Höhe von 400 M. verantwortlich machen, da er nicht die nötige Sorgfalt bei Aufbewahrung des Rades habe walten lassen. Die dritte Kammer des Kaufmannsgerichts entschied aber gestern, daß der Reisende nur 100 M. Schaden zu tragen habe, während 300 M. von der Firma getragen werden müssen. Wenn schon eine Firma derartige Geschäfte mache, über deren Charakter sich das Kaufmannsgericht jeder Kritik enthalten wolle, so müsse jene auch den überwiegenden Teil des Risikos tragen, das mit der Abwicklung eines solchen Geschäftes erklärlicherweise verbunden sei. Unseres Dafürhaltens hätte der Kläger völlig abgewiesen werden müssen, wenn sein und seines Reisenden Vergehen sich als verabredeter Betrug darstellte. Denn aus der Abrede zur Begleichung strafbarer Handlungen können Rechte nicht abgeleitet werden.

Die Beförderung politischer Zeitungen durch erzwungene Voten, welche nach dem Postgesetz zulässig ist, hat die Gerichte wiederholt beschuldigt. Jetzt liegt wieder eine Reichsgerichts-Entscheidung vor, welche angeht die weitverzweigten Expressboten-Beförderung von allgemeinem Interesse ist. Vom Erfindungsorte einer Zeitung, nennen wir ihn A, wurde ein Angestellter derselben, der eine Eisenbahn-Monatskarte nach den hintereinandergelegenen Stationen B, C und D hatte, alltäglich zur schnelleren Verteilung des Abendblattes entsandt; dieser Vote lehrte nun entweder nach seinem Beschäftigungsorte A zurück, oder er übernachtete in D, wofür er wohnete. Auf den Unterwegstationen lieferte er die bestimmten Zeitungsbeispiele an dort wartende Voten ab. Wie in früheren Fällen veranlaßte der Post-

fiskus ein Strafverfahren gegen den Verleger und den Voten wegen Vortahinterziehung. Das Landgericht sprach aber beide frei, weil die Beförderung der Zeitungsbeispiele durch den bezahlten Expressboten, zugelassen sei. Das Reichsgericht hob die Entscheidung auf; es handele sich hier nur um einen Gelegenheitsboten, der ohnehin nach seinem Wohnorte D fahren mußte und neben diesem eigenen Interesse noch den Beförderungsauftrag ausrichtete; der „expresse“ Voten dagegen handele im ausschließlichen Interesse seines Auftraggebers. Daß die Beförderung nicht in der Absicht erfolgte, Porto zu sparen, sei gleichgültig. Danach wurden die Angeklagten nach dem „Postarctiv“ zu einer Geldstrafe von je 850 M. und 40 W. (1) verurteilt.

Holland in Kindesnöten.

Als Preshänder hatte sich am Dienstag vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I Dr. Rudolf Lautenbach wegen eines Artikels in der Berliner „Tribüne“ vom 1. August d. J. zu verantworten. Die Sittlichkeit sollte durch den Artikel „Holland in Kindesnöten“ gefährdet worden sein. Das Gericht hielt es für geboten, die Öffentlichkeit bei der Verhandlung auszuschließen. Als Sachverständiger war der Schriftsteller Mallovoth geladen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 130 Mark. Das Gericht kam nach dreiviertelstündiger Beratung zu dem Urteilsspruch, daß 300 Mark notwendig seien, um das Atentat auf die öffentliche Sittlichkeit zu fähnen. Der Angeklagte hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Verein für die Interessen der Hausangehörigen. Sonntag, den 21. Oktober, nachmittags 6 Uhr, bei M. Rüdich, Steglitzerstr. 35: Vereinsversammlung. Vortrag von H. Kimmann über „Ehrl.“. Nachdem: Gemütliche Vorträge, gemütliches Beisammensein und Tanz. — Gäste willkommen.

Fele- und Disfintierklub „Johann Jacoby“. Heute abend 8 1/2 Uhr bei Buge, Kaffeehaus-Platz 95/96: Sitzung.
Fele- und Disfintierklub „Vorwärts“. Freitag, den 19. Oktober, bei Kuchel, Dierichstr. 10: Sitzung.
Landesberg-Zoldiner Agitationsverein. Freitag, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 2): Sitzung — Gäste willkommen.

Eingegangene Druckschriften.

Histoire de la Campagne de 1815. Waterloo par le Lt.-Colonel Charrier. Cinquième édition. Genève Imprimerie Soullier, Cité 19, 1907.

Witterungsüberblick vom 18. Oktober 1906, morgens 8 Uhr.

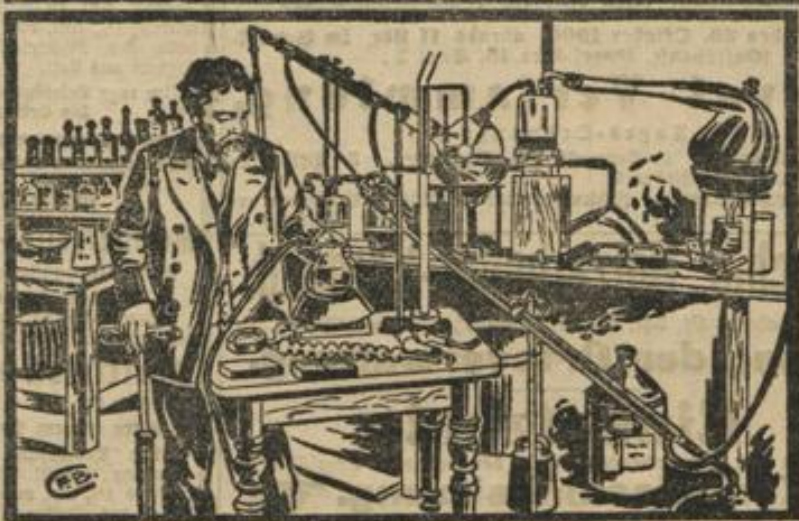
Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. u. d. d. 8 Uhr	Stationen	Barometer hoh. mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. u. d. d. 8 Uhr
Stettin	765.5	SW	2	10	Stettin	765.5	SW	2	10
Danzig	764.0	SW	2	10	Danzig	764.0	SW	2	10
Berlin	766.0	SW	1	10	Berlin	766.0	SW	1	10
Hamburg	764.0	SW	2	10	Hamburg	764.0	SW	2	10
Frankfurt	764.0	SW	2	10	Frankfurt	764.0	SW	2	10
München	767.0	SW	1	10	München	767.0	SW	1	10
Wien	767.0	SW	1	10	Wien	767.0	SW	1	10

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Oktober 1906.

Mild bei mäßigen südlichen Winden und zunehmender Bewölkung; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 18. Oktober. Elbe bei Rastow — 1.76 Meter, bei Dresden — 0.94 Meter, bei Magdeburg — 1.76 Meter. — Unstrut bei Saalfeld — 1.76 Meter. — Oder bei Rathenow — 1.42 Meter. — Rheine bei Münster — 1.76 Meter. — Oder bei Bielefeld — 2.38 Meter. — Oder bei Breslau Unterpegel — 0.78 Meter.



Sunlicht Seife

Ist ein vollständig reines Produkt aus Rohmaterialien vorzüglichster

Provenienz. Sie wird hergestellt nach dem vollkommensten Fabrikationsverfahren unter Berücksichtigung der neuesten Erfindungen der modernen Wissenschaft und Technik. Alle Rohmaterialien, wie jeder Sud des fertigen Produktes werden von bedeutenden Fachleuten untersucht und kontrolliert. Die Sunlicht Seifenfabrik garantiert deshalb die Reinheit ihres Fabrikates mit einem Betrage von M. 20.000.—.

Verwenden Sie deshalb nur Sunlicht Seife zu Ihrer Wäsche. Sie haben dann die Gewissheit, dass solche nicht nur schnell und gründlich gereinigt, sondern auch in bestmöglicher Weise geschont wird.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Cherubim. Carmen.
Schauspielhaus. Klein Dorell.
Deutsches. Der Weberkönig.
Westen. Die Waffenschmied.
Vorhang. Der Waffenschmied.

Anfang 8 Uhr.

Reising. Hedda Gabler.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller. O. (Haller-Theater).
Der Herrgottswarter. Hierauf:
Zum Einsiedler.

Schiller. N. (Friedrich Wilhelm-
Haller-Theater). Die rote
Rabe.

Neues. Die Hochzeit von Poel.
Komische Oper. Hoffmanns Er-
zählungen.

Residenz. Triplepatte.
Kunstspielhaus. Verwehte Spuren.
Zentral. Tausend und eine Nacht.
Kleines. Ein idealer Gatte.
Deutsch. Amerikanisches. Im
wilden Westen.

Thalia. Wenn die Bombe platzt!
Enten. Ein Volksfeind.
Bernhard Rose. Der Teufel lacht dazu.
Berliner Kinder.

Trionon. Der Hausfreund.
Walhalla. Spezialitäten.
Sipho. Berlin im Omnibus. Spe-
zialitäten.

Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Kaffee. Alexander der Große.
Folies Caprice. Das Modell.
Das Provinzmädel.

Wintergarten. Spezialitäten.
Pallage. Spezialitäten.
Reichshaus. Stettiner Sänger.
Hroia. Tausend und eine Nacht.
Theater 8 Uhr: Die Mosellande
und ihr Weinbau.

Sternwarte. Spezialitäten. 57/58.
Ferdinand Bonns.

Berliner Theater.
Heute und folgende Tage:

Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Die Hochzeit von Poel.
Sonabend, Sonntag:

Die Hochzeit von Poel.
Kleines Theater.

Ein idealer Gatte.
Zum 99. Male:

Sonabend, Sonntag: Ein idealer Gatte.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachts.
Abends 8 1/2 Uhr: Man kann nie wissen.

Neues Schauspielhaus

Die für Sonabend, den 20., an-
gelegte Eröffnungsvorstellung
findet erst am Donnerstag, den
25. Oktober, statt. Die für die
Eröffnungsvorstellung gelösten
Eintrittskarten behalten ihre Gül-
tigkeit für Donnerstag, den
25. Oktober. Die für Sonntag,
den 21., gelösten Eintrittskarten be-
halten ihre Gültigkeit für Freitag,
den 26. Oktober; event. können die
bereits gelösten Eintrittskarten an der
Kasse des neuen Schauspielhauses an
den Vormittagen von 10—1 Uhr bis
zum Dienstag, den 23. Oktober,
zurückgegeben werden.

Theater des Westens

Station Zoolog. Garten, Kantstr. 12.
Heute abend 7 1/2 Uhr:

Die Zaubervolte.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Schiller-
vorstellung (Kleine Preise): Romeo und
Julia. Ab. 7 1/2 Uhr: Der Bettelstudent.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:

Hoffmanns Erzählungen.
Sonabend zum 1. Male: Lakmé.
Sonntag nachmittags: Carmen.
Sonntag abend: Lakmé.

Lortzing-Theater.
Balleianstr. 7/8.

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Der Waffenschmied.
Abonnements gültig.
Morgen Sonabend:

Fra Diavolo.
Rixdorfer Theater
Bergstraße 147.

Sonntag, den 21. Oktober 1906:
Zum 3. Male:

Zapfenstreich.
Drama in 4 Akten von Franz Adam
Beyerlein. — Anfang 7 1/2 Uhr.

Zentral-Theater.
(Operette). Täglich 8 Uhr:

Tausend und eine Nacht.
Bernhard Rose-Theater
früher Carl Weiß-Theater.

Große Franziskanerstr. 132.
Täglich 8 Uhr:

Berliner Kinder.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Aschen-
brödel. Sonntag nachm. 3 Uhr: Die
Bluthochzeit.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:

Der Herrgottswarter.
Ein Drama in 3 Akten v. H. H. H. H.

Hierauf: Zum Einsiedler.
Lustsp. in 1 Akt v. Benno Jacobson.
Sonabend, abends 8 Uhr:

Donna Diana.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Maria Stuart.
Sonntag, abends 8 Uhr:

Die Kinder der Exzellenz.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Haller-
Th.).

Freitag, abends 8 Uhr:
Die rote Rabe.

Schauspiel in vier Akten von Eugen
Reiser. Deutsch von Anne St. Gere.
Sonabend, abends 8 Uhr:

Die Hoffnung auf Segen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Web' dem der lügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:

Die rote Rabe.
Zirkus Alb. Schumann.
Heute abend präglie 7 1/2 Uhr:

Das anerkannt vorzügliche
Sport-Programm. U. a.:

Die einzig
existierende größte Tiger-Gruppe.
Nach nie
gezeigter wilde Dressur

vorgeführt von
gezeigter Hr. Henrikson.
Der ur-
komische
Löwen-Baron
mit seinem dreifachen Vierpart.
neue u.
moderne
Dressuren.
Die phänomenalen Luftakrobaten
Les Rixfords.

Sämtl. Clowns und Auguste mit ihren
neuesten Späßen. Ferner die groß-
artigen neuen Spezialitäten.
Am 10. Uhr: Ein
Tag in Monte Carlo.

Große Ausstattungsphantomime,
arrangiert und auf das glänzendste
inszeniert von Dir. Alb. Schumann.
Sonntag: 2 Vorst., nachm. 3 1/2 Uhr
(ein Kind frei) u. abends 7 1/2 Uhr.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.

Zum ersten Male:
Ein Volksfeind.

Anfang 8 Uhr.
Sonabend 4 Uhr: Kinderdarstellung:
Nischenbrödel. Abends: Ein Winter-
märchen.
Sonntag nachm.: Eine vom Erntehof.
Abends: Ein Wintermärchen.
Montag: Ein Wintermärchen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.
Abends: Wiederauftritt
8 Uhr: Adolf Philipps.
Zum

59. Im wilden
WESTEN.
Male: Sonntag
nachm.: ER & ICH.

Bernhard Rose's
Vorstädtisches Theater.
Gefundbrunnen. Badstraße 58.

Zwischen zwei Herzen.
Vollständ. in 4 Akten v. A. W. W. W.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billetvorverkauf von 10—2 Uhr an
der Theaterkasse.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Haller- Th.).

Freitag, abends 8 Uhr:
Die rote Rabe.

Schauspiel in vier Akten von Eugen
Reiser. Deutsch von Anne St. Gere.
Sonabend, abends 8 Uhr:

Die Hoffnung auf Segen.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Web' dem der lügt.
Sonntag, abends 8 Uhr:

Die rote Rabe.
Zirkus Busch.
Abends 7 1/2 Uhr:

Monsieur Romeo!
Stauben erregende
Automobil-Experimente
Ueberfahren

mit einem 70 PS. Fiat-Automobil
(Gem. 30 Zentner u. 4 Insassen.)
Die größte Tiger- und
Löwengruppe.
Aus der Pustla.

Dirig. Fantomime d. Hrt. Busch.
Sonntag: 2 große Vorstell.
nachm. 4 Uhr, abends 7 1/2 Uhr.
In beiden Vorstellungen: Aus
der Pustla.

Apollo-Theater.
Täglich: Das große
Spezialitäten-Programm

mit Liane d'Eve, die Original-
Matthäus-Längerin u.
Berlin im Omnibus
mit dem Omnibus-Feld.

Sonntag, den 21. Oktober, nachm.
3 1/2 Uhr: Familienvorstellung.
Halbe Preise! Halbe Preise!

Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:

Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 9 Bildern
von Julius Freund.

Musik von Viktor Hollander.
Dirigent M. Roth.
In Szene gesetzt von Direktor
Richard Schultz.

H. Bender. J. Giampietro.
J. Josephi. Fritz Massary.
Phila Wolf.

Rauchen überall gestattet.
Sonntag, den 21. Oktober,
nachmittags 3 Uhr:

Ermäßigte Preise!
Auf in's Metropol!

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:

Der Hausfreund.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:

Die Mosellande und ihr Weinbau.
Täglich ab nachmittags 4 Uhr:

Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 5 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.

Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Triplepatte.

Schwank in 5 Akten v. Tristan Bernard
und André Godfroy.
Bicome Robert de Houdon:
Richard Alexander.

Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Eine Hochzeitnacht.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnstr. 10.

Die Bluthochzeit
oder: Königin Margot.

Schauspiel aus der Hugonottzeit
in 5 Akten.
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 50 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Sonabend: Privatbesichtigung.

Kasino-Theater
Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr

Nur noch kurze Zeit:
Alexander der Große
von Emil Thomas und Adolf Selig.

Sonntag 4 Uhr: Hotel Klingebusch.
Theater Folies Caprice.
Lilienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.

Serenissimus August XXVI.
Das Modell.
Das Provinzmädel.

Anfang 8 Uhr.
Sonntag nachmittags
bei bedeutend ermäßigten Preisen:
Soll und Haben.
Nach dem Zapfenstreich.
Anfang 8 Uhr.

Volks-Theater des Westens.
Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.

In Zivil. Schwanke
in 1 Akt.
Hierauf:

Pension Schöller.
Schwanke in drei Akten.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.

Abends 8 Uhr:
Verwehte Spuren.

Passage-Theater.
Das Gastspiel

Josefine Dora
in der Komödie
„Rieke“

mit dem Schlagor
„Emil du bist eine Pflanze“
ist wegen d. außerord. Erfolges
und der tägl. ausverk. Häuser
für Oktober prolongiert.
Außerdem 14 neue Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater
Schauspieler Max 148.

Jeden Sonntag und Donnerstag:
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Stets erstklassige Spielplanfolge.
Nach der Vorstellung: Gr. Tanz.
Langzeitung: B. Sachsse.
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.

Palast-Theater.
Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börs.

Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
12 Attraktionen 12
u. a.:

John Ilket and Miss Jenny,
sens. equil. Akt.

Robert und Bertram
die Urmenschen.

Die Loreley.
Gefte von D. Klein.

Familienfeste, zum äußeren Stoffen-
preise gültig, in allen Vorst.,
Freitag u. Samstag abends gratis.

Sanssouci. Kottbuser
Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnt., Mont., Donnerst.:
Hoffmanns Nordd. Sänger
Neu!

Studiosus in der Klemme.
(Neues Soiree-Programm)
Sonnt. Beg. 5, Montag 8 1/2,
Dienstag: Theater-Abend.

Colosseum
Dresdenerstr. 97.

Das brillante
Oktober-Programm.
Spezialitäten und
Volks-Kabarett

**Walhalla-
Variété-Theater**

Weinbergsweg 19/20.
Am Rosenthaler Tor.

Heute abend 8 Uhr:
Das humorist. Oktober-Programm.
Emmi Krüchert, Willy Prager,
Berliner popul. neue
Soubrette. aktuelle Coupl.
Anderer: 4 Debüts u. a.:
Royal Mitsuta's **Filippos**
Jap. Leit.-Bal. Wunderhunde.
Kontingen überall gefastet.

Reichshallen.
Täglich:
**Stettiner
Sänger**

Anfang
Bis Montag
8. Sonntag
7 Uhr.

Buggenhagen
Moritzplatz.
Gustav Gottschalks
populäre Konzerte.

**Gustav
Behrens
Theater,**
Berlin O.,
Frankfurter
Allee 85.

Kolossaler Erfolg
des sensationellen neuen
Oktober-Programms.

Obsts Festsäle, Schöneberg,
Meiningerstr. 8. Martin Lutherstr. 51.
Sonabend, den 20. Oktober,
abends:
mit anschließendem Familienfranzösischen.
Alle Freunde und Gönner laden ergebenst ein
Ernst Obst.

Neu erschienen
sind folgende Schriften, die wir unseren Lesern bestens empfehlen:
Jena und Tilsit.
Ein Kapitel ostpreussischer Jünger-
geschichte von Franz Mehring.
Preis 1,00 M.
Geschichte des Sozialismus
in den Vereinigten Staaten
von Morris Hillquit.
Historische Uebersetzung von Karl
Müller-Bernberg.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.
Geschichte der Kommune
von 1871
von Lissagaray.
Dritte illustrierte Auflage.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.
Sozialdemokratie
und Anarchismus
von W. H. Herzberg.
Preis 20 Pf.

Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden. 237/54

Blitz-Schnell
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,
Station im Hause. Haltestelle Brünnstraße. Empfiehlt:
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,
auch für korpusculente Herren passend.
Dieselben sind von feinen Kapazitäten und Kellnern, die nur einen
Monat ihre Garderobe tragen. 53524
Fahrgehalt wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

Veranlaßt durch die in letzter Zeit sehr oft vor-
kommenden Klagen über ganz minderwertige Nach-
ahmung des
**Dänischen
Kapitän-Kautabak**
möchte ich darauf hin, daß derselbe nur echt ist, wenn in jedem
Stück (5 u. 10 Pf.-Stücken oder Schichten) der Zettel liegt
mit Aufschrift:
Dänischer Kapitän-Kautabak (gefehl. gefälscht).
Gen. Vert.: C. Röcker, Berlin O., Grüner Weg 112. Amt 7. 2381.
Zu haben in den meisten Zigarrenhandlungen.

H. Zimmermann
Berlin SO. Juweller Oranienstr. 206
Gold- und Silberwaren-Fabrik,
Uhren-Großhandlung. 2522/1
Eigene Werkstatt für Reparatur u. Reparatur.
Streng reell - Billigste Preise.

WINTERGARTEN

Das neue Oktober-Programm!
Ein glänzender Erfolg!
Bros. Permane, Exzentriks.
Charlene und Charlene, musik. Akt.
Robert Steidl, Humorist.
Launceston Elliot, Kraftproduktion.
Das Erntefest, englisches Ballett.
Les Mas-Andrés, Pariser Duettisten.
De Vry's, lebende Marmor-
Kolossal-Gruppen.
Maria Vinet, portugies. Sängerin.
Bros. Spissel und Mack, amerikanische Exzentriks.
Jackson-Truppe, Radfahrer.
Kitty Traney, Jongleuse.
Der Biograph.

**Welt - Ausstellungs-
Biograph - (St. Louis)**
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Film-
fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
• Den ganzen Tag Vorstellung. •
Otto Pritzkow, Münzstr. 18.
Prachtsäle d. Ostens
Frankfurter Allee 151.

Heute
wie jeden Freitag
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Die Fr. Fanther,
und Tanztruppen.
Zum Schluss: Studios in
der Klemme.
Eintritt 30 Pf., Refect. 50 Pf.
Vorzugsarten gelten.
Achtung! Vereine!
Habe noch an Sonnabenden und
Sonntagen im November sowie
Weihnachtsfeierabend **Säle**
zu vergeben. 264424
H. Ebert, Neues Klubhaus,
72, Kommandantenstr. 72.

Großes Wurstessen
mit anschließendem Familienfranzösischen.
Alle Freunde und Gönner laden ergebenst ein
Ernst Obst.

Die Fessing-Legende.
Zur Geschichte und Kritik des
preussischen Despotismus und
der klassischen Literatur
von Franz Mehring.
Zweite unveränderte Auflage mit
einem neuen Vorwort.
Preis brosch. 2,50 M., geb. 3,00 M.
**Die Stadt Berlin und
ihre Arbeiter.**
Ein Beitrag zur Sozialpolitik
der größten deutschen Gemeinde
von Emil Dittmar.
Preis 1,00 M.
Ziele und Wege.
Erläuterungen der sozialdemo-
kratisch. Gegenwartsforderungen
Unter Mitwirkung von Adolf Braun,
Hugo Lindemann, Max Süßheim,
Friedrich Stampfer, Clara Zetkin.
Herausgegeben von Ad. Braun.
Preis 20 Pf.

Charlottenburg.
Anfertigung feiner
Herren-Garderoben n. Maß.
Gr. Stofflager in engl. u. deutsch.
Stoffen nur erstklass. Fabrikate.
Garantie guter Sitz. Solide Preise.
Karl Ehring,
Schneidermeister, (23511)
Leibnizstr. 75, parterre,
nahe der Kantstraße.

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
I. Spezial-Geschäft
nur 33 Pf.
3 Mühlendamm 3.
Adolf Wecker.

Cigarren
In jeder Preislage
von 25.00 - 450.00 M. p. mille
zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 105, 1.
mußterte Preislage gratis und franko.
Kein Laden. 2381

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.
Sonntag, den 21. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in den Industriefallen, Deutschstr. 20:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom Stillschluß. 3. Vereins-
angelegenheiten. 4. Bericht über die dem Vorstand überreichten Anträge. 5. Verschickenes. 258/5
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand: S. A. H. Juppentag.

**Die
Arbeits-Nachweise**
für
Tischler und Möbelpolierer
befinden sich:
1. Bankier Platz 7 bei Feller.
Telephon: Amt IV. 4659.
2. Simon Dachtz. 46 (Gde. Vor-
hagerer) bei Max Hürter.
3. Koppentz. 37 bei Paul Schmidt.
Telephon: Amt VII. 3978.
4. Bollinerstr. 35 bei Fürstenau.
Fachverein der Tischler
Berlins und Umgegend.

Aufgepaßt!
Noch immer die bill. Begehr-
ten für Monats-Anzüge,
Winter-Paletots u. Hosen,
von Reisenden und feinsten
Kavalieren angekauft, ebenso
neue, sehr sch. u. modern
gearbeitete, in neuesten Stoff-
mustern vorhanden. Herren-
und Knabengarderoben.
Große Auswahl in Winter-
paletots u. warme Winter-
joppen. Ein gr. Vell. einzelne
Nachts, einzelne Westen und
einzelne Hosen zu sehr billigen
Preisen. Zu haben bei
Moldauer
Brünnstraße 64
Ede Kantenstraße, im Laden.
Effizienz in nur frischer Ware:
Hasen
große schwere für nur ... 3,00
gespitzte Hasen von ... 3-4
große wilde Sammlungen ... 0,90
feiste Nachweise für nur ... 1,00
Gänse
Bd. 60 u. 65 Pf. in tiefer Auswahl.
Wegner, 50., Mariannenstr. 34.

PATENT
Anmeld. v. Patent. I. in - a.
Ausw. Verwert. Finanzier.
I. Ref. Cent. Bedingungen.
10-14-4-8, Sonntag 11-10.
**Bureau
Wolters & Co.**

Spezial-Möbel-Halle
Harry Goldschmidt
59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Ab-
zahlungs-Geschäften, welche
Garderobe usw. führen.
Extra - Abteilung
verliehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche
Teilzahlung gestattet!

**Arbeiter-
Berufs-Kleidung**
I. Spezial-Geschäft
nur 33 Pf.
3 Mühlendamm 3.
Adolf Wecker.

Cigarren
In jeder Preislage
von 25.00 - 450.00 M. p. mille
zu Engros-Preisen.
Reinhard Hellmich,
jetzt Friedrichstr. 105, 1.
mußterte Preislage gratis und franko.
Kein Laden. 2381

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.
Sonntag, den 21. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in den Industriefallen, Deutschstr. 20:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom Stillschluß. 3. Vereins-
angelegenheiten. 4. Bericht über die dem Vorstand überreichten Anträge. 5. Verschickenes. 258/5
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand: S. A. H. Juppentag.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.
Sonntag, den 21. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in den Industriefallen, Deutschstr. 20:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom Stillschluß. 3. Vereins-
angelegenheiten. 4. Bericht über die dem Vorstand überreichten Anträge. 5. Verschickenes. 258/5
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand: S. A. H. Juppentag.

VI. Wahlkreis. Gesundbrunnen.
Sonntag, den 21. Oktober, abends 5 1/2 Uhr, im Silbersteinischen Lokal,
Badstr. 8, Eingang Behnstraße:
Versammlung für Männer und Frauen.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Kadet über: Volksschule und Kindererziehung.
2. Diskussion.
Nach der Versammlung gemütliches Beisammensein mit Tanz.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Der Abteilungsleiter.
264/9

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Gips- und Zementbranche.
Gruppe: Zementierer.
Die ordentliche Mitgliederversammlung der Zementierer am Sonntag,
den 21. Oktober 1906, findet wegen der Gewerhegerichtswahl nicht statt.
Wir ersuchen die Kollegen, welche in den Stadtbezirken wohnen, wo gewählt
wird, sich an der Gewerhegerichtswahl zu beteiligen.
147/17
Der Gruppenvorstand.

Zentralverband des techn. Bühnen-Personals
Sitz Berlin.
Sonabend, den 20. Oktober 1906, abends 11 Uhr, im Gewer-
schaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 3:
General-Versammlung.
190/9
Tages-Ordnung:
1. Vorstandsbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Verbands-
angelegenheiten. 4. Verschickenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen er-
wünscht.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.
Einsetzer!
Montag, den 22. Okt., abends 8 Uhr, bei Grüner, Engel-Ufer 13:
Kommissionssitzung.
Hierzu sind die Kollegen der Firma Wegner, Blumberg, welche in
den Beamtenhäusern in Dahlem gearbeitet haben, eingeladen.
Der Obmann.

Zentralverband d. Dachdecker
Verwaltungsstelle Berlin.
Montag, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, Weinstr. 11
bei Feind:
Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Kasienbericht vom III. Quartal 1906.
2. Abrechnung vom Vergnügen. 3. Verbandsangelegenheiten. 54/20
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Der Vorstand.

Verband der Hafenarbeiter u. verw. Berufsg.
Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 21. Oktober, vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsplatz-
Kasino, Holzmarktstr. 72:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1906. 2. Verbandsangelegenheiten.
3. Verschickenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
119/9
NB. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird ersucht.
Der Vorstand.

Arbeiter-Bekleidung
Neues Spezial-Geschäft
Kohnen & Jöring
Alexanderstr. 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
Berufskleidung
für alle Zweige der Industrie und
Gewerke.
Billig! - Reell! - Gut!

Wendts Pracht-Säle
Münzstraße No. 17 - Eingang Königsgraben
Fernsprecher Amt VII 7555.
Säle und Vereinszimmer empfehle den geehrten Gewerkschaften,
Vereinen usw. zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art.
Sonabende im November, sowie Weihnachten ist noch mein großer
Saal frei. 238124

Möbel-Fabrik und Lager kompletter
Wohnungs-Einrichtungen
zu Fabrikpreisen - Eigene Werkstätten - empfiehlt
Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser
Tor.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.
Bureau: Berlin O. 54, Dragonerstr. 15, Hof 1.
Sonntag, den 21. Oktober cr., vormittags 10 Uhr, in den Industriefallen, Deutschstr. 20:
General-Versammlung
des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.
Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Abrechnung vom Stillschluß. 3. Vereins-
angelegenheiten. 4. Bericht über die dem Vorstand überreichten Anträge. 5. Verschickenes. 258/5
Mitgliedsbuch ist vorzulegen.
Der Vorstand: S. A. H. Juppentag.

Das Fest der silbernen Hochzeit
feiern heute der Restaurateur Jakob
Ruppelt und Frau Anna geb. Bohl-
meyer, Borchstr. 49. [23065]

Sozialdemokratischer Wahlverein
für den
Bezirk Lichtenberg.
Todes-Anzeige.
Am 16. Oktober, nachmittags
2 Uhr, verstarb nach längerer
Krankheit unser Mitglied, der
Gastwirt
Julius Loewe.
Die Beerdigung findet heute,
Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom
Krausenau, Blumenhainstr. 42,
aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
14/15
Der Vorstand.

**Zentralkranken- u. Sterbekasse
der Tapezierer.**
Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Franz Deul
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. d. Mts., nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Michael-Kirchhofes in
Niedersachsen aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
21365
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Metallarbeiter-Verband**
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Schlosser
Gottfried Möbus
gestorben ist. 154/17
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 21. Oktober, nach-
mittags 1 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Luther-Kirchhofes in
Dahlem aus statt.
Um rege Beteiligung bittet
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Möbelpolierer
Richard Rettig
am 19. September verstorben ist.
Am 6. Oktober starb der Kollege,
Tischler
Paul Schröter
und wurde am 10. Oktober zur
letzten Ruhe beigesetzt.
Ehre ihrem Andenken!
95/4
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die Teilnahme sowie Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Mannes, welche ich allen
Freunden, Verwandten und Be-
kannten, besonders dem Sozial-
demokratischen Wahlverein in Nieder-
schönhausen und dem Zentralverband
der Handlungsgesellen und Ge-
hilfen Deutschlands, meinen
innigsten Dank aus.
Wwe. Margarete Merten.

**Krankenunterstützungs- u. Begräbnis-
verein der Bau- und gewerblichen
Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend.**
Sonntag, 21. Oktober,
vormittags 10 1/2 Uhr,
General-Versammlung
im Lokal Langestr. 65.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht vom 3. Quartal 06.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Ver-
schickenes. 37/12
Neue Mitglieder werden in
der Versammlung aufgenommen.
Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Oscar Arnold
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116
(nein Laden).
Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Prei-
sen, circa 100 verschle-
dene Sorten Kollies
und Stolas in allen
modernen Farben.
Großes Lager in
Muffen, Kinder-Garni-
turen, Herren und
Knaben-Kragen und
Pelzmützen.

Oscar Arnold
Hüte, Mützen und
Pelzwaren
Engros! Export!
Dresdenerstr. 116
(nein Laden).
Einzelverkauf!
zu sehr niedrigen Prei-
sen, circa 100 verschle-
dene Sorten Kollies
und Stolas in allen
modernen Farben.
Großes Lager in
Muffen, Kinder-Garni-
turen, Herren und
Knaben-Kragen und
Pelzmützen.

Die Geldentat des Talmihauptmanns

Ist gegenwärtig in aller Munde. Man gehe in ein Restaurant, fahre auf der Eisenbahn oder benutze die Straßenbahn, überall hört man von dem Geldentat reden. Und wie wird geredet. Keineswegs in dem Sinne, daß man sich etwa entsetzt über die Vererbung der Köpener Stadtkasse, sondern im spöttischen, satirischen Tone; eine gewisse Schadenfreude klingt überall durch über den Köpener Geldentat.

Es ist ja auch gar nicht möglich, angesichts dieses Vorfalles ernst zu bleiben. Sehr schnell sind denn auch die Spötter dabei, um die Situation nach den verschiedensten Richtungen zu verwerthen. Fingerfertige Dichterlinge haben die Köpener Tragikomödie in poetische Form gebracht. Auch die Bühne hat sich bereits der Geschichte bemächtigt. Im Metropol-Theater marschierten gestern eine Anzahl Soldaten auf, die sich darauf beschränkten, zu allen Befehlen des Hauptmanns zu nicken.

Eine Extraeinlage des Deutsch-Amerikanischen Theaters, die am Sonnabend in der Pöffe „Im wilden Westen“ gesungen wird, betitelt sich: „Der Herr Hauptmann von Köpenick“. Auch die Anstaltsartenindustrie hat sich bereits der Affäre bemächtigt. Auf den Straßen wurden gestern Anstaltsarten feilgeboten, auf denen der Hergang des ganzen Vorfalles in vier humoristischen Bildern und ebensovielen Versen dargestellt wird. Natürlich finden die Karten reißenden Absatz. Der Text einer dieser Karten lautet:

Herr Hauptmann, Herr Hauptmann, wo geht die Reise hin?
Zu Köpenicks Bürgermeister, so habe ich im Sinn.
Was hat denn der verbrochen — das weiß ich selber nicht,
Mein König hats befohlen, ich tu nur meine Pflicht.
Herr Hauptmann, Herr Hauptmann, ach schicken Sie doch nicht!
Ich glaube beinahe selber, ich bin ein Bösewicht!
Hier haben Sie den Schlüssel, der Geldschrank steht ja dort,
Adieu, mein teures Köpenick, jetzt muß ich von dir fort!
Den Hauptmann, den Hauptmann, kein Vitten hat gerührt,
Denn die, die ihm im Wege, die wurden abgeführt.
Inzwischen steht der Hauptmann ein, was gar nicht ihm gehört,
Die ganze Polizei packt auf, daß ja kein Mensch ihn stört!
Der Hauptmann, der Hauptmann, der ist ein Mann von Rasse,
Denn greift er vor dem Abschied erst schnell noch in die Kasse.
„Gut, ihr dummen Bauern!“ hat der Wondarm geschrien,
„Der Hauptmann mit dem Geldsack muß eilig nach Berlin.“

Solche Triumphe wie jetzt hat die Spottlust lange nicht gefeiert. Überall ist man aber geradezu von Bewunderung erfüllt ob des genialen Hauptmanns; vielfach wird sogar bedauert, daß der Lohn für das Stückchen zu gering gewesen sei. Andere geben wieder der Ansicht Ausdruck, daß der Mann noch übertroffen werden könne. Man brauche sich nur die nötige Energie anzulegen und sich in eine Generaluniform zu stecken, um schließlich ein ganzes Regiment Soldaten zur Verfügung zu erhalten.

Inzwischen werden

noch einige Details

bekannt, die das niedliche Bildchen noch vervollständigen. So wird beispielsweise von dem Aufenthalt des Hauptmanns auf dem Köpener Rathaus berichtet:

„Die Gänge im Rathaus hatte der Herr Hauptmann so scharf besetzt, daß nichts durchkam.“

Die Post, die gebracht wurde,

nahmen die Soldaten in Empfang, die sie dem Herrn Hauptmann weitergaben. Dieser öffnete während der Unterredung mit dem Bürgermeister in dessen Dienstzimmer mehrere Briefe, las sie vor seinen Augen und steckte sie dann in aller Ruhe in die Tasche seines Ueberrockes. Ein Brief mit 1800, und einer mit 80 M. entgingen nur durch einen Zufall dem Räuber. Der Kassierbote, der sie gebracht hatte, befiel sie in der allgemeinen Verwirrung zunächst in der Tasche. Beim Unterschreiben der Quittung, die über 3555 Mark 60 Pfennig lautete, und des Kassierzettels, zog der Herr Hauptmann seine Handtasche aus. Dabei kamen sehr schmale, seine Hände zum Vorschein. Als Bürgermeister Dr. Langerhans auf dem Wege in die Gefangenschaft noch einmal ein Zimmer neben seinem Dienstzimmer betreten wollte, kam er bei den Grenadiere, die ihn geleiteten, schlecht an. Einer, ein Pole, herrschte ihn an: „Nix da! grade aus!“ Die Unterredung mit seiner Gattin gewährte der Herr Hauptmann hübsch, nachdem er einen Augenblick überlegt hatte. Auf der Straße hielten Gendarmen und Polizei unter der militärischen Stadtwachung strom Ordnung. Einige Leute, die nicht Platz machen wollten und sich widersetzten, wurden auf die Wache abgeführt, später aber wieder entlassen.

Der gefasste Hauptmann.

Die Gattin des Bürgermeisters Dr. Langerhans gibt über ihre Erlebnisse an dem ihr gewiß unergiebigen Tage eine Schilderung, der wir folgendes entnehmen: „Es war kurz vor fünf Uhr, als mein Mann mich dringlich in sein Arbeitszimmer rufen ließ. Als ich über den Korridor eilte, sah ich, daß die Treppen von Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr besetzt waren. Mein Mann ging mit großen Schritten in der höchsten Aufregung im Zimmer auf und nieder. Zwei Grenadiere hielten mit blanker Waffe neben ihm Wache, während der fassende Hauptmann im Lehnstuhl meines Mannes saß, sich bei meinem Eintritt jedoch sofort erhob. Mein Gatte sagte mir, er sei verhaftet worden, er wisse jedoch nicht weshalb. Er fragte in meinem Weitein nochmals den Offizier nach seiner Legitimation, dieser wurde jedoch sofort brüsk und drohte mit Anwendung von Zwangsmitteln. Ich beschwor meinen Mann, der rohen Gewalt zu weichen, und sich seiner Unüberlegtheit schuldig zu machen.“

Auf mein Bitten, meinen Mann nach Berlin begleiten zu dürfen, wurde der Offizier höflich und bedauerte lebhaft, sich in einer so unangenehmen Mission zu befinden.

„Welche Vertuschung man der Angelegenheit und der Person Ihres Gatten heimlich, ersuchen Sie daraus, gnädige Frau, daß man einen Hauptmann zu der Verhaftung abkommandiert.“ fügte er hinzu.

Er benahm sich in seinem ganzen Auftreten nicht anders, wie man es von einem Offizier hätte erwarten können. Er war höflich, sowie er sah, daß man seinen Anordnungen Folge leistete, wurde jedoch sofort militärisch brüsk mit dem Augenblicke, wo man Begittimation zu sehen wünschte.

In der höflichsten Weise — erzählte Frau Dr. Langerhans weiter — machte er mich darauf aufmerksam, daß er ein Coupé am hinteren Eingang des Hauses bestellt habe, damit ich und mein Gatte vor etwaigen Verlegungen durch die Volkmenge, die sich vor dem Rathaus versammelt hätte, geschützt seien. Auf mein Bitten gestattete er auch einem Magistratsdiener die Mitfahrt. Rasch eilte ich in unsere Wohnung, warf schnell einen Mantel über und setzte den Hut auf. Dann läßt ich unseren Jungen zum Abschied und befiel den bereits wartenden Wagen, der uns nach Berlin brachte. Neben dem Kassier thronte einer der Grenadiere, um einen etwaigen Fluchtversuch zu verhindern.“

Wo ist der „Herr Hauptmann“ geblieben?

Es soll festgestellt sein, daß derselbe von Köpenick aus nach Stralau-Wummelsburg gefahren sei. Von hier aus benutzte er einen Reichswagen, mit dem er von der Frankfurter Allee aus nach Berlin fuhr. Er konnte dies, falls der Wagen abseits liegende Straßen benutzte, bei der bereits eingetretenen Dunkelheit tun, ohne durch seine militärische Uniform Verdacht zu erregen. Den Wagen hat er dann in einer stillen Straße Berlins verlassen und ist mit der Straßenbahn nach der südlichen Friedrichstraße gefahren, um zwei Zivilianzüge und einen Hut zu kaufen und bei dieser Gelegenheit den später nicht mehr verwendbaren Tausendmark-

schein zu wechseln. Am fuhr der „Hauptmann“ ebenfalls mit der Straßenbahn nach Nitzdorf und dann nach dem Bahnhof Hermannstraße. Diese Stelle hatte er sich ausgesucht, um Zivilkleidung anzulegen. Zwischen 1/8 und 10 Uhr abends ist der Bahnhof stets menschenleer, da um diese Zeit eine Verkehrspause eintritt. Er konnte infolgedessen in aller Ruhe sich aus einem Militär in einen Zivilisten verwandeln. Von dem Bahnhof Hermannstraße aus konnte er, indem er durch die Siegfried- oder Emserstraße nach der Oberstraße ging, bereits in fünf Minuten das Tempelhofer Feld erreichen. Hier wurden Mähe und Gase des Abends gefunden. Nach weiteren zehn Minuten konnte der „Hauptmann“ bequem die Bellevuestraße erreichen und dann als Zivilist ohne jede Gefahr für seine Person sich in Sicherheit bringen.

Befahrungen

sind gestern für die Ergreifung des Pseudohauptmannes ausgeführt worden. Der Regierungspräsident von Potsdam hat 2000 M. ausgesetzt, wozu noch 500 M. kommen, die der Magistrat von Köpenick bewilligt hat.

Außerdem wird in den Zeitungen auch das Faksimile der Quittung veröffentlicht, die der jetzt Verfolgte auf dem Köpener Rathaus ausgestellt hat.

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Sonntag, den 21. Oktober, früh 8 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung im 8. Kommunalwahlbezirk statt. Die Genossen aus den Bezirken, welche nicht zur Wahl stehen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: H. Seidel, Wittenwalderstr. 16; Scholz, Joffenerstr. 1; Pilgert, Urbanstr. 7.

Alle Genossen, welche am Dienstag, den 23. Oktober, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen können, werden gebeten, dies so schnell als möglich zu tun und sich mit Angabe der Zeit, welche sie übrig haben, sofort schriftlich bei dem Unterzeichneten anzumelden. Hermann Werner, Wittenwalderstr. 80.

Friedrichshagen. Sonnabend, den 20. Oktober, abends 9 Uhr, findet im Restaurant Wilhelmshab, Seestr. 45, die Monatsversammlung des Wahlvereins statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Genossen Grunow über den Mannheimer Parteitag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes und Fragelasten.

Alt-Genieße. Am Sonnabend, den 20. d. M., abends 8 Uhr, hält der Wahlverein seine Mitgliederversammlung bei Sak. Grünauerstraße, ab. Die Tagesordnung lautet: Kasienbericht, unter anderem auch die Aufnahme der Genossen von Wollsdorf in unseren Wahlverein. Es ist Pflicht sämtlicher Genossen, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Freisinnige Buchstabenknüttel bei Kommunalwahlen.

Im 8. Kommunalwahlbezirk wird der Freisinn voraussichtlich wieder den Versuch machen, bei der Erswahl am 23. Oktober die Zahl der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen durch schlaue Listen über die Form des Namens des sozialdemokratischen Wahlkandidaten möglichst zu verringern.

Wahlkandidat der Sozialdemokratie für die Erswahl im 8. Wahlbezirk ist der Wildhauer Paul Dupont, Solmsstr. 33. Der Name unseres Wahlkandidaten wird den Wählern auf allen Flugblättern und in allen Wahlaufrufen mitgeteilt und noch vor den Wahllokale wird ihnen ein Zettel mit diesem Namen eingehändigt. Aber bei den Stadtverordnetenwahlen hat der Wähler den Wahlvorsteher nicht einen Stimmzettel zu überreichen wie bei den Reichstagswahlen, sondern ihm den Namen des Wahlkandidaten mündlich anzugeben. Da entsteht nun die Frage, wie man den Namen „Dupont“ ausspricht. Denn daß der Name des Wahlkandidaten richtig ausgesprochen wird, das ist notwendig und unerlässlich, wenn die betreffende Stimme ihm zugerechnet werden soll.

Man wird sich erinnern, daß vor drei Jahren im 17. Wahlbezirk, wo für die Sozialdemokratie der Gastwirt Kerfin kandidierte, der Freisinn Einspruch dagegen erhob, daß unserem Genossen Kerfin auch die Stimmen solcher Wähler zugerechnet worden wären, die eine abweichende Namensform genannt hätten. Für die bevorstehende Erswahl im achten Wahlbezirk ist zu erwarten, daß auch dort mancher Wähler den Namen unseres Genossen Dupont nicht ganz richtig aussprechen wird. Es ist sogar zu befürchten, daß die Irrungen diesmal bei dem Namen „Dupont“ vielleicht noch zahlreicher sein werden als damals bei dem Namen „Kerfin“. Der Name „Dupont“ wird ganz anders ausgesprochen, als er geschrieben wird. Genosse Dupont ist in der Wahl seiner Eltern nicht vorsichtig genug gewesen, daher läuft er durch die Welt mit einem Namen, dessen französische Form mancher deutschen Junge Schwierigkeiten bereitet. In der ersten Silbe „Du“ wird das „u“ gesprochen wie „ü“. In der zweiten Silbe „pont“ ist „on“ zu sprechen wie das „on“ in den Wörtern „Ballon“, „Berron“ usw. Das „t“ am Ende wird gar nicht gesprochen.

Es kann beinahe lustig erscheinen, daß wir den Wählern erst Instruktion darüber erteilen, wie sie den Namen des Wahlkandidaten aussprechen sollen. Aber die Sache ist doch wohl nicht zum Lachen. Die Namensstiftungen, mit denen der Freisinn im 17. Bezirk die Wahl unseres Genossen Kerfin anfocht, sind so ziemlich das widerwärtigste Schauspiel, das uns der Berliner Freisinn in seinem Kampf gegen die Sozialdemokratie bisher geboten hat. Leider ist es nur zu wahrscheinlich, daß jetzt auch im 8. Wahlbezirk gegenüber unserem Genossen Dupont ähnliches versucht werden wird. Agitatoren des Freisinn werden in den Wahllokale auf jede abweichende Namensform lauern, um einen Wahlprotest damit zu begründen, falls das Stimmenverhältnis einem Protest günstig ist.

Solche Mittelchen sind kleinlich, aber auch sie führen mitunter zum Ziel. Nach dem Ausgang der Affäre Kerfin darf ja der Freisinn hoffen, daß das Oberverwaltungsgericht ihm in jedem neuen Fall mit dieser armseligen Buchstabenknüttel recht gibt und dann bei nur geringer Mehrheit die Wahl für ungültig erklärt. Wenn jedem Mandat dieser Art von vornherein die Aussicht auf Erfolg genommen werden soll, so muß jeder der Wähler, die den Wunsch haben, daß der achte Wahlbezirk weiterhin im Besitze der Sozialdemokratie bleibt, am 23. Oktober seine Pflicht tun!

Wahlkandidat der Sozialdemokratie ist Wildhauer Paul Dupont, Solmsstraße 33. Für ihn muß am 23. Oktober die Wählerschaft des achten Wahlbezirks sich mit

einer so großen Mehrheit erklären, daß alle Anfeinde des Freisinn zugrunde werden.

Die Armenunterstützung für den — Hausbesitzer! Kenner der Berliner Armenpflege wissen allerlei zu erzählen über die Beziehungen, die zwischen ihr und den Hausbesitzern bestehen. Sie weisen darauf hin, daß den Armenkommissionen so mancher Hausbesitzer angehört, der mit entscheidet, ob dieser oder jener eine Armenunterstützung kriegen soll oder nicht. Dabei kann ein Hausbesitzer es leicht erleben, daß seine Armenkommission über das Gesuch einer Person zu entscheiden hat, die just in seinem Hause wohnt. Dängt der Bittsteller noch mit einem Mietsrest, so ist zweifellos der Herr Hauswirt der geeignetste dazu, die Notlage zu bekräftigen und eine Unterstützung zu empfehlen. Die Sache kann aber in solchem Fall auch ihr Uebles haben. Es soll schon vorgekommen sein, daß Hausbesitzer, die in Armenkommissionen saßen und an der Auszahlung von Unterstützungen beteiligt waren, mit der einen Hand ein Almosen hergaben und dann dieses auf den Tisch gezahlte Geld mit der anderen Hand als rückständige Miete einlieferten.

Ein Vorkommnis, das nicht ganz so, aber doch ähnlich verlaufen ist, wird uns aus einer Armenkommission von Berlin-Ost gemeldet. Dort war eine Frau, die mit zwei Kindern allein daheist und fräulich ist, um eine Unterstützung eingekommen. Es ging ihr erbärmlich genug und sie war infolgedessen auch mit der Miete im Rückstand geblieben. Bewilligt wurden 10 M. als einmalige Unterstützung, und die Bittstellerin wurde zu dem Armenkommissionsmitglied Bazarrenhändler Goche (Wosenerstr. 1) bestellt, um das Geld in Empfang zu nehmen. Bei Herrn Goche fand sich aber zu gleicher Zeit mit der Frau auch der Herr Hauswirt Schirmer ein, in dessen Haus Remelerstraße 2 sie wohnte. Die Frau quittierte, das Geld wurde ausgezahlt, und der dabei stehende Hauswirt — sagte es ein. Er beanspruchte es für die rückständige Miete, und die Frau war nicht genug, das ihr zur Linderung ihrer Armut bewilligte Geld ihm zu überlassen. Zwar wies sie darauf hin, daß sie doch in Not sei und ihren Kindern Brot kaufen müsse, aber Herr Schirmer ließ sich nur so weit erweichen, daß er eine einzige Mark wieder herausgab und ihr als Geschenk überreichte.

Der Herr Hauswirt ist nicht Mitglied der Armenkommission, die diese Unterstützung bewilligt hatte. Insofern unterscheidet sich das hier geschilderte Vorkommnis von den oben erwähnten anderen, so Hauswirte als Armenkommissionsmitglieder die linke Hand sofort wissen ließen, was die rechte tat, und das von ihnen selber ausgezahlte Almosen sofort selber als Miete wieder einsteckten. Aber merkwürdig genug ist doch auch dieser Fall. Wie kam es wohl, daß Herr Schirmer ausgerechnet in demselben Augenblicke bei Herrn Goche verweilte, wo die Frau ihr Geld in Empfang nehmen sollte? Um Antwort wird gebeten.

Der „Bahnhofs“-Briefkasten verführt viele Leute, ihm eilige Briefe in der Hoffnung anzuvertrauen, daß diese dann schneller befördert werden, als wenn man sie in einen Straßen-Briefkasten gesteckt hätte. Man liest freilich am „Bahnhofs“-Briefkasten: „Wird fünf Minuten vor Abgang jedes Zuges mit Bahnpost geleert“ und wohl jeder, der noch nicht in die Geheimnisse des Postdienstes eingedrungen ist, wird danach annehmen, daß jeder Zug mit Postbeförderung die in jenem Briefkasten stehenden Sendungen unverzüglich mitnimmt. Diese Annahme ist indes falsch; denn die erwähnte Aufschrift bezieht sich nur auf solche Züge, welche einen Bahnpostwagen führen, während der Schluß der Briefablieferung für alle die Züge, welche nur eine sogenannte (durch den Zugführer zu befördernde) „Briefbeutelpost“ aufnehmen, meist schon 15 bis 20 Minuten vor Abgang des betreffenden Zuges stattfindet. Da nun gerade die Schnellzüge vorwiegend für die „Briefbeutelpost“ benutzt werden, so täuscht sich mancher in der schnelleren Beförderung seines Briefes, der da denkt: „Trägst Du einen eiligen Brief flugs zum Bahnsteig und steckst ihn in den „Bahnhofs“-Briefkasten“; — der Schnellzug geht ab, der Brief bleibt aber noch ruhig im Kasten liegen. Die Zeitung des Vereins deutscher Eisenbahnverwaltungen empfiehlt daher eine andere Aufschrift für die Bahnhofs-Briefkasten, etwa: „Leert 15 Minuten vor Abgang jedes Zuges mit Briefbeförderung und fünf Minuten vor Abgang jedes Zuges mit Bahnpostwagen“.

Im Kaiser Friedrich-Museum.

Von einem Leser unseres Blattes erhalten wir folgende Aufzählung: Vor einigen Tagen spielte sich im Kaiser Friedrich-Museum folgender bemerkenswerter Vorgang ab. Im Saale 20 hatte sich ein Kreis vornehmer Damen um einen von ihnen bezahlten Führer gesammelt, der in eingehender Weise über ein Madonnenbild sprach. In der Nähe dieses Kreises standen zwei junge Mädchen, im Alter von 17—18 Jahren, die ebenfalls den Erläuterungen des Führers lauschten. Da sah ich, wie ein Aufseher des Saales 20 auf die Mädchen, die offenbar ärmeren Standes waren und nicht das Geld hatten, sich einen eigenen Führer zu leisten, zuging und sie wortlos empfand. Ich wandte mich sofort an den Aufseher und fragte, woher er das Recht zu seinem Vorgehen nehme. Er antwortete nur, die Mädchen hätten nicht für den Führer gezahlt, hätten also auch kein Recht, zuzuhören.

Es wäre nur interessant zu erfahren, ob die Aufseher zu dergleichen Vorgehen von der Museumverwaltung angewiesen sind. Jedenfalls machte der Vorfall auf alle, die ihn bemerkten, einen sehr häßlichen Eindruck. Würde sich ein solcher Fall nicht wiederholen?

Ein eigenartiges Kontrollsystem ist im Interesse der Fernsprechteilnehmer auf den Vermittlungsämtern VI und VII gleichzeitig mit dem neuen Schaltsystem eingeführt worden. Eine große Anzahl der täglich bei der Aufsicht vorgebrachten Beschwerden bezieht sich auf Verzögerungen in der Herstellung der Verbindungen und die Fernsprecharten sind vielfach der Ansicht, daß diese Verzögerungen auf Nachlässigkeit der Beamtinnen zurückzuführen seien. Abgegeben von den in den Dienststellen tätigen Aufsichtsdamen ist nun noch eine besondere Kontrolle eingeführt, durch welche es ermöglicht wird, festzustellen, ob tatsächlich die Herstellung der Verbindungen in zu langamer Weise erfolgt. In einem besonderen Räume des Amtes ist ein kleiner Schaltschrank aufgestellt, welcher mit dem Schaltsystem in Verbindung steht. Für jede Abteilung des Schaltsystems ist an dem Apparat ein besonderes Lichtfeld angebracht, in welchem ein kleines Glühlämpchen aufleuchtet, sobald in dem betreffenden Felde des Schaltsystems eine Verbindung gefordert wird. Das Lämpchen glüht solange, wie die Verbindung besteht. Eine Dame ist nun ausschließlich dazu angeordnet, diesen Apparat zu beobachten, um so jede etwaige Störung resp. zu langsame Abfertigung der Fernsprechteilnehmer feststellen zu können.

Manchmal werden dadurch Verzögerungen in der Herstellung von Fernspreverbindungen herbeigeführt, daß innerhalb eines Bedienungsfeldes mehrere Teilnehmer gleichzeitig hintereinander 10, 15 und mehr Verbindungen fordern. Wenn dies nun in der Hauptsache geschieht, so muß naturgemäß der eine oder der andere Teilnehmer unter diesem Andrang leiden. Um nun Verzögerungen nach Möglichkeit abzukürzen, ist die Einrichtung getroffen worden, daß der Teilnehmer von seinem Anschlußfeld nach einem anderen Anschlußfeld hinübergeschaltet werden kann. Hierdurch wird es ermöglicht, daß eine bessere Verteilung der Arbeits-tätigkeit zwischen den verschiedenen Beamtinnen erfolgen kann und die Wartezeit für die Teilnehmer in der Herstellung der Verbindungen erheblich abgekürzt wird. Daß diese Neueinrichtung tatsächlich wirksam und von gutem Erfolge ist, beweist der Umstand, daß Beschwerden bei dem Vermittlungsamt VI über die Tätigkeit

Der Beamten desselben nur noch in vereinzelten Fällen einlaufen.

Einen unerwartet tragischen Ausgang hat ein Unglücksfall genommen, der sich gestern Abend an der Ecke der Kopenhagenerstraße und Schönhauser Allee ereignete. Die 78 Jahre alte Rentnerin Anna Jahnke aus der Kaiser Friedrichstraße 69 hatte ängstlich den Fahrdamm überschritten, war an eine vorüberfahrende Droßke herangeraten und umgerissen worden. Ohne sichtbare Verletzungen aber völlig leblos wurde die Greisin nach der Unfallstation in der Schönhauser Allee gebracht. Der Arzt konnte dort nur noch den Tod feststellen. Frau J. hatte keinerlei Verletzungen erlitten, sondern war an den Folgen einer eingetretenen Herzlähmung, die durch den maßlosen Schreck herbeigeführt worden war, auf der Stelle gestorben.

Vor einem umstürzenden Mastbaum getroffen und schwer verletzt wurde gestern der Bootsmann Otto Scholz, der am Vöhlingsplatz im Niddorfer Schiffahrtskanal seine Ladung löschte. Als Sch. mit Hilfe eines Hebels den Mastbaum aufrichten wollte, brach plötzlich der Hebel entwei, der Mast stürzte um und traf den Bootsmann so unglücklich, daß dieser schwerverletzt in das Krankenhaus „Bethanien“ eingeliefert werden mußte.

Wieder ein Jopfabstneider. In der Chauffeestraße beschäftigten gestern zwei junge Russinnen das hellerleuchtete Fenster eines Warenwarengeschäfts und unterhielten sich dabei lebhaft in ihrer Muttersprache. Plötzlich spürte eines der Mädchen, eine Studentin einer schwedischen Universität, einen Ruck am Hinterkopf und bemerkte, daß man sie ihres prächtigen schwarzen Jopfes beraubt hatte. Von dem Jopfabstneider war trotz eifrigen Suchens keine Spur zu entdecken. Der Unbekannte muß mit einer äußerst scharf geschliffenen Schere arbeiten, da der ziemlich dicke Jopf glatt und ohne jeden Schmerz für die Westlerin mit einem Schnitt abgetrennt worden sein muß.

Ein Ueberfall im Humboldthain wurde gestern Morgen in der vierten Stunde verübt. Der 34jährige Schlosser August Kuhnert, Straßburgerstr. 42 wohnhaft, war auf dem Wege nach seiner Arbeitsstelle auf dem Bahnhof der Großen Berliner Straßenbahn durch den Humboldthain gegangen und hatte sich einen Augenblick auf einer Bank niedergelassen. Plötzlich tauchten sechs fragwürdige Gestalten in der Nähe auf, und als K. aus seiner Kaffeekanne einen Schluck tat, glaubten die Vurschen, die Kanne enthalte Schnaps, und sie forderten den Schlosser auf, er solle sie alle mittrinken lassen. K. weigerte sich aber, und nun fiel die Wunde über ihn her und schlug mit stumpfen Instrumenten so lange auf ihn ein, bis er blutüberströmt zusammenbrach. Die Kanne hatten die Täter ihrem Opfer entzogen und waren damit entflohen. K. hatte sieben erhebliche Verletzungen davongetragen und mußte zu einem Arzte gebracht werden.

Das Arbeitsbuch der Baderinnung „Germania“.

Zu diesem Thema erhalten wir zugleich als Antwort auf die dieser Tage von uns veröffentlichte Zuschrift der Baderinnung „Germania“ von der Organisation der Baderinnen folgende Darstellung der wirklichen Sachlage:

Es ist eine grobe, mindestens aber leichtfertige Unwahrheit, daß alle bei Mitgliedern des Zentralverbandes deutscher Baderinnen ordnungsgemäß ausgeleerten und die Gesellenprüfung bestanden habenden Gesellen der „Germania“-Arbeitsbuch kostenlos erhalten. Wahr ist, daß für dieses nur Maßregelungszwecken dienende Buch, welches im Munde der Baderinnen schlechtweg „Arbeitsbuch“ genannt wird, von den einzelnen Innungen ganz verschiedene Preise den Ausgeleerten abgefordert werden. In unserer letzten Versammlung haben wir festgestellt, daß die jungen Gesellen Summen von 3, 6, 9, 10, 12 bis sage und schreibe 16 M. (schonem Markt) an die Innungen bezahlen müssen. In unserem Bureau kann sich der Zentralverband die näheren Auskünfte holen. Unwahr ist auch, daß nur für verlorene Arbeitsbücher 8 M. als Ersatzmittel bezahlt werden müssen. Wir haben nicht allein Fälle festgestellt, wo Gesellen für die vom Meister verbummelten Bücher 3 M. bezahlen mußten, sondern auch alle Kollegen, die Duplikate für volle oder sonst unbrauchbar gewordene Bücher verlangten, erhielten diese nicht kostenlos, mußten diese weit über den Selbstkostenpreis mit 30 Pf. bezahlen.

Am standhaftesten ist aber die Praxis bei Kollegen, die wohl ordnungsmäßig ihren Beruf erlernen haben, vielleicht sogar weit gründlicher als die in Berlin und anderen zünftigen Innungstädten meist nur zu Laufburschendiensten mißbrauchten Lehrlinge, die aber das Unglück hatten, daß ihr Meister nicht im Zentralverbande organisiert war. Diesen Armen wurden nicht allein 3 M. abgeknöpft, sondern sie wurden sogar verpflichtet, sechs Monate bei einem zünftigen Innungsmeister ununterbrochen arbeiten zu müssen, und sich alles bieten zu lassen, um nur das vermeintliche Buch zu erhalten, ohne daß die Innungsnachweise keine Arbeit vermitteln. Die Gewerbeinspektion hat noch lange nicht die ganze Niedertracht gekannt, die Not und die Tränen, die sich an die Geschichte dieses von den Baderinnen so tief geküßten Buches knüpfen, sonst hätte sie es noch viel schärfer und eindringlicher geurteilt. Prozesse selbst durch Unorganisierte geführt, haben der grundlosen, leichtfertigen Wahregelungen, die nur dem Wohlwollen des Herrenmenschen der Zeigmagnaten geizigen. Die Kollegen, welche die Interessen ihrer Mitarbeiter wahrten, mußten, da ihnen das „Arbeitsbuch“ entzogen wurde oder weil sie in der schwarzen Liste standen, es noch als eine Wohltat betrachten, daß jene Blutsauger, die Kommissionsräte, vorhanden waren, die ihnen die Arbeit saufen konnten.

Die Innungsherren haben allen Grund, dieses schwarze Schandlaster nicht aufzurollen, sonst könnten sie erleben, daß ihnen ein Spiegelbild vorgehalten wird, das ihnen wenig zum Ruhme gereichen würde.

Auch von einzelnen Baderinnen sind uns Zuschriften zugegangen, die die obige Darstellung nur bestätigen. Durch diese Darstellung erscheint uns die Zuschrift der Baderinnung „Germania“ als unwahr.

Städtische Alters- und Siedenderfürsorge. Im Friedrich-Wilhelm-Hospital in der Preßelstraße waren am 30. September dieses Jahres 188 männliche Hospitalisten in Pflege. Außerdem befanden sich in dem Pflegebau für Ehepaare 24 Männer und 24 Frauen. In der Anstalt des Friedrich-Wilhelm-Hospitals in der Rastladerstraße wurde ein Mann und 679 Frauen verpflegt. In der Anstalt hatte diese Anstalt 27, die Anstalt in der Preßelstraße 197 Personen gegeben. — In den Siedenderanstalten in der Preßelstraße befanden sich 1059 Personen (465 Männer und 594 Frauen). Außerdem wurden in dem mit dieser Anstalt in Verbindung stehenden Depot für aus hiesigen Heilanstalten entlassene unheilbare und obdachte Kranke 24 Männer und 48 Frauen verpflegt. Die Gesamtzahl der am 30. September d. J. in den genannten Anstalten verpflegten und der von diesen Anstalten in die Pflege gegebenen Personen betrug mithin 2179.

Vom Schicksal der Arbeit. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat gestern Nachmittag der Fabrikarbeiter Hermann Hoffmann, Weichstr. 10, den rechten Arm eingebüßt. Er war in dem Maschinenraum eines Elektrizitätswerkes in der Dudenaderstraße tätig gewesen und beim Gantieren an einen Treibriemen herangeraten. Der unglückliche wurde am rechten Arm erfaßt und herumgeschleudert. Dabei wurde ihm der Arm fast vollständig herausgerissen, so daß ihn der von der Unfallstation hinzugerufene Arzt abnehmen mußte. Er fand im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme.

Durch die ungelte Last einer Selbstmörderin schwelte gestern eine Passantin in größter Lebensgefahr. Die 62jährige Rentiere Flora Knopf, Bödenstr. 28, hatte von ihrem Mann einen Brief erhalten, durch dessen Inhalt die alte Dame in die größte Aufregung versetzt wurde. Nachdem sie das Schreiben vernommen, rief sie plötzlich das Fenster auf und stürzte sich kopfüber aus der Höhe der vierten Etage auf die Straße hinab. In diesem Moment ging an der Unfallstelle eine Passantin darüber und sicher wäre die Selbstmörderin auf sie gestürzt, wenn sich die Bedrohte nicht durch

einen Seitensprung gerettet hätte. Fräulein K. blieb mit zerschmetterten Gliedern auf dem Bürgersteig liegen und starb kurz darauf.

Der eingesperrte Nachtwächter. Ein dreifaches Diebstahlsdelikt vollbrachten in der gestrigen Nacht zwei Einbrecher auf dem Grundstück Enferstr. 73/74. Sie hatten es dort auf einen Einbruch abgesehen, mußten aber die Wahrnehmung machen, daß in der Nähe ein Wächter aufspähte. Aber trotzdem gaben die Vurschen ihren Plan nicht auf, sondern warteten, bis sich der Wächter in eine nebenan belegene Wandbude begeben hatte, riegelten dann die Tür hinter ihm ab und setzten ihn auf diese Weise gefangen. Dann machten sie sich ruhig an ihre Arbeit. Deutlich vernahm der Wächter, wie die dreifachen Diebe nebenan eintraten und vergeblich versuchte er, sich aus seiner ungewollten Gefangenschaft zu befreien. Schließlich gelang es ihm mit Hilfe eines Spatens, die Tür aufzubrechen. Als er die Straße wieder betrat, konnte er gerade noch sehen, wie die Einbrecher mit ihrer Beute hochlachend im Dunkel der Nacht verschwanden.

Einen für ihn erheblichen Verlust hat am Montag, den 14. dieses Monats, zwischen 11 und 1/2 Uhr ein Arbeiter erlitten, der an diesem Abend von der Waldenfer- bis Stromstraße eine kleine graue Handtasche verlor, die ein Portemonnaie mit ungefähr 20 M. ihm nicht gehörigen Geldes sowie ein Schlüsselbund mit 3 Schlüsseln und einer Quittung über 1.50 M. enthielt. Der Verlierer heißt Galipp und wohnt Zufeldstraße 28, wo der eventuelle Finder den Fund abgeben möchte.

Aus der Syree als Leiche gezogen wurde am Mittwochabend der Restaurateur und Materialwarenhändler Hermann Koch aus der Grünhaldstraße 46, der seit dem 7. Oktober vermißt wurde.

Ein schrecklicher Unfall ereignete sich gestern Nachmittag in Bergmanns Elektrizitätswerken, Oudenaderstraße. Der Schleifer Hermann Hoffmann war in Begriff, einen soeben reparierten Treibriemen wieder aufzulegen; zu diesem Zwecke mußte er eine Leiter besteigen. Bei dieser Gelegenheit kam er der Transmissionszahn zu nahe, wurde von derselben erfaßt, mehrere Male mit herumgeschleudert, wobei im der linken Unterarm abgerissen wurde. Völlig entleibet wurde er von seinen Kollegen, welche den ganzen Vorgang hilflos zusehen mußten, dem Verbandsraum zugeführt, wo selbst er nach 1/2 Stunden vom Arzt die erste Hilfe erhielt und erst nach einer weiteren halben Stunde der königlichen Klinik zugeführt wurde.

Ein schwerer Unfall trug sich gestern Abend in der elektrischen Lokstation des Victoria-Cafés, unter den Linden, zu. Dort sind zwei neue Dieselmotoren im Gebrauch, die mittels Luftdruck angetrieben werden. Als nun gestern Abend der 25jährige, unverheiratete Maschinist Otto Keller aus der Siemensstr. 64 zu Vankwitsch eine der Maschinen anlassen wollte, flog plötzlich die Verschraubung der Druckleitung an der Luftpumpe unter heftigem Knall heraus und traf den jungen Mann gegen die rechte Brustseite. Der Anprall war infolge des 50 Atmosphären starken Drucks, unter dem die Maschine steht, von solcher Wucht, daß K. bewußtlos zusammenbrach. Mittels Droßke schaffte man den Unglücklichen unverzüglich nach der Charité, wo die Ärzte eine starke Quetschung der Brust und Verletzungen an der Lunge feststellten. Lebensgefahr scheint aber nicht vorzuliegen.

Beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens ist gestern Abend die unverschämte 22jährige Franziska Schmilinski, Westend, Eichen-Allee 25 wohnhaft, schwer zu Schaden gekommen. Sie versuchte von einem von ihr benutzten Straßenbahnwagen der Linie N in der Charlottenburger Chaussee in der Nähe des Bahnhofes Tiergarten kurz vor der Haltestelle abzuspringen, glitt aus und fiel so unglücklich zu Boden, daß sie bewußtlos liegen blieb. Die Sch., welche eine schwere Gehirnerschütterung erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhaus Westend gebracht.

Im Luisen-Theater wird heute, Freitag, 18. d. M., ein Volksfest neu inszeniert gegeben. Sonnabend, den 20. Oktober, nachmittags 4 Uhr, Kinderdarstellung „Aschenbrödel“ zu ganz kleinen Preisen.

Feuerwehrbericht. Fünf Kellerbrände, darunter drei größere, machten gestern Abend der Feuerwehr viel zu schaffen. Um 9 Uhr abends stand in der Prinzenstr. 18 ein Keller in großer Ausdehnung in Flammen. Diese hatten an dem Hausrat der Mieter reiche Nahrung gefunden und war das Vordringen wegen der enormen Verqualmung sehr erschwert. Unter Benutzung von Rauchlappen gelang es den Feuerwehrmännern, bis zur Brandstelle vorzudringen und durch tätiges Wassergeben die Gefahr zu beseitigen. Gleichzeitig brannten Sade und anderes in einem Keller in der Wilhelmstr. 4 und in der 157. Gemeindefeuer in der Derslingerstr. 18a. Wäcker, Schrank, Papier, die Wandverkleidungen u. a. Längere Zeit hatte die 1. Kompanie in der Klosterstr. 10, Ecke der Kaiser Wilhelmstraße zu tun, wo Holz, die Isolierungs- und Telefonkabel u. a. in Brand geraten waren. Hier und in der Kaiserstr. 41, wo ebenfalls Holz im Keller brannte, mußte kräftig gespritzt werden, um die Gefahr zu beseitigen. Ferner hatte der 11. Zug in der Westendallee 62 zu tun, wo die Schale des Kellers brannte. Vor dem Hause Friedrichstr. 47 brannte gestern ein Automobilomnibus. Die Flammen konnten bald gelöscht werden. Der Omnibus mußte außer Dienst gestellt werden.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung hat am Mittwoch nach längerer Debatte den Magistrat um baldige Vorlage eines Planes ersucht, nach dem den städtischen Arbeitern, Beamten und Lehrkräften mit geringerer Bezahlung auf Widerruf Feuerungszulagen gewährt werden, und zwar mit rückwirkender Kraft vom 1. Oktober 1906 ab. Der weitergehende sozialdemokratische Antrag auf Revision des Normaltarifs wurde abgelehnt. Den Mitgliedern der freien Vereinigung war sogar die Gewährung von Feuerungszulagen auf Widerruf zu viel. Sie wollten sich mit einer einmaligen Zulage begnügen. Weiter beschloß die Versammlung auf Antrag des Stadtv. Dr. Landberger (lib.), den Magistrat zu ersuchen, bei dem Vorstände des deutschen Städtetages schleunigst dessen erneute außerordentliche Einberufung zu beantragen, um zu erwägen, mit welchen öffentlichen Maßnahmen sich der Lebensmittelpreiserhöhung entgegen stellt, durch welche die Gesamtbevölkerung mit schwerer Unterernährung bedroht ist.

Entsprechend dem Antrage des Magistrats wurde die Deputation zur Prüfung der Frage der Müllabfuhr und Müllbeseitigung aufgegeben. Die Bearbeitung der Angelegenheiten betreffend die Verwertung des Hausmülls geht auf die Deputation für das Straßenreinigung- und Feuerlöschwesen über. Begründet wird diese Maßnahme damit, daß die Verabreichung der Müllabfuhr bereits beschaffen ist und daß später auch die Abfuhr des Straßenmülls in eigene Regie übernommen werden soll. Dann aber wird die Vereinigung der beiden Verwaltungszweige schon mit Rücksicht auf das Pferdmaterial notwendig.

In die neu geschaffene gemischte Deputation, die darüber beraten soll, in welcher anderen Weise als durch ihren Verkauf eine Verwertung der zu unmittelbaren Verwaltungszwecken nicht erforderlichen städtischen Ländereien für die Stadt geschehen kann, wurden als Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion die Genossen Vorkardt und Hinz gewählt.

Eine Reihe von Vorlagen, darunter die betr. Nachbeseitigungen für den Armenrat, gelangten zur Annahme.

In geheimer Sitzung wurde u. a. der von der Regierung nicht bestätigte Stadtv. Dr. Penzig einstimmig wiederum in die Schuldeputation gewählt.

Ueber das neue Charlottenburger Schiller-Theater machte Theaterdirektor Dr. Löwenfeld interessante Mitteilungen in einer am Mittwochabend vom Freisinnigen Bezirksverein Neu-Charlottenburg

nach dem Gartenfeste des Theaters des Westens einberufenen Versammlung. Hiernach ist die Eröffnung des neuen Volkstheaters für Januar 1907 in Aussicht genommen. Zu den Baukosten trägt die Stadt 2 1/2 Millionen Mark bei, die nach und nach amortisiert werden müssen. Dagegen hat das Konfession 200 000 M. Kautions hinterlegen müssen. Der finanzielle Bestand des Unternehmens ist schon vollständig gesichert, denn bis jetzt sind bereits 7800 Abonnements vorausgabt, was für den Tag 650 Besucher ausmacht. Zur Erleichterung des Publikums ist die Einrichtung getroffen, daß die Abonnementsgelder in vier Raten beglichen werden können. Da es ein wirkliches Volkstheater werden und keine wesentlichen Ueberraschungen abwerfen soll, so sind die Preise äußerst minimal gestellt. Der billigste Platz incl. Garderobe und Theaterzettel wird 35 Pf. kosten. Dem Theaterrestaurateur ist die Verpflichtung auferlegt worden, das Glas Bier für 10 Pf. abzugeben und auch für Speisen nur vollständige Preise zu fordern. Das Theater ist vorläufig auf 25 Jahre fest verpachtet.

Niddorf.

Eine gut besuchte Versammlung tagte am Dienstag in Hoppes Festsaal, um den Bericht des Genossen Heinrich vom Parteitag entgegenzunehmen. Einleitend gab Redner ein Stimmungsbild über die Mannheimer Verhältnisse, um sodann zum eigentlichen Bericht überzugehen, dabei betonend, daß der diesjährige Parteitag in der Geschichte der Partei eine hervorragende Stellung einnehme, nicht nur wegen der dort gefassten Beschlüsse, sondern auch wegen der allgemein angenehmen empfundenen Ruhe und Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen gepflogen wurden. Die einzelnen Punkte der Tagesordnung durchgehend, befragt Heinrichs beim Rassenbericht, daß Berlin resp. Brandenburg wohl die höchsten Summen für die Parteilasse aufgebracht habe, in der Organisationsziffer jedoch nur mit 12,5 Proz. verzeichnete, während Hamburg und Bremen 21,8 politisch organisierter Mitglieder aufweise; es sei dies ein beachtenswertes Zeugnis und ein Beweis, daß wir immer noch nicht genug gearbeitet hätten. Zum Punkte Rassenstreik erklärte sich Heinrich mit den Ausführungen Bebel's einverstanden, ebenso mit denen des Genossen Legien insoweit, als sie dessen Stellungnahme gegen die Lokalorganisierten betreffen und wünscht, daß man gegen dieselben, die Verleumdungen der Partei, nun ernstlich vorgehen werde. Redner rechtfertigt die Stellungnahme der Delegierten zum Amendement Legien, für das sie nach ihrer Ueberzeugung nicht stimmen konnten. Denn die Kölner Resolution verwerfe in Absatz 3 die Propaganda für den Rassenstreik, während die Jenaer das Gegenteil verlangt. Die Genossen Böhmeler und Legien hätten nun diesen Passus der Kölner Resolution dahin interpretiert, daß der Sinn desselben mit der Resolution von Jena nicht im Widerspruch stünde. Für die gesamte Resolution, in der ein einheitliches Zusammenarbeiten zwischen Partei und Gewerkschaft gefordert wird, hätten sie stimmen können. Mit einem Appell, daß auf dem Parteitag Beschlüsse zu beherzigen und raslos zu agieren, schloß Genosse Heinrich seine Ausführungen.

Als erster Diskussionsredner nimmt Genosse Riech das Wort. Seine Hoffnung, der Mannheimer Parteitag werde eine Klärung schaffen zwischen Partei und Gewerkschaft, habe sich erfüllt. Nur sei die Rassenfrage zu kurz gekommen, aus der doch eigentlich erst das Thema des Rassenstreiks entstanden sei, und es werde noch harte Kämpfe zwischen den Gewerkschaftsagitatoren geben, bis diese Frage endgültig gelöst sei. Bezüglich der Rassenfrage habe nicht der internationale Kongress zu entscheiden, sondern dies sei Sache der einzelnen Länder, die ihren Verhältnissen Rechnung tragen müßten. — Einen Kampf zwischen Partei und Gewerkschaft könne es nicht geben, da beide dasselbe Ziel haben, wenn auch die taktischen Fragen verschieden sind; die Gewerkschaft kämpfe gegen das Kapital um bessere Lebensbedingungen, die Partei um ideale Ziele. Die Scheidewand ist nur eine künstliche, gegen die energigehrig gemacht werden muß. Begreiflich sei es, daß die Resolution Legien nicht angenommen wurde. Einen Sieg zwischen Partei und Gewerkschaft kann es nicht geben, da es keinen Krieg gibt. In scharfen Worten wendet sich Genosse Riech gegen die Lokalorganisationen, mit denen endlich tabula rasa gemacht werden müsse. Immer und immer wieder müsse man sie auf ihr verkehrtes Vorgehen hinweisen.

Genosse Rüntner ist nicht damit einverstanden, daß man die Gewerkschaften durch das Amendement Rautsky in ein laubmüßiges Joch spannen wollte, ebenso verurteilt er das ostentative Verlassen des Saales durch Legien, weil er nicht vor Bebel das Wort erhielt. Mit der Anwendung des „großen Kleisterkopfes“ ist Redner nicht einverstanden, denn Ruhe gäbe es trotz der gefassten Beschlüsse nicht, das beweise schon der Artikel in der Wadde „Vollstimmung“. Partei und Gewerkschaft sei nach seiner Meinung nicht eins, sie seien gleichwertig, aber nicht gleichartig. Im Endziel sollen beide eins sein. — Genosse Rüntner hofft, daß die Lokalisten sich den gefassten Beschlüssen fügen; als gute Parteigenossen gebe es nur eins: einen schlichten Uebertritt in die Verbände.

Genosse Bermuth tritt namentlich den Ausführungen Rüntners entgegen, der in dem Amendement Rautsky eine Unterordnung der Gewerkschaften unter die Partei erblicke. Die Motive, die Rautsky zu seinem Amendement geführt, seien die, in den Gewerkschaften mehr als bisher den sozialistischen Gedanken zur Geltung zu bringen. Redner kennzeichnet noch die Stellung die Marx gegenüber den Gewerkschaften hinsichtlich ihrer Rolle im Emanzipationskampf des Proletariats eingenommen. Nicht nur auf die Eringung momentaner wirtschaftlicher Vorteile, sondern auch auf die endgültige Verrückung der kapitalistischen Gesellschaft müssen ihre Blide gerichtet sein.

Genosse R. S. er wendet sich gegen Genossen Heinrichs betreffend dessen Ausführungen über die Kölner resp. Jenaer Resolution. Eine Einigung sei nunmehr zustande gekommen. Das Amendement Rautsky sei überflüssig gewesen und sei dessen Ablehnung gerechtfertigt. Redner wendet sich auch gegen die Lokalorganisierten; wer es ehrlich meine und unsere Bestrebungen unterstütze, der fage sich den Beschlüssen. Betreffs der Jugenderziehung gibt Röntner den Genossen den Rat, sich mehr mit der Erziehung ihrer Kinder zu befassen, denn in der Jugend liege die Zukunft.

Genosse Reimann vertritt den Standpunkt, daß die Gewerkschaftsführer den Sozialismus predigen müssen. Wenn man die schädigende Wirkung der Lokalisten voraussehen hätte, hätte man sicher schon früher einen schärferen Standpunkt eingenommen.

Gen. Meyer (Lokalorg.) schüttelt vor allem die Diesenthalbige „Organisation“ ab, die man ihnen so gerne an die Kehle hängen wolle. Er bedauert, daß man nicht ein schärferes Wort gesprochen habe, man hätte doch einfach erklären sollen, daß die Lokalisten nicht in der Partei zu suchen hätten, dann wählte man wenigstens, woran man wäre. Wenn sie auch hinausjagen, Sozialdemokraten blieben sie doch.

Genosse Voßler wendet sich ebenfalls scharf gegen die Lokalisten. Man verurteile Diesenthalb und verhandle gleichzeitig mit ihm. Die vernünftigen Elemente werden den richtigen Weg wählen und die Eigenbröckler aufs Trockene setzen, die das Zielbewußtsein in Erbpacht genommen hätten. Nicht Zerpfitterungstheorie, sondern Zentralisation müsse die Parole heißen, damit man geschlossen in den Wahlkampf eintreten könne.

Nach einem kurzen Schlußwort des Genossen Heinrichs wird eine Resolution, die sich mit den Arbeiten des Parteitages und unserer Delegierten einverstanden erklärt, gegen eine Stimme angenommen und erfolgte nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten Schluß der Versammlung.

Durch die Weistesgegenwart eines Straßenbahnfahrers ist gestern ein Kind dem sicheren Tode entrissen worden. Vor dem Elternhause in der Bannierstr. 10 hatte der 7jährige Schulknabe Willi Schwarz den Fahrdamm überschritten wollen und betrat, zwischen zwei Arbeitsführern herorkommend, das Straßenbahngleis. In dem gleichen Augenblicke kam ein Rotortwagen der Linie 94 herangefahren, ohne daß der Knabe dies bemerkt hatte. Nur noch wenige Meter trennten den Straßenbahnwagen von dem Kinde. Jweifellos wäre dies auch überfahren und zermalmt worden, wenn nicht der Wagenführer Spors die Weistesgegenwart besessen hätte die Notbremse

Seefische — Volksnahrung!

Besonders empfehlenswert:

Seelaachs im Anschnitt 25, mit Kopf im ganzen 20 Pf.

Kabeljau ohne Kopf 28 Pf. im ganzen im Anschnitt . . 30 Pf.

Alle übrigen Sorten **Seefische** zu billigsten Tagespreisen.

Ferner empfehlen wir:

Riesen-Lachsheringe . . Stück 15 Pf.

